Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 114 28.2.1976

D 22354 C



frankfurt	zur kritik am ID – eine antwort	-1-

INLAND

frankfurt	warnstreiks zur IG-metall–tarifrunde	-2-
frankfurt	arbeitskämpfe	-2-
frankfurt	SPD im wahljahr: radikale raus aus der partei	-2-
frankfurt	reform des § 218: ärzte entscheiden weiterhin	-4-
hamburg	aktion gegen schliessung des frauenaufnahmeheims	-4-
hamburg	"kein KKW an der unterelbe"	-4-
bonn/bremen	"amtliche bekanntmachungen" aufgetaucht	-5-
heidelberg	free clinic mit erweitertem programm	-5-
frankfurt	Jose Afonso kommt	-6-
wertheim	das jugendhaus wurde verkauft	-6-
frankfurt	gemeinde schließt jugendhaus	-6-
frankfurt	prozess gegen einen jugendhausbesetzer	-7-
berlin	grauer himmel über kreuzberg	-7-
freiburg	die maulkorb–gruppe geht an die öffentlichkeit	-7-
hamburg	§ 129 gegen hamburger hausbesetzer	-8-
tübingen	einreiseverbot für asta–mitglied	-9-
frankfurt	eltern machen es den lehrern vor – schulstreik	-9-
frankfurt	rundbrief der schülervertretung des landes hessen	-9-
pirmasens	grosskontrollen in der pfalz	-10-
mainz	die (reichs)ärztekammer stellt ein	-10-
münchen	zu Gertraud Will – der prozess vor dem "prozess"	-10-
düsseldorf	neues vom nazi–kampfgruppen–prozess	-11-

ERKLÄRUNGEN

hamburg	geld für den prozess	-12-
berlin	zum selbstmord in Fuhlsbüttel	-12-

INTERNATIONALES

paris	streik bei Solmer	-13-
frankfurt	französische soldaten vor dem staatsgericht paris	-13-
frankfurt	"marsch zur fahne" der 11. kompanie	-13-
le bosc	"revolution machen: wir auf dem land, ihr in der stadt"	-14-
london	radikale technologie	-15-
new york	Dennis Banks verhaftet	-15-
frankfurt	söldneranwerbung und –ausbildung in den USA	-15-
new york	der grösste mietstreik der USA (teil 1)	-15-
paris	Guatemala: spekulation und terror nach dem erdbeben	-16-

ZUR LAGE IN SPANIEN

madrid	"wir brauchen eine arbeitergewerkschaft"	-17-
valladolid	"keiner wird draussenbleiben"	-18-
madrid	"die autonome praxis der klasse"	-21-

ZUR LAGE IN PERU

bogota/lima	die neue regierungsmannschaft und ihre politik	-21-
lima	ihre kämpfe gefährden die "soziale ordnung"	-22-
lima	metallarbeiter rufen zum generalstreik auf	-22-
bogota	faschistische achse gegen peru	-23-

herausgeber:
frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur:
f. kern

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.: 70 23 36

74 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel.: 280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.: 01/39 12 67

vierteljahres-abo: 18 mark gegen vorkasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen. genaue anschrift angeben.

druck: eigendruck

ZUR KRITIK AM I D – EINE ANTWORT

Vorab einige Zitate aus Briefen an das ID-Kollektiv.
Aus Hamburg: "Druckt die beiden Artikel bitte nur dann ab, wenn sie im gleichen Wortlaut bleiben oder wenn ihr unbedingt ändern müßt, gebt das im Artikel an!"
Parallel dazu aus dem Info Hamburger undogmatischer Gruppen: "Der ID hat verdammt noch mal klar zu sagen: Wir – der ID – bringen aufgrund des § 88a folgende Berichte nicht: 1. ...., 2. ...., 3. ....; Folgende Berichte wurden von uns geändert: 1. ...., 2. ......; Dann weiß jeder, was Sache ist. Und darum geht es in der Kritik am ID: Nicht um den § 88a, nicht um zuviel oder zuwenig Berichte, sondern um die einfache Wahrheit, um Klarheit!"

Während der Diskussion nach einer Aufführung des Walde-Theaters (Berlin) in Hamburg wird kritisiert, daß der ID Berichte, die ihm zugeschickt werden, "entschärft", also zensiert" (Zit. – bezieht sich auf einen Bericht, in dem die Begriffe "Schwein" und "Bulle" mehrmals ersetzt worden waren). Ebenfalls ging es darum, daß der ID "Berichte unterschlägt und erst auf Basisdruck hin sie schließlich verstümmelt veröffentlicht (Erklärung des "2. Juni" zum Baumann Buch)".

Ein anderer Brief aus Hamburg: "Wir haben euch nach dem Bombenanschlag auf den Flughafen La Guardia in New York ein Flugblatt zur Veröffentlichung geschickt. Warum habt ihr es nicht gedruckt? Warum zensiert ihr solche Überlegungen? (.....) Verdammt, sagt doch, warum ihrs nicht drucken wollt oder tuts endlich!!! – einige Hamburger Genossen", keine Anschrift.

Soweit das Spektrum. Zum Versuch einer Antwort:

Dem Selbstverständnis des ID entsprechend veröffentlichen wir Berichte aus einer ganzen Bandbreite von politischen Aktivitäten aus nichtöffentlichen Bereichen und melden Vorgänge, deren Verbreitung nicht im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Dazu gehören authentische Berichte der Stadtguerillagruppen. Wir verstehen sie als eine Fraktion der revolutionären Linken. Nicht mehr und nicht weniger.

Als das "2. Juni·Flugblatt" (Wie alles aufhört) bei uns auftauchte, herrschte ziemliche Ratlosigkeit. Die Meinungen gingen von Ignorieren bis vollständig abdrucken. Wir kamen dann zu der Einschätzung, daß die NACHRICHT zu diesem Text war: Der 2. Juni hat sich zu Bommi Baumann geäußert, aber eigentlich nichts dazu gesagt. So entstand der Artikel im ID 107.

Die Unsicherheit solchen Texten gegenüber besteht schlicht in der Tatsache, daß es bei bestimmten, allgemein gehaltenen Texten keine Kriterien gibt, authentische Stellungnahmen von Staatsschutzenten zu unterscheiden. Diese Schwierigkeiten sind allerdings etwas ganz anderes als eine politische "Verkürzung", wie sie uns bereits vorgeworfen wurden.

Es gibt genug Beispiele dafür, daß Denunzinationen, Drohungen, Provokationen, Unterstellungen bis hin zu im Namen von Guerillagruppen durchgeführten militanten Aktionen eine Eigendynamik entwickeln, die sehr wohl politisch wirksam ist. (s. ID Nr. 105, Krieg gegen die amerikanische Linke und FR 19.1., Fälschung der Peking Rundschau und Interview mit Ph. Agee in der Nr. 109). Counterinsurgency ist schließlich dazu da, politische Bewegungen auch von innen her zu erstören. Zu dieser Art von Politik gegen die Linke haben wir noch kein adäquates Gegenmittel gefunden – die Unsicherheit bleibt. Bislang ist zu diesem Flugblatt weder das eine noch das andere erwiesen.

Die Dokumentation zu der Lorenz-Entführung hat keinen Zweifel an der Herkunft aufkommen lassen – deshalb (wenn auch nicht nur deshalb) konnten wir sie abdrucken. Es ist nicht zuletzt die Sache der Gruppen, die darauf angewiesen sind, "den notwendigen Diskussionsprozeß auf dem Wege von Veröffentlichungen laufen zu lassen", durch ihre Politik und ihre öffentliche Vermittlung dafür zu sorgen, daß derlei Zweifel ausgeräumt werden.

Die ultimative Forderung: entweder ganz abdrucken oder garnicht, wobei alles außer dem ersten Fall als Zensur eingestuft wird, ist für unsere Arbeit ein extrem unsolidarischer Anspruch.

Es scheint uns, ihr erklärt das Veröffentlichen von Texten zur revolutionären Mutprobe – und entzieht sie somit einer politischen Kritik. Und wenn wir das nicht für eine Mutprobe halten, dann schließt ihr auf "Zensur", auf "Bullenberichterstattung".

Aber welcher Mut soll da unter Beweis gestellt werden? Einen Bullen Bulle zu nennen, kann doch nicht das ausschlaggebende Kriterium sein (wenn dieselben einen ihrer schärfsten Vertreter mit einem "Bullenorden" ehren und die Übernahme dieser Bezeichnung augenscheinlich witzig finden). Daß im bundesrepublikanischen Justizsystem faschistische Schweine sitzen, kann man an verschiedenen Punkten sicher belegen – nur, dann soll man es auch tun und es nicht einfach als verbindliche Sprachregelung voraussetzen. Wir gehen davon aus, daß viele Begriffe aus diesem Sprachgebrauch keine Sprengkraft besitzen und nicht zum Bereich "unterbliebener Nachrichten"' gehören, sondern nur noch als letztlich ohnmächtiges Erkennungssignal und Selbstbestätigung unter Insidern dienen. Daran ändert auch mehrmaliges Wiederholen nichts. Mit Bulle, Schwein und Bullenschwein läßt sich längst nicht mehr benennen, was diese Typen tatsächlich leisten. Eine derartige Stagnation der Begriffe kann leicht eine Stagnation der Politik verstärken – beides gilt es zu verhindern, und dazu sollten wir uns etwas einfallen lassen.

Das geben wir unumwunden zu: Wenn es nur um das Durchpauken von "scharfen" Begriffen dieser Sprachregelung geht – deswegen wollen wir nicht unsere Zeit mit prozessualem Kleinkram verbringen, dafür bringen wir keinen Heroismus auf. Denn nicht nur bei Erklärungen dieser Art machen wir uns Gedanken, wie man faschistische Entwicklung, Staatsterror und den dagegen praktizierten Widerstand so vermitteln kann, daß das Verständnis des Inhalts und der Zusammenhänge nicht beschränkt bei jenen hervorgerufen wird, die durch ihre eigene Sprache und ihren politischen Hintergrund (momentan) als Einzige etwas damit anfangen können. Denn mit diesem Konzept der Berichterstattung haben wir und alle, die für den ID schreiben, nachvollziehbare Schwierigkeiten. Deswegen macht ihr es euch zu einfach, wenn diese Schwierigkeiten demonstrativ an den ID delegiert werden und ihr euch für diese Schwierigkeiten nicht zuständig erklärt – euch mit dem Zensurvorwurf an uns reinwascht.

Linke Sprachghettos und verbale Kraftmeierei in Frage zu stellen und sich neue Formen von Vermittlung der Wahrheit anzueignen – diese Problematik muß von allen Linken diskutiert werden.

Den bereits erwähnten Prozeßbericht aus Hamburg haben wir mit den genannten Änderungen in ID 108 veröffentlicht, in der folgenden Nummer einen weiteren Bericht zum selben Prozeß, verfaßt von Helmut Pohls Mutter Hilde Pohl. Dazu kam später ein weiterer Bericht, der den Prozeß zum selben Zeitraum behandelt. Wir haben ihn nicht veröffentlicht.
Inzwischen wurden wir um einen Kommentar gebeten, warum wir das tun. Hier erst ein Auszug aus diesem Bericht, danach einige Bemerkungen:

"(.......) SS-Zieglers Verhandlungsführung ist vom ersten Prozeßtag an offen und klar angelegt als Demonstration "ungebrochener" staatlicher Macht gegenüber einer Gruppe gefangener Revolutionäre, die es gewagt hat, den imperialistischen Großkotz BRD im Herzen Europas bewaffnet anzugreifen. Die Qualität dieses Angriffs zwingt ein System, das seit Jahren einen verdeckten Krieg nach außen führt – sei es in Ländern der 3. Welt, oder sei es in den noch nicht unterworfenen Ländern Europas, wie Nordirland, Portugal, Spanien – auch nach innen offen repressiv und gewalttätig, d.h. faschistisch zu werden. Es sind im Wesentlichen zwei Faktoren, die die befriedete Ausbeutungsordnung der Nachkriegszeit in der BRD ins Schleudern geraten ließen: einmal die Auswirkungen der umfassenden ökonomischen Krise, zum andern die Entwicklung einer neuen Form der Klassenauseinandersetzung, des bewaffneten antiimperialistischen Kampfs. Nun sieht sich der Staatsapparat in der Situation, den konsequenten Angriff der Metropolenguerilla nicht mehr abfangen zu können durch irgendwelche Integrationsstrategien, Reformangebote oder "demokratischen" Firlefanz, wie er es noch mit den Ansätzen linker Politik vermochte, die sich seit der Studen-

tenbewegung im Rahmen bürgerlicher Institutionen und Basisbereiche entwickelt haben. Sein Ziel, die "innere Sicherheit" wiederherzustellen über individuelle Lebensäußerung einzurichten, einen Zustand, der uns nicht einmal mehr den Gedanken an Ausbruch, Widerstand, menschliches Leben erlauben soll, gelingt ihm nunmehr nur noch mittels Einsatz seines gesamten zusammengefaßten Gewaltapparats. Dazu gehören: die Bullensonderkommandos (gsg 9, mek, Abt. T); Sondergesetze (Radikalenerlaß, Anwaltsausschlußgesetz, Maulkorbgesetze), Prozeßgebäude, die militärischen Festungen gleichen; tote Trakts in modernen Folterknästen; Vereinheitlichung der Schweinepropaganda (psychologische Kriegsführung) in sämtlichen bürgerlichen Medien......"

Dies ist nach unserer Auffassung ein Prozeßbericht, wie er n i c h t sein soll. Die tatsächlichen Ereignisse werden eher zerschlagen als aufgezeigt. Hinter der Vorstellung "das Ganze in den Griff zu bekommen" verschwindet in diesem Fall das Konkrete der Entwicklung. S o wird eben nicht mehr ein politisches Ereignis vermittelt, sondern abgehoben und abstrakt pauschalisiert.

Was erfahren wir von den Vorgängen? Die Namen des Richters, der angeklagten Genossen, Bemerkungen zur Verhandlungsführung und Sicherheitsschikanen – und sonst eine Globalinterpretation, die sich die Mühe erspart hat, unser Bewußtsein an den Vorfällen, Abläufen und offengelegten Widersprüchen i m Prozeß zu entwickeln. Um es hart auszudrücken: so ein Bericht ist austauschbar, übertragbar; man hätte ihn auch schreiben können, ohne im Gericht dabei gewesen zu sein.

Zitat(im Prozeßbericht): "Es sind im wesentlichen zwei Faktoren, die die befriedete Ausbeutungsordnung der Nachkriegszeit in der BRD ins Schleudern geraten ließen: Einmal die Auswirkungen der umfassenden ökonomischen Krise, zum anderen die Entwicklung einer neuen Form der Klassenauseinandersetzung, des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes."

Wir meinen, daß diese Analyse falsch ist, denn sie unterschlägt ganz einfach die Streikbewegung von 1969, die Schüler- und Studentenrevolte und die Basisinitiativen wie z.B. in Wyhl. Wir haben ein Konzept von Veröffentlichungen, in dem die Meldungen möglichst eine Einheit von "tatsächlichem"Ablauf, von subjektiver Erfahrung und politischem Kontext bildet. Als Beispiel dafür sehen wir den Bericht zu eben diesem Prozeß von Helmut Pohls Mutter (s.ID 101).
Daß dieser Anspruch nicht rigide durchgesetzt werden kann, ist klar, er kann mehr als Zielvorstellung verstanden werden, an dem wir uns orientieren.

INLAND

WARNSTREIKS ZUR IG–METALL–TARIFRUNDE

FRANKFURT (ID/RFPD)
25. Februar

Bremen, 16.2.:	150 Beschäftigte der Firma Variant-Mat
Bremerhaven, 16.2.:	1000 Arbeiter der Werft; und Maschinenbaubetriebe
Essen, 17.2.:	400 Arbeiter der Essener Eisenwerke
Hamburg, 16.2.:	Warnstreik bei Rheinstahl
Herborn, 18.2.:	1500 Beschäftigte der Buderus-Werke und Eisen werke, halbstündig
Kassel, 19.2.:	7500 Arbeiter der Rheinstahl-Henschel, Hanomag-Henschl, AEG-Telefunken
Reutlingen, 18.2.:	3500 Beschäftigte der Rheinstahl Transport-Technik

ARBEITSKÄMPFE

FRANKFURT (ID/RFPD/KV)
26. Februar

Felten und Guillcaume Köln
Kapitaleigner der F.-G.-Werke ist der Luxemburger Stahlwerk Konzern Arbed. In den letzten vier Jahren wurde das Kölner Nippes F.G.-Werk mit Entlassungen (von 1200 wurden 800 entlassen) und Investitionen (15 Mill. DM) saniert, - bis 1977 soll das Werk nun geschlossen werden.

19.2. Protestmarsch von 350 Arbeitern des ebenfalls bedrohten Mühlheimer Werkes; im Werk Köln – Nippes verhindert das Eingreifen des Betriebsrates die Solidarisierung von 200 Arbeitern die sich dem Protest anschließen wollen.

20. 2. Betriebsversammlung im Werk Nippes, Funktionäre von IGM, SPD und DKP halten die Arbeiter unter Kontrolle.

Werk Neviges der Stahlwerke Bochum
Das Werk soll Ende 1976 stillgelegt werden, 200 Arbeiter fuhren am 23.2. mit ihren Autos zur Hauptverwaltung, um dort zu protestieren. Der Vorstand rief die Polizei gegen ein Go-In der Arbeiter zur Hilfe.

Kast & Ehinger (BASF), Stuttgart
Seit dem 19.2. wird der Betrieb bestreikt. Die Beschäftigten (300 Arbeiter, der Großteil Griechen) wehren sich gegen ein neu eingeführtes Punktesystem, was unter anderem die Streichung einer Schmutz- und Schichtzulage von 7,50 DM pro Woche zur Folge hat. Der Kampf geht um einen Mindestlohn von etwa 10 DM. Die Geforderte Lohnerhöhung liegt zwischen 1 DM und 1,60 DM.

SPD IM WAHLJAHR : RADIKALE RAUS AUS DER PARTEI

FRANKFURT (ID/PN)
25. Februar

Gegen vier Jusos – drei davon Mitglieder der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe (HSG) laufen vor dem Bundesschiedskommission der SPD Parteiausschlußverfahren. Wie man sehen wird, mit Erfolg: die SPD wendet den Radikalenerlaß auch gegen die eigenen Parteimitglieder.

Anlaß der Geschichte war die SPD-Jubelveranstaltung für den portugiesischen Sozialistenführer Soares am 15. September letzten Jahres in Frankfurt. Damals hatte sich die innerparteiliche Linke in offene Oppostition gestellt: zunächst mit einem Transparent, („Sozialismus in Portugal – Ja! Solidarität mit Soares – Nein!") dann mit einer Portugal-Erklärung mit erst 60, dann etwa 150 Unterschriften. Gegen einen der Oppositionellen strengte der Parteivorstand (Vorsitzender: OB Rudi Arndt) bereits im November ein Parteiordnungsverfahren an. Jetzt wurden die Ausschlußverfahren nachgeschoben.

Den Verlauf des Konflikts zwischen dem ersten und den jüngsten Verfahren beschreiben die Portugal-Nachrichten in ihrer Nr. 23:

„Gleichzeitig wurde seitens der Partei gegen die Unterzeichner der „Soares-Erklärung" eine Verleumdungskampagne vom Stapel gelassen. Mit der Konstruktion einer zweiten Soares-Erklärung versuchte der Unterbezirksvorstand in Frankfurt die Unterzeichner in „Erst-" und „Nachunterzeichner" zu spalten und die Glaubwürdigkeit der „Rädelsführer"zu diskreditieren.

Mit einem Brief wurde versucht, die acht Erstunterzeichner einzuschüchtern, aber alle Einschüchterungsversuche wurden mit einer noch breiteren Solidarität beantwortet.

Die Soares-Gegner beschlossen, alle Fragen im Brief des Unterbezirksvorstandes kollektiv zu beantworten. Ohne Erfolg blieb sogar der Versuch des Frankfurter Jusovorstandes, Wasser in das Feuer zu schütten und eine mildere Erklärung durchzusetzen.

Am 24.10.75 entschließt sich der Bezirksvorstand, härter durchzugreifen. Er setzte eine Feststellungskommission ein (FK), die an alle Unterzeichner der Soares-Erklärung einen Fragebogen schickte: Wieder wurde der Fragebogen kollektiv beantwortet; eine Spaltung war nicht erfolgt. Der nächste Schritt war die „Anhörung" der Erstunterzeichner im Parteihaus. Die Erstunterzeichner nahmen

die Vorlagen nur unter der Bedingung der „Parteiöffentlichkeit" an, die Bedingung wurde erfüllt und 30 Jusos waren bei der Verhandlung anwesend: Wieder war ein Spaltungsversuch gescheitert.

Der bisher letzte Versuch, die Kritik an der Portugal-Politik der SPD administrativ abzublocken, besteht in Formulierung einer „Gegenerklärung", deren Unterzeichnung von allen Opponenten erzwungen werden soll. Darin heißt es:

„Die Unterzeichner der sogenannten Portugalerklärung müssen heute erkennen, daß ihre damalige Erklärung Anlaß für Mißverständnisse und Interpretationen ist, die von den Unterzeichnern weder gewollt noch beabsichtigt waren. Aus heutiger Sicht erkennen die Unterzeichner, daß sie mit ihrem mißverständlichen und mißdeutenden Formulierungen innerparteiliche Auseinandersetzungen hervorgerufen haben, die insbesondre in der Außenwirkung nicht der Partei nützen. Die Unterzeichner bedauern diese Entwicklung und wollen mit dieser Erklärung den Versuch unternehmen, die Auseinandersetzung in der Partei zu einem einvernehmlichen Ende zu bringen,und betrachten deshalb ihre sogenannte Portugal-Erklärung als nicht mehr existent."

Dieses Formulierungskunstwerk wurde vom Mitglied des Frank-Juso-Vorstandes Günther Dürre verfaßt und findet die Unterstützung von Rudi Arndt. Sogar die Koordinierungskommission der „linken" in der Frankfurter SPD (Ausschuß von nicht gewählten Vertretern von Juso AG's und Mitgliedern von Ortsvereinsvorständen, die für sich beanspruchen, die Arbeit in der Parteilinken zu koordinieren) empfahl den Genossen, durch Unterzeichnung der Gegenerklärung ihre alte Erklärung „abzuschwören", um so Parteiordnungsverfahren zu vermeiden.

Am 9.2.76 haben sich die Unterzeichner der Soares-Erklärung getroffen und genug Rückgrat und politische Aufrichtigkeit gehabt, um diesen Vorschlag abzuweisen."

Soweit die Portugal-Nachrichten.

Auf einer Pressekonferenz der Frankfurter Juso-HSG am 25. Februar berichteten mehrere Jusos über den neuesten Stand des Konflikts.

Bis heute stünden noch etwa 50 von den ursprünglich etwa 150 Unterzeichnern zu ihrer Unterschrift. Bemerkenswert am Verhalten des Frankfurter SPD-Parteivorstandes sei die selektive Anwendung von Repression; denn nicht nur nahezu alle bundesdeutschen und westberliner Juso-Hochschulgruppen hätten sich der Portugal-Erklärung angeschlossen, sondern auch die Landes- bzw. Bezirkskonferenzen der Jusos in Hannover und Berlin. Außerdem lag eine Solidaritätserklärung vom Juso-Be zirksvorstand Pfalz auf dem Tisch.

Die Frankfurter Jusos nennen die Arndt'sche Politik einen „Willkürakt" und verweisen auf frühere Maßnahmen ähnlicher Art: zunächst war in den sechziger Jahren der SDS als SPD-Studentenverband, dann in den siebziger Jahren der SHB in gleicher Rolle ausgeschlossen worden. Jetzt sei der Frankfurter Konflikt umso bemerkenswerter, als die Jusos in vielen Universitäten die erfolgreichste Gruppe bei den Studentenschaftswahlen geworden sind. In Frankfurt sind, nicht nur in der Hochschulgruppe, sondern mehr noch in verschiedenen Ortsverbänden, inzwischen mehrere Leute aus der Partei ausgetreten.

Macht man sich die für die SPD düstere Situation zum Beginn des Wahljahres klar – Arbeitslosigkeit, wachsende Unzufriedenheit großer Teile der Intellektuellen über Radikalen- und Maulkorberlaß, Berufsverbote und Bespitzelungen – dann wird das alte Dilemma der Sozialdemokraten klar: sich per Zuckerbrot und Peitsche Wahlstimmen zu erkaufen: in diesem Fall Repression, im anderen Fall mit Liberalismus: das „Augenzwinkern mit der APO" (ID 113) in Sachen „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der CSSR" ist der Beweis.

ERKLÄRUNG DER JUSO-HSG VOM 24. FEBRUAR

„Wie in der Öffentlichkeit bereits bekannt, hat der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd mit 9:5 Stimmen die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlussesund das sofortige Ruhen alller Mitgliedsrechte gegen drei aktive Mitglieder der Juso-HSG beschlossen. Gleichzeitig droht er den weiteren Mitgliedern Verfahren für den Fall an, daß sie ihre Unterschriften unter die sogenannte „Portugal-Erklärung" nicht zurückziehen sollten.

Die Juso-HSG betrachtet dies als einen gezielten Willkürakt, der weder politisch noch juristisch zu rechtfertigen ist. Wie eine Reihe weiterer SPD-Organisationen in Frankfurt hatte sich die Juso-HSG bereits am 16.9.75, also einige Tage vor Veröffentlichung der Erklärung, auf einer Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit diese Erklärung zueigen gemacht. Die Juso-HSG steht heute noch zu dieser Entscheidung und sieht sich inhaltlich durch die besorgniserregende Rechtsentwicklung in Portugal vollauf bestätigt.

Die „Portugal-Erklärung" ist auch außerhalb Frankfurts von zahlreichen Gruppen unterstützt worden, so z.B. Juso-Bezirkskonferenz Hannover und der Bundesdelegiertenversammlung der Juso-Hochschulgruppen. Auch der Unterbezirksausschuß der Frankfurter Jugendsozialisten hat eine sinngemäß gleiche Erklärung abgegeben.

Angesichts dieser Tatsachen bedeutet das Herausgreifen einzelner Genossen und das Verhängen von Sofortmaßnahmen fünf Monate nach der Erklärung (Sofortmaßnahmen sind nach § 18 der Schiedsordnung der SPD nur möglich, wenn „das Parteiinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert") einen Willkürakt, mit der sich führende SPD-Politiker in „law and order"-Manier in der Öffentlichkeit profilieren wollen und durch Disziplinierung des kritischen Teil der Mitgliedschaft jeden Anstz der Kritik ihrer Politik administrativ unterbinden wollen. Dabei wird durch betont kriegerisches Vokabular („drakonische Maßnahmen", „Rausschmiß") in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als stünde der Ausschluß schon durch den Vorstandsbeschluß fest. Das Urteil ist sozusagen gefällt, bevor die Angeklagten die Anklageschrift erhalten haben.

Die Art und Weise, in der gegen die Unterzeichner der sogenannten „Portugal-Erklärung" vorgegangen werden soll, macht Bestrebungen deutlich – und dies ist der zentrale Punkt – die allgemeine politische Repression von der Gesamtgesellschaft in die SPD hineinzutragen. Dabei geht es nicht mehr um den Inhalt der Erklärung.

Die Juso-HSG ist nicht mehr bereit, das allgemeine Klima von Angst, Unterdrückung und Duckmäusertum durch demütige Unterwerfung hinzunehmen, sondern hält es vielmehr für erforderlich, diesen Tendenzen Widerstand entgegenzusetzen. Nicht die Unterzeichner der „Portugal-Erklärung", sondern die Betreiber von Parteiausschlüssen fügen der Partei schweren Schaden zu.

Die Juso-HSG ist der Ansicht, daß es einunverzichtbares Recht jeder Parteigliederung und noch mehr jedes Parteimitgliedes sein muß, seine Auffassung frei und öffentlich zu äußern, auch wenn sie im Widerspruch zu einem Parteivorstand stehe. Es ist ein Skandal, wenn Rudi Arndt dies als „Öffentlichkeitsarbeit gegen die durch Wahlen legitimierte Organe der Partei" (FR vom 23.2.76) bezeichnet. Diese Äußerung erinnert an das „Prinzip des demokratischen Zentralismus" leninistischer Prägung, das den stalinistischen Terror in der Sowjetunion wesentlich mitbegünstigt hat.

Deshalb werden weitere Mitglieder der Juso-HSG ihre Unterschrift unter die „Portugal-Erklärung" nicht zurückziehen. Genauso wie wir oppositionelle Äußerungen von Mitgliedern der kommunistischen Parteien Osteuropas etwa zur Intervention in der CSSR begrüßt haben und den Betroffenen solidarisch gegen die folgenden Repressalien beistanden, lassen wir uns das Recht zur Kritik an der Politik der Sozialistischen Partei Portugals nicht nehmen, wie sich ja auch etwa Helmut Schmidt das Recht nicht nehmen läßt, die Politik der sozialistischen Partei in Frankreich zu zu kritisieren.

Die Juso-HSG kann die Willkürmaßnahmen gegen drei ihrer Mtiglieder nur als Angriff auf die Gruppe insgesamt betrachten und fühlt sich so auch insgesamt von diesen Maßnahmen betroffen. Wir können diese Maßnahmen nur als Schritt zur Liquidierung der Juso-HSG betrachten. Die Konsequenzen dazu wird der Bezirksvorstand zu tragen haben. Eine Juso-HSG, in der die Mehrheit der Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen sein wird, kann es nicht geben. Dies würde uns zwingen, in der Vorphase der kommenden Wahlauseinandersetzungen das undemokratische Vorgehen von SPD-Gremien in der universitäten Öffentlichkeit darzustellen. Eine weitere sinnvolle Arbeit der Juso-HSG ist nicht möglich,

wenn der Bezirksvorstand nicht unverzüglich seine Maßnahmen zurücknimmt."

Die Frankfurter Jusos rechnen mit dem Ausschluß der vier Angeklagten. Ihren Bundestags-Wahlkampf an der Uni wollen sie danach ausrichten.

REFORM DES § 218: ÄRZTE ENTSCHEIDEN WEITERHIN

FRANKFURT (ID) 25.Februar Ende März ist eine Veranstaltung des Frankfurter Frauenzentrums geplant, zu der nicht nur Gynäkologen, sondern auch Internisten und praktische Ärzte eingeladen werden. Die Frauen wollen dort über ihre Er fahrungen in Holland berichten, insbesondere über die Absaugmethode, die bisher von deutschen Ärzten kaum angewandt wird.

Die Hollandfahrten werden seit Mai 75 durchgeführt, pro Woche fahren ca. 25 Frauen mit, die meisten sind aus Hessen. Diese Fahrten sollen längerfristig eingestellt werden, da mit der „Reformierung" des § 218 die Möglichkeiten von legalen Abtreibungen hier in der BRD intensiv ausgenutzt werden sollen.

Die „Reformierung" des § 218 sieht eine Straffreiheit dann vor, „wenn unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden und wenn die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann."
Dies bedeutet immer noch, daß nicht die Frauen über eine Abtreibung entscheiden können, sondern abhängig von der „ärztlichen Erkenntnis" über ihre Notlage sind. Stellt der Arzt das Gutachten aus, muß die Frau drei Tage warten, bevor sie in eine Klinik oder einer für eine Abtreibung zugelassenen ähnlichen Einrichtung eingewiesen wird. Diese Frist von drei Tagen ist die sogenannte „Bedenkzeit" für die Frauen. Vom„Gesetzgeber"ist vorgesehen, daß die Frauen nach einer Abtreibung –die hier fast ausschließlich mittels Ausschabung gemacht wird – etwa 3 bis 7 Tage in der Klinik verbringen müssen. Nach den Erfahrungen des Frankfurter Frauenzentrums ist ein Klinikaufenthalt nach einer Absaugung höchstens für eine Nacht notwendig, meistens kann die Frau gleich wieder nach Hause gehen. Diese Methode ist für die Frauen schonender und unter anderem für die Krankenkassen auch billiger.

Die Frauen im Frankfurter Frauenzentrum planen in der nächsten Zeit,alle in Frankfurt ansässigen Gynäkologen aufzusuchen, um mit ihnen über ihre Bereitschaft zur Abtreibung zu diskutieren. Ihre Erfahrungen darüber wollen sie, nachdem der neue Paragraph verabschiedet ist, veröffentlichen.

AKTION GEGEN SCHLIESSUNG DES FRAUENAUFNAHMEHEIMS UFERSTRASSE

HAMBURG (ID) 24. Feburar Ende Dezember erfuhren die Frauen im Frauenaufnahmeheim Uferstraße in Hamburg, daß das Heim geschlossen werden soll. Sie verständigen sich mit Frauen der Frauenzentren und beschlossen eine Aktion, die die Schließung verhindern soll. Hier der Bericht der Frauen über den Verlauf der Aktion:

„Am 29.12.1975 treffen sich die Frauen und Ufer-Frauen, die von der bevorstehenden Schließung des Frauenaufnahmeheims erfahren haben, und stellen einen Aktionsplan auf: Pressekonferenz, Presseerklärung, Flugblätter, Unterschriftensammlung, Protestgang ins Rathaus, Wendung an autonome Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen. In der folgenden Woche wird nach diesem Plan vorgegangen. Nachdem die ersten Schritte erfolgreich (ca. 2.400 Unterschriften in zwei Stunden, Artikel in Regionalzeitungen, Fernsehen) abgeschlossen wurden, erfolgt am 11. Januar ein Protestbesuch beim Bürgermeister. Die Frauen tragen Hemdüberwürfe mit Aufschriften: „Betrifft die Uferstraße", der Bürgermeister reagiert verschre ckt, weiß von nichts, ist völlig aufgesogen von der Flutkatastrophe.

Am nächsten Tag findet ein Gespräch zwischen den Uferfrauen, Frauengruppen und dem Senat (höchste politische Instanz dieser Behörde) und Senator Winkelmann (höchste Verwaltungsinstanz dieser Behörde) statt. Widersprüche treten zwischen Senator (keine Sparmaßnahmen an den Auffangheimen, an anderer Stelle qualifizierter weiterführen) und Verwaltung (Uferstraße kann geschlossen werden, weil kein Bedarf da sei) auf. Der Senator gibt sich jovial, der Senatsdirektor aufgebracht, ständig fallen diskriminierende Äußerungen wie „immer dieselben Frauen" (irgendwo aufgegriffen). Die Verwaltung weist auf psychiatrische Einrichtungen für für Ufer-Frauen. Man weiß ja, warum die da hingehören. Die Frauen lassen sich nicht beeindrucken.

Am 14. Januar beginnt der Streit innerhalb der Bürgerschaft, insbesondere unter den Deputierten (gibt es nur in Hamburg – Kontrollorgan für jede Behörde, bestehend aus Vertretern der drei größeren Parteien, müssen jeder grundsätzlichen Veränderungsentscheidung in der Verwaltung zustimmen. Bei Uneinigkeit kommt der der gesamte Fall vor die Bürgerschaft), sie sind aufgebracht darüber, daß sie übergangen wurden. Die Frauen nehmen mit ihnen Kontakt auf und liefern detaillierte Informationen, insbesondere über die Machenschaften des Senatsdirektors, der inzwischen Aufnahmestop erließ.

Am gleichen Tag treffen sich die Frauen und besprechen Gegenmaßnahmen wie z.B.: Ufer-Frauen halten sich den ganzen Tag in Frauenzentren auf, um ihrer Verlegung zu entgehen. Am 19. Februar sprechen sich die Deputierten von SPD, FDP und CDU gegen die Schließung des Heims aus. Unter dem Druck von Parteien, Frauen und Ufer-Frauen erklärt der Senatsdirektor den polizeilichen Aufnahmestop für aufgehoben. Offiziell nimmt man davon Kenntnis, inoffiziell erfolgt die Regelung: Frauen , die die Uferstraße tagsüber anlaufen, müssen an die Platzvermittlungsstelle für Heimunterbringung weitergeleitet werden. Bei Nachtaufnahmen wird zunächst der Amtsleiter, der Senatsdirektor,privat angerufen, der dann eine eigens dafür ausgesuchte Polizeidienststelle benachrichtigt zum Abtransport dieser Frauen. Die Frauen schreiben Protestbriefe gegen dises Verfahren an den Senat und führen erneut Aktionen mit Hemdüberwürfen in Behörden und Einkaufszentren durch. Mit Aufschriften wie: „Winkelmann heißt er, Frauen bescheißt er, usw." Am 22.1. findet erneut eine Pressekonferenz statt. Winkelmann lehnt die Einladung ab. Von den Deputierten wird bekanntgegeben, daß obengenannte Austrocknungsbeschlüsse aufgehoben werden sollen, bis zur endgültigen Beschlußfassung durch die Bürgerschaft. Die Frauen entwerfen und verteilen in den folgenden Tagen Info-Blätter des Inhalts, daß die Uferstraße wieder arbeitet. Am 11. Februar findet die Bürgerschaftssitzung statt. Es wird beschlossen, Frauenaufnahmeheime zu erhalten oder die Funktion des Heims als eine selbständige Einrichtung an einem anderen zentralen Standort wahrzunehmen , den Personalbestand an die vorgesehene Bettenkapazität von etwa 20 Betten anzupassen. Jetzt geht es für die Frauengruppen und Ufer-Frauen wieder los. Durch die Hinausschiebung auf Parteiebene ist das Heim zwar vorübergehend gerettet, doch die Verringerung der Bettenkapazität um die Hälfte kann wohl kaum als Erfolg gewertet werden. Die Auseinandersetzung der Frauen mit den Behörden geht weiter."

„KEIN KKW AN DER UNTERELBE!"

HAMBURG (ID) 24. Februar Auf Erörterungs-Terminen geht es spätestens seit Wyhl nicht mehr idyllisch zu. Zum wasserrechtlichen Erörterungstermin am 8. März in Wilster für dasgeplante Kernkraftwertk Brokdorf/Unterelbe haben fast 6.000 Besucher Einwendungen erhoben. Allein in Hamburg wurden gegen die Entnahme und Wiedereinleitung von Kühlwasser aus der Elbe etwa 2.000 Unterschriften gesammelt.

Die zuständige Wasserwirtschaftsbehörde in Itzehoe unternahm jedoch den Versuch, die Teilnehmerzahl für den Erörterungstermin einzuschränken, indem sie per Einschreiben einen Fragebogen mit dem Hinweis verschickte: „Allgemein benachteiligende Einwirkungen reichen nicht aus, um Einwendungen zu begründen, es seidenn,

daß die Voraussetzungen des § 8 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz oder des § 8 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit § 13 Landeswassergesetz in Ihrem Fall vorliegen."

Das heißt auf deutsch: wer in Bro kdorf nicht Haus und Hof hat, hat auch nichts gegen den Bau des KKW einzuwenden. Nun ist die Betroffenheit in Hamburg jedoch nicht anders als in Bro kdorf. Man kann den Bau des KKW nicht isoliert vom gesamten Brennstoffkreislauf sehen (Uranbergbau, Transport, Lagerung und Verwaltung radioaktiver Substanzen, Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen). Und keinesfalls dürfen politische Fragen ausgeklammert werden. Warum wird das KKW gebaut? Für wen wird es gebaut? Deshalb ist es eine Irreführung der Bevölkerung, wenn man versucht, die Betroffenheit auf den unmittelbaren Bereich des KKW einzuschärnken.

Die einzelnen Bürgerinitiativen und Gruppen reagierten prompt. Da sie Kopien ihrer Sammel-Einspruchslisten besaßen, konnten sie an alle Unterschreiber einen Brief verschicken, um ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren. Diesem Brief lag eine eigene Erklärung bei, mit der man der Behörde mitteilen konnte, ob man am Erörterungstermin persönlich teilnehmen oder sich durch eine zu benennende Person vertreten lassen wolle, etwa durch den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe.

So trugen zum Beispiel die Mitglieder der Hamburger Initiativgruppe gegen Kernkraftwerke rund tausend Briefe selbst aus, weil das Geld für das Porto fehlte. Davon kamen 250 Antworten mit Bevollmächtigungen zurück, 150 Unterschreiber waren bereit, auf den Erörteungstermin persönlich zu fahren, und trafen sich bereits dazu auf einer Vorbereitungs-Veranstaltung.

Inzwischen hat die Wasserwirtschaft-Behörde Einladungskarten für den Erörterungstermin verschickt: ab 8. März sind die Einheimischen, ab 11. März die Auswärtigen geladen. Für die Initiativgruppe steht aber nach wie vor fest, daß sie das Recht hat, ihre Argumente gemeinsam mit allen anderen Einsendern auf dem Erörterungstermin vorzutragen.

Die Situation spitzt sich zu. Jede Aktivität auf dem Bauplatz bei Bro kdorf wird von der Bürgerinitiative registriert. Zuerst wurde eine Straße quer über das Gelände gebaut, die nach Aussagen der Behörden nichts mit dem KKW zu tun habe. Dann wurde das Baugelände mit einem breiten Graben umgeben und schließlich mit einem einen Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben. Unmittelbar nach dem Erörterungstermin wird mit dem Baubeginn gerechnet.

Seit Dezember letzten Jahres verteilt die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe eine Erklärung, in der es heißt, daß sie ein Recht darauf hat, dass das KKW in Bro kdorf oder sonstwo nicht gebaut wird, und daß es ihr Recht ist, den Bauplatz für das KKW zu besetzen, wenn ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Der Erörterungstermin findet am 8. März 1976 um 9.30 Uhr im Kolosseum (Saalbau) in Wilster statt.

Das KKW wird nicht gebaut!

„AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN" IN BONN UND BREMEN AUFGETAUCHT

BONN/BREMEN (ID)
24. Februar

In Bremen und Bonn sind in den letzten Tagen Flugblätter aufgetaucht, die verblüffende Ähnlichkeit mit offiziellen Verlautbarungen aufweisen und die sich in ihrem Inhalt auf die Änderung der §§ 130 a und 88 a beziehen (siehe ID 112). Von den zuständigen Behörden ist bisher noch kein Dementi zu hören.

In der Bonner „Amtlichen Bekanntmachung" wird dazu aufgefordert, bis 1. März 1976 jegliche Druckerzeugnisse, die eine Legitimation, Aufforderung oder Befürwortung einer Gewalttat oder strafbaren Handlung beinhalten — darunter fallen u.a. die Frühwerke der Herren Diether Posser und Herbert Wehner — beim Landesbehördenhaus, Friedrich-Ebert-Allee 144, Kommissariat für Gesinnungsschriften, abzuliefern. Des weiteren ist zu lesen: „Ihnen, lieber Mitbürger, bingen wir unser vollstes Vertrauen entgegen, daß Sie sich entsprechend dieser Vorschriften verhalten werden.Aber — das müssen wir leider auch zur Kenntnis nehmen — gibt es in unserer Gemeinschaft gewisse Gruppen und Einzelpersonen, die Recht und Ordnung mißachten. Deshalb sehen wir uns zu unserem größten Bedauern dazu gezwungen, nach dem Stichtag (1. März 1976) diesbezügliche strengste Überprüfungen vorzunehmen. Da wir gegebenenfalls auch bei Ihnen eine Hausdruchsuchung vornehmen könnten, möchten wir Sie bitten, besonders in den ersten Wochen nach dem Stichtag dafür Sorge zu tragen, daß sich ständig eine Person in Ihrer Wohnung aufhält, da wir uns anderenfalls dazu gezwungen sehen würden, Ihre Wohnung gewaltsam zu öffnen (diesbezügliche Reparaturkosten gingen selbstverständlich zu Ihren Lasten). Eventuelle Widerstandsleistungen werden gesondert verfolgt werden."

Die Information des Senats der Freien Hansestadt Bremen kommt zu dem Schluß, daß „... wir seit langem feststellen können, wie derartige aufklärerische Schriften, die auf Lohnausbeutung, Rechtlosigkeit und persönlicher Freiheitsberaubung durch neue Gesetze in der BRD hinweisen, ersichtliche Unruhe in die Bevölkerung gebracht haben. Doch gerade in der heutigen wirtschaftlichen Krisensituation brauchen wir im Volke Ruhe, damit SIE für die Industrie, für die SIE zwei Drittel Ihres bedeutungslosen Lebens opfern, noch besser und konzentrierter arbeiten. Kurz: jeder Verusch des Bürgers, Widerstand gegen Staatsgewalt zu leisten, wird bestraft. Wir fordern nicht nur die Anwendung des Paragraphen gegen Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit kommunistischer, anarchistischer und anderer fortschrittlicher Gruppen, sondern auch gegen: Der Stern, DER SPIEGEL und DIE ZEIT. Grundsätzlich bedanken wir uns bei den Informationsmedien (Tagesschau, ZDF-Magazin u.a.), die uns hilfreich in unserer nicht immer leichten Arbeit unterstützen, indem sie durch das Zurückhalten von Informationen Sie, liebe Mitbürger, nicht unnötig beunruhigen. ..."

FREE CLINIC MIT ERWEITERTEM PROGRAMM

HEIDELBERG (ID)
19. Februar

Der Heidelberger Free Clinic (siehe ID Nr. 82) wurden im Frühjahr 1972 die Räumlichkeiten in der Brunnengasse 20 — 24 von der Stadt Heidelberg zur Verfügung gestellt. Da es bisher keinen Vertrag darüber zwischen der Stadt und der Free Clinic gab, versucht der Heidelberger OB Zundel jetzt, da ihm die Entwicklung der Klinik wohl nicht mehr paßt, mit einem Nutzungsvertrag einzugreifen.

Unter dem Druck, die Räume der Klinik zu kündigen, glaubte Zundel das Team der Free Clinic dazu bringen zu können, einen Leihvertrag mit der Stadt zu unterschreiben, der die inhaltlichen und finanziellen Möglichkeiten der Klinik einschränken würde. OB Zundel war es ein Dorn im Auge, daß die Free Clinic nicht mehr nur „Drogenklinik" sein wollte, sondern die Notwendigkeit sah, schon vor der Abhängigkeit prophylaktisch in diese Entwicklung einzugreifen. Das bedeutet unter anderem auch, daß die Abgrenzung von Drogenarbeit zu allgemeiner Jugendarbeit kaum mehr möglich ist und seit längerer Zeit (genehmigte) Jugendberatung durchgeführt wird.

So gibt es seit Ende letzten Jahres die „Walnuß", einen Kommunikationsraum, der das Wartezimmer der Praxis entlastet, wo Musik gemacht , gespielt und geredet werden kann, und der eine konkrete Alternative für gefährdete Jugendliche ist, die sich hier in einer drogen-alkoholfreien Umgebung treffen können. Einmal in der Woche findet ein strukturierter Abend mit wechselnder Thematik statt. An einem weiteren Abend ein „offenes" Essen, an dem Mitarbeiter, Klienten oder sonstige Personen teilnehmen können.

Seit Anfang dieses Jahres ist aus der Erfahrung, sich mit frauenspezifischen Problemen auch in der medizinischen Praxis auseinandersetzen zu müssen,die „Information für Frauen (IFF) integriert.

Die „Juristische Beratung" der Free Clinic entstand aus der Notwendigkeit heraus, bei der Drogenproblematik fast immer auch mit Problemen juristischer Art konfrontiert zu sein.

Dies wollte OB Zundel durch den § 3 des Leihvertrages verhindern: „Die Free Clinic darf die Räume nur zur Beratung, Behandlung und Betreuung in ärztlicher und zahnärztlicher Ambulanz sowie zur Durchführung von therapeutischen Gruppen- und Einzelgesprächen verwenden." — — Der § 1 nimmt faktisch die kostenfreie Verfügung über die Räumlichkeiten zurück: „Die Stadt verpflichtet sich, der Free Clinic den Gebrauch der im stadteige-

nen Anwesen Brunnengasse 18 und Brunnengasse 20 - 24 gelegenen Räume mit einer Nutzfläche von insgesamt 510 qm unentgeltlich zu gestatten. Für den Fall der Gewährung von Bundes- und Landeszuschüssen behält sich die Stadt vor, bei der Verteilung dieser Mittel eine unter dem ortsüblichen Mietwert liegende Entschädigung für die Benutzung der Räume in Anrechnung zu bringen."

Wenn es auch das Team der Free Clinic nicht geschafft hat, gegen diese mögliche finanzielle Einengung anzukommen, so ist es doch für die inhaltliche Sache der Klinik besonders wichtig, daß ein Zusatzvertrag, den das Team ausgearbeitet hat, von der Stadt angenommen wird. Dieser Zusatzvertrag garantiert der Free Clinic, die ungewollte Kurskorrektur nicht vornehmen zu müssen und in den neuen und notwendigen Bereichen weiterarbeiten zu können.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Räumlichkeiten der Free Clinic ist für das Team die Auseinandersetzung noch nicht beendet. Die Diskussion über die inhaltliche Abgrenzung von Jugend- und Drogenarbeit wird in der Öffentlichkeit fortgeführt werden.

Der Jahresbericht 1975 der Free Clinic und eine Dokumentation über die Auseinandersetzungen mit der Stadt sind bei der Free Clinic zu bekommen. Ein Kommentar zu dieser Dokumentation, in dem der politische Hintergrund, das Selbstverständnis des Teams,sowie die interne Entwicklung im Laufe der Auseinandersetzung dargestellt werden soll, ist in Vorbereitung.
(Free Clinic, Brunnengasse 18, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/28436)



JOSÉ AFONSO KOMMT

FRANKFURT (ID)
26.Februar

In der zweiten März-Hälfte kommt der portugiesische Sänger José Afonso (Grandola, vila morena!) auf Einladung des Kommunistischen Bundes (KB) zu einer Rundreise in die Bundesrepublik. Veranstaltungen finden in folgenden Orten statt:

15.3. Bremerhaven
16.3. Bremen
18.3. Lüneburg
20.3. Westberlin
22.3. Hannover
24.3. Frankfurt
26.3. Karlsruhe

In einigen dieser Veranstaltungen wird auch der Film „Poder Popular gezeigt. Wann und wo die Veranstaltungen genau stattfinden, wird örtlich noch mit Flugblättern und Plakaten bekanntgegeben.



DAS JUGENDHAUS WURDE VERKAUFT

WERTHEIM (ID)
23. Februar

Das vor einem Jahr von uns (Aktion Jugendhaus) besetzte Haus in der Mühlenstraße (s. ID 72), wurde von der Stadt an eine Privatperson verkauft, die daraus ein Wohnhaus machen will. Für das Haus gab es sieben Bewerber. Da es unter Denkmalschutz steht, bedeutet dies bei der Restaurierung einen Landeszuschuß von 20 000 DM . Die Stadt hat uns diese Tatsache nicht mitgeteilt. Unsere Information ist inoffiziell. Die Stadtverwaltung, die uns unter dem Vorwand, dieses Haus werde kein Jugendhaus, ein Jahr lang "ausgehungert" hat, d.h. uns keinen Pfennig gegeben hat, faselt etwas von einer Alternative (das ehemalige Gaswerk der Stadt) im Herbst. Schon letztes Jahr hieß es, im Frühjahr stände ein anderes Haus zur Verfügung. Diese dauernde Aufschieberei soll uns die Öffentlichkeit besänftigen, in Wirklichkeit aber werden wir kaputtgemacht und die Stadt spart auf unsere Kosten eine Menge Geld.

Nachdem der Finanzboykott nicht funktioniert hat, das Haus trotz der fehlenden Mittel und der daraus resultierenden Unattraktivität weiterhin zum Treffpunkt geworden ist, und wir uns bisher erfolgreich gegen eine Bestimmung von Verantwortlichen und die Anerkennung einer aufgesetzten Hausordnung gewehrt haben, soll uns nun unsere Basis, d.h., das Haus entzogen werden.
Die Folge davon wäre:

— unsere Initiative würde zerschlagen, weil es keine Alternative zu diesem Treffpunkt gibt,
— man will alles das, was wir durch die drei Hausbesetzungen erkämpft haben, zunichte machen (das besetzte Haus wurde nicht legalisiert, man will die "Niederlage" vergessen machen)
— man will uns ein festes Programm (Hausordnung, Verantwortliche, andere Disziplinierungen) aufzwingen, sonst gibt's kein neues Haus (Verlust unseres Hauses als Druckmittel, ihre Bedingungen anzuerkennen)
— man will sich schließlich in der Öffentlichkeit brüsten, das "Problem Jugendhaus" mit der Alternative im Herbst einer 'positiven Lösung' zugeführt und damit endlich Ruhe in der Stadt zu haben.

Bei der Besichtigung der von Seiten der Stadtverwaltung erwähnten Alternative, stellte sich heraus, daß in dem Gebäude sowohl noch die Stadtwerke untergebracht sind, als auch noch Leute wohnen. Sie wissen noch nichts davon, daß aus dem Haus demnächst ein Jugendhaus werden soll. D.h., bis zu dem Zeitpunkt, wo wir aus unserem Haus rausfliegen (spätestens Mai) gibt es keine Alternative. Für uns bedeutet dies, wir bleiben bei unserer alten Forderung: Ohne gleichwertigen Ersatz gehen wir nicht freiwillig raus (Hausaufschrift: "Dieses Haus ist verkauft, d.h. wir sollen ohne Ersatz rausfliegen — wir bleiben — basta!") und werden versuchen, über eine Öffentlichkeitskampagne (Pressekonferenz, Veranstaltungen, Flugblätter) zu erreichen, daß wir direkt umziehen können.
Trotz oder gerade wegen dieser neuen Bedrohung wird unsere "Jubelfete" (ein Jahr Hausbesetzung) am 6. März, 16.00 Uhr, Wertheim, Turnhalle Luisenstraße (Nähe Bahnhof) über die Bühne gehen. Auf ihr werden Dias von unserem Kampf gezeigt, vielleicht spielt auch Klaus-der-Geiger aus Köln. Alle JZ's sind dazu eingeladen. Darüberhinaus arbeiten wir momentan an einer Dokumentation über unsere Geschichte, die für 3,50 DM incl. Porto gegen Vorauszahlung auf unser Konto 3806379 (Sparkasse Wertheim - Aktion Jugendhaus) ab Mitte April erhältlich sein wird.

GEMEINDE SCHLIESST JUGENDHAUS IN DUDENHOFEN BEI OFFENBACH

FRANKFURT (ID)
24. Februar

Nach einer Presseerklärung des BDP/BDJ beschloss der Dudenhofener Gemeindevorstand den Konflikt um das Jugendzentrum Dudenhofen, der daraus entstanden ist, daß die Jugendlichen ihre Selbstverwaltung beibehalten wollen, mit einer Schließung des Hauses beizulegen. Das Jugendzentrum ist jedoch weiterhin infolge der Initiatative der Jugendlichen in Betrieb und es wird versucht, die Selbstverwaltung weiter aufrecht zu erhalten.

Dudenhofen ist eine Gemeinde von 6.000 Einwohnern, es fehlt an Freizeitmöglichkeiten. Die Jugendlichen organisierten ihre Bedürfnisse deshalb selbst. Es wurden von ihnen selbst eine Frauengruppe, eine Arbeitslosengruppe, eine Hauptschülergruppe mit Lehrern gegründet und getragen.

Die betroffenen Jugendlichen selbst zu den Vorgängen am 23. Februar: „Heute morgen um 10 Uhr schloß Bürgermeister Hindel persönlich das Jugendhaus. Das Eingangsschloß wurde ausgewechselt. Arbeitslose Jugendliche, die danach durch ein offenes Fenster einsteigen mußten, weil überraschend der Schlüssel nicht paßte, ließ H. Hindel nach Feststellung der Personalien von der Polizei aus dem Hause weisen. Begründung der Schließung:

Die Jugendlichen seien nicht mehr bereit, „in sachliche Verhandlungen über die Inhalte eines neuen Nutzungsvertrages einzutreten." Tatsachen sind: — Die Gemeinde kündigte widerrechtlich den bestehenden Nutzungsvertrag. — Die Gemeinde brach die Schlichtungsverhandlungen wegen eines Formfehlers ab. — Die Gemeinde lehnt öffentliche Verhandlungen über einen neuen Nutzungsvertrag trotz Zusicherung im Schlichtungsausschuß ab.
— Gemeindevertreter weigerten sich trotz wiederholter Einladung, an Vollversammlungen im Jugendhaus teilzunehmen. Um 14 Uhr wollten Arbeiter des Bauhofs im Auftrag des Bürgermeisters Einrichtungsgegenstände abholen.

Auf einer spontanen Vollversammlung am Nachmittag, in der zunächst verhindert wurde, daß die Arbeiter des Bauhofs Geräte

abtransportieren konnten, weil der Geschäftsführende Vorstand nicht vollständig anwesend sein konnte (Schüler, Berufstätige), beschlossen wir, das Jugendhaus bis zu der am Abend einberufenen Vollversammlung nicht zu verlassen. Auf dieser Vollversammlung soll der Gemeindevorstand seine widerrechtliche Maßnahme begründen. Begründung der Schließung von Herrn Scherer als Vertreter der Gemeinde heute nachmittag: „Die Schließung erfolgt, um Möglichkeiten zu finden, über einen neuen Vertrag zu verhandeln."

Wir fordern:

O Sofortige Rücknahme der widerrechtlichen Schließung!

O Öffentliche Diskussion über die letzten Konflikte zwischen Jugendhaus und Gemeinde!

O Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit der Vollversammlung!

O Keine Verhandlung unter dem Druck einer Schließung!"

Schickt Solidaritätserklärungen möglichst schnell an Bernd Carl, Schulstraße 2, 6051 Dudenhofen.

PROZESS GEGEN EINEN JUGENDHAUS-BESETZER

FRANKFURT (ID) 24.Februar — Jetzt, 1 1/2 Jahre nach der Besetzung des JUZ Bockenheim, fand am 24.2. der einzige Prozeß gegen einen der Hausbesetzer statt:

„Im Oktober 1974 besetzten wir, Jugendliche aus Frankfurt, eins von vielen leerstehenden städtischen Gebäuden. Wir wurden zwar alle verhaftet, aber die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden alle fallengelassen. Da weitere 250 politische Prozesse wohl zu einem permanenten Spektakel im Gericht geführt hätten, wird nun einer, der sich aber besonderer Beachtung seitens der Justiz erfreut, durchgeführt.

Anklagepunkte: Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchte Körperverletzung. Achim wurde wahllos aus einer Menge von ca. 300 Jugendlichen verhaftet, die die Räumung des Hauses verständlicherweise nicht einfach hinnehmen wollten.
In Bockenheim gab's zu der Zeit nix, aber auch gar nix, wo Jugendliche hingehen konnten, ohne total ausgenommen zu werden (Kneipen,Discos). Jetzt gibt es das selbstverwaltete JUZ Bockenheim, von uns besetzt, von der Stadt legalisiert.
Aber in letzter Zeit kriegen wir (wie alle Stätten der Selbstorganisation und Selbstverwaltung z.B. Weißbeckerhaus in Berlin,JUZ Königstein, etc.) des öfteren lieben Besuch von unseren Staatsschützern, die durch aufwendige, publicity heischende und von der rechten Presse auch toll unterstützte Polizeigroßeinsätze versuchen, uns als Fahrradkettenschwingende Nachtruhestörer und dergleichen zu kriminalisieren, uns die passive Unterstützung der Bewohner Bockenheims zu nehmen. Auch der Prozeß gegen Achim ist ein Teil dieser Hetze.Wir können dieser Hetze nur entgegenwirken, indem wir uns aktiv dagegen wehren.

Machen wir bei diesem Prozeß einen Anfang!
Wir werden dort zeigen, daß nicht nur einer von uns, sondern alle angeklagt sind, die das JUZ besuchen oder unterstützen. Wir alle finden die Besetzung richtig und wir wehren uns alle gegen diese Kriminalisierungsversuche!!"

DER PROZESS

„Am angesetzten Prozeßtermin war der Verhandlungssaal dem Ansturm der Prozeßbesucher nicht gewachsen! So mußte sich die Öffentlichkeit von über 100 Jugendlichen in einem Gerichtssaal mit einem Fassungsvermögen von normalerweise 40 Personen quetschen (1 qm für 4 Besucher). Deswegen fiel es der Öffentlichkeit auch sehr schwer, dem hohen Gericht die ihm gebührende Ehre zu erweisen und bei Eröffnung der Sitzung sich zu erheben. Nach Verlesung der Anklageschrift und der Erwiderung von Achim wurde der Saal noch voller und unruhiger. Dadurch sah der Richter sich genötigt, eine Pause von 10 Minuten einzulegen, um Recht und Ordnung wieder herzustellen. Er forderte alle Besucher auf, den Saal zu verlassen und wollte durch Verteilung von nur 40 Eintrittskarten die Öffentlichkeit um 2/3 beschneiden! Andernfalls drohte er sofortige Räumung durch die inzwischen angerückten Polizeieinheiten an. Die mehrmaligen Anträge des Verteidigers, die Verhandlung so lange zu vertagen, bis ein größerer Saal gefunden sei, ignorierte der Richter zuerst. Doch schließlich konnte er eine gewaltsame Räumung der friedlichen Öffentlichkeit nicht verantworten.
So mußte er dem Antrag auf Vertagung stattgeben. Der Prozeß wird fortgesetzt am Freitag, 5.März, 8.30 Uhr, Gebäude A 102."

GRAUER HIMMEL ÜBER KREUZBERG

BERLIN (ID) 25. Februar — Aus einem Flugblatt der Bewohner des Thomas-Weisbecker-Hauses:

„In den letzten Tagen hat die CDU ein verleumderisches Flugblatt über uns – das Thomas-Weisbecker-Haus und das Georg-von-Rauch-Haus in Kreuzberg verteilen lassen. Weil die Tatsachen über uns nicht in ihr Konzept passen, griff sie zum Stil Goebbels'scher Hetze, mit Lügen versucht sie, Vorurteile zu schüren.

Erst vor zwei Wochen hat die CDU eine Bauchlandung erlebt: der CDU-Baustadtrat Kliem erklärte das Thomas-Weissbecker-Haus für so baufällig, daß Lebensgefahr für die Bewohner bestehe, es müsse sofort geräumt und abgerissen werden, Kurz darauf stellte selbst ein Richter fest, daß das keinesfalls stimmt, die Bewohner könnten drinbleiben. Jetzt versucht die CDU,Stimmung zu machen, um trotzdem noch zu ihrem Ziel zu gelangen.

„Kann man in Kreuzberg leben, ohne zu arbeiten ...? " Das kann man nicht, im Rauch-Haus und im Weissbecker-Haus erst recht nicht. In Kreuzberg wohnen Arbeiter, Rentner, die müssen ackern, um zu leben oder haben das hinter sich, um jetzt eine Rente zu kriegen.

Im Rauch-Haus haben wir wenige Wochen nach der Besetzung Essens- und Kleidergutscheine abgelehnt, um nicht vom Senat abhängig zu werden. Vor ein paar Monaten haben wir einen Renovierungsplan des Baustadtrates (!!!) für das Rauch-Haus abgelehnt. Er wollte 640.000 Mark bei uns verpulvern (einschließlich Parkettfußboden). Das hätte niemandem genutzt, außer den Bauunternehmern, genau wie die ganze Sanierung in Kreuzberg.

Eine andere Frechheit ist, wie wir im Flugblatt benannt werden: sozial schwer geschädigte Jugendliche, Jugendliche in der Isolation, nicht eigenverantwortlich, Randgruppen.

Wir sind nicht sozial schwer geschädigt. Wir gehen zur Schule, machen eine Ausbildung oder gehen arbeiten. Geschädigt werden wir erst dann, wenn uns die Wohnung genommen wird, und wenn wir in Heimen landen. Dagegen werden wir uns mit allen Mitteln wehren.

Wir sind nicht isoliert, sondern uns besuchen Kollegen, Freunde und Gruppen aus Berlin und Westdeutschland, die Interesse an unseren Häusern haben. Die CDU will uns durch Rufmord isolieren.

Wir sind eigenverantwortlich, und das funktioniert seit Jahren. Die CDU will uns davon „befreien", indem sie Schüler und Lehrlinge in Heime steckt. Hunderte von Jugendlichen sind täglich auf der Straße (4.000 jährlich laut Senat), weil sie von zu Hause oder aus Heimen abgehauen sind. Viele Lehrlinge und Jungarbeiter, die wegen der engen Wohnungen von zu Hause ausziehen wollen, können sich, weil sie zu wenig verdienen, keine eigenen Wohnungen leisten. Trotzdem stehen viele dieser Häuser leer und werden vom Senat bezahlt. Das sehen wir nicht ein. Heimplätze kosten viel mehr als die Miete für unsere Häuser und dort hauen die Jugendlichen nicht grundlos ab."

DIE MAULKORB–GRUPPE GEHT AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

FREIBURG (ID) 26.Februar — Kurz nach dem Überfall auf den Trikont-Verlag und die Beschlagnahme von Bommi Baumanns Buch „Wie alles anfing", veranstaltete eine Gruppe von Studenten eine Lesung just aus diesem Buch in der Uni.

Dabei wurde klar, daß man längerfristig gegen die zunehmende staatliche Repression arbeiten muß. Es bildete sich eine Gruppe, die sich zunächst mit den Maulkorbgesetzen beschäftigen wollte. Als erstes wurden zwei Veranstaltungen geplant, die die Diskussion über die Maulkorbparagraphen in die Freiburger Öffentlichkeit tragen sollten. Leider zeigte es sich bald, daß die Vorbereitung solcher Veranstaltungen leicht an die Stelle einer gründlichen inhaltlichen Arbeit treten kann, ohne daß man das gleich merkt. Wir begnügten uns mit der Vorstellung,daß die Leute, die wir zu unserer Diskussionsveranstaltung am 3.2. eingeladen hatten, schon wüßten, was man wichtiges zum Thema zu sagen hätte.

Eingeladen — und auch gekommen — waren Daniel Cohn-Bendit, ein Vertreter des Trikont-Verlages, ein Mitglied der ID-Redaktion und Seifritz aus Darmstadt. Wir bezweckten mit der Veranstaltung nicht nur Information und Auseinandersetzung über die Maulkorbgesetze, sondern vor allem eine Initiative für eine kontinuierliche Anti-Repressionsarbeit in Freiburg, die auch dem Engagementbedürfnis der wiedererwachenden unorganisierten Linken Gelegenheit zur Betätigung geben könnte. Dafür hatten wir die Einrichtung von Arbeitsgruppen geplant, die sich mit dem Aufbau einer Freiburger Stadtzeitung, mit dem Problem einer größeren Verankerung des Buchladens „Jos Fritz" und mit der Frage einer verbesserten Kommunikation zwischen den Linken in Freiburg und den versprengten Linken im Hotzenwald und anderswo beschäftigen sollten.

Die Veranstaltung lief zwar locker, aber nicht sehr inhaltsreich. Erst anschließend wurde über längerfristige Projekte diskutiert. Wir nahmen zunächst das Thema ‚Stadtzeitung' für Freiburg in Angriff. Wir versuchten, zum Großteil mit Erfolg, die linken Gruppen, die zur Zeit in Freiburg aktiv sind, zur Mitarbeit zu verlocken. Wir sind gespannt auf die erste Nummer. Unser Ziel ist zwar hochgesteckt, unser momentaner Anspruch aber weniger; wenn wir zunächst die Leute erreichen, die sich selbst als „fortschrittlich" bezeichnen würden, wären wir schon sehr zufrieden.

Einen gewissen Ansporn zur Arbeit gab auch das Walde-Theater, das am 13.2. sein Anti-Repressionsstück in Freiburg vor ca. 600 Leuten spielte, anschließend gab es ein Fest mit Klaus dem Fiedler und Stones. Die Einnahmen gingen teils an das Walde-Theater selber, Teils an den ID und an Klaus.

Jetzt, nach all den Aktionen, fängt die Arbeit erst an. Die bisherige Maukorb-Gruppe arbeitet in erweiterter Auflage weiter; vor allem an Themen, die für Freiburg wichtig sind,also z.B. Stadtplanung, Schwarzwaldautobahn, Öffentliche Verkehrsmittel, Bodenspekulation, Gastarbeiter usw. Wir glauben, daß gerade solche Arbeit eine wesentliche Grundlage für eine wirkliche Stadtzeitung sind. Eine andere Grundlage könnte das neueröffnete Kommunikationszentrum in der Faulerstraße 3 sein — sprich die Gegenöffentlichkeit.

§ 129 GEGEN HAMBURGER HAUSBESETZER

HAMBURG (ID) 25. Februar

Am 2., 4., 9. und 11. März wird der Prozeß gegen die Hausbesetzer aus der Ekhofstraße nochmals neu aufgerollt. Angeklagt sind drei Genossen, die schon einmal im ersten Prozeß Anfang '74 wegen Hausfriedensbruchs, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung u.a. zu einem Jahr bzw. einem Jahr und vier Monaten verurteilt wurden. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und verlangt eine Verurteilung nach § 129, der jetzt neu definiert ist und mit höherer Strafe, nämlich drei bis zehn Jahren droht.

Als die Hamburger Hausbesetzer ihre Aktion im April 1973 begannen, konnten sie auf den Erfahrungen der bis dahin schon geführten Häuserkämpfe in Berlin, Frankfurt, Hannover, Bremen und anderswo bauen. In Flugblättern, Zeitungen und Wandzeitungen wurde die Mafia von Neue Heimat, SPD, Gewerkschaft und Senat angegriffen, und deren Durchsetzung von Profit und Machtinteressen durch Wohnraumzerstörung. Aussiedlung und Atomisierung der Bevölkerung. Der Klarheit des Angriffszieles entsprach die die Vorbereitung und Entschlossenheit, das besetzte Haus gegen Angriffe der Polizei zu verteidigen. Als erste Reaktion des Staats wurde der Häuserblock abgeriegelt, Leute, die zum besetzten Haus gezählt wurden, wurden auf der Straße festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Hinzu kam nach kurzer Zeit die psychologische Kriegesführung eines weiteren von den Hausbesetzungen Betroffenen: Axel Springer — in Hamburg selbst Haus- und Grundbesitzer. Seine Blätter hetzten und keiften während der ganzen fünf Wochen andauernden Aktion gegen die „Polit-Rocker", „Terroristen", „Reisekader der internationalen (!) Chaoten", gegen die „kriminielle Vereinigung". Die Springerpresse war es auch, die dem Senat diktierte, wie er gegen diesen „Wildwuchs" vorzugehen hatte.

Denn, entgegen ihrer Hoffnung, daß sich die anfängliche Mobilisierung sehr bald totlaufen würde, entwickelte sich der Häuserkampf weiter: das Beispiel der direkten selbstorganisierten Aneignung war ein Motor, die Jugendlichen im Stadtteil engagierten sich, unterstützten die Hausbesetzung, organisierten ein eigenes Kommunikationszentrum im Haus, die Mieterberatung wurde zu Treffen entwickelt, auf denen die Möglichkeit eines Mietstreiks in den anderen Häusern diskutiert wurde und das Verhalten gegen die Aussiedlung: viele Stadtteilgruppen aus Hamburg und anderen Städten, Rockergruppen, Leute aus Obdachlosenasylen kamen, um sich mit den Hausbesetzern auseinanderzusetzen. Weder die Schikanen und Provokationen der Polizei, die auf Widerstand stießen, noch Verhandlungen und Bestechungsangebote durch den Senat, die konsequent abgelehnt wurden, konnten dem Kampf die Spitze abbrechen. Dagegen wußte der Staat sich nur mit einer militärischen Machtdemonstration zu helfen. Mit der Konstruktion einer „kriminellen Vereinigung" propagandistisch legitimiert, wurde das Haus unter Einsatz von MEK, Panzerwagen usw. brutal geräumt. Wie die Polizei berief sich auch die Justiz bei den Verhaftungen auf den § 129 und die dadurch zu erwartenden hohen Strafen. Spätestens bei den Urteilen spielte die „kriminelle Vereinigung" angeblich keine Rolle mehr: „Die Frage, ob § 129 zu bejahen oder zu verneinen war, ist lediglich ein Streit unter Juristen, der praktisch keine Bedeutung hat, " so der Vorsitzende Richter Ziegler. „Das Gericht hat genau die gleichen Strafen verhängt, wenn es den § 129 bejaht hätte."

Warum jetzt doch § 129?

Daß Ziegler nicht nach § 129 verurteilte, war durchaus kein „Fehler", sondern ein taktisch genau kalkulierter Schachzug. Einerseits bestand das Risiko, daß sich bei einer Verurteilung der Genossen nach § 129 eine breite Protestbewegung entzündet hätte, denn damals standen viele hinter der Hausbesetzung und protestierten gegen ihre Zerschlagung und eben nicht nur in Hamburg. Andererseits war im Rahmen der Strafrechtsreform auch die Neudefinierung des § 129 in Arbeit. In enger Zusammenarbeit und Absprache mit BGH und Gesetzgebern probozierte Ziegler mit seinem Urteil die Revision der Staatsanwaltschaft. Damit war Zeit gewonnen. Zudem mußte jetzt der BGH eine Grundsatzentscheidung über die Anwendung dieses Paragraphen fällen. Dadurch war gesichert, daß im im Fall einer neuen Hausbesetzung angewandt wird. BGH (Buback), und BKA (Herold) führen Regie in der Planung und Praxis zur Perfektionierung der allgemeinen Kontrolle über die Bevölkerung und in der Einkreisung und Zerschlagung von militanten Widerstand. Dazu ist der § 129 ein Mittel unter anderen (§§ 88 a, 130, 218, Verteidigerausschluß.).

Es geht bei diesem Prozeß also darum, neben der nochmal gesteigerten Verfolgung der Genossen, deren Widerstand weder im Knast noch danach gebrochen werden konnte, den § 129 zu einem handlichen Repressionsinstrument gegen alle Initiativen zu machen, die die Verwirklichung ihrer Interessen selbstorganisiert in die Hand nehmen und durch direktes Handeln die Grenzen durchbrechen, die von der bürgerlichenRechtsordnung gezogen werden. Beispiele hierfür sind die Verfolgung des Frankfurter Frauenzentrums und die Terrorisierung der Kommunen (Freekwork) und des Bremer Frauenzentrums. Der § 129 macht die Strafverfolgung tendenziell grenzenlos. Polizei und Justiz können jeden verfolgen, der mit einer Gruppe in Zsammenhang steht, die als „kriminelle Vereinigung" abgestempelt wird; der Nachweis einer konkreten Tat ist nicht mehr notwendig, die Verurteilung kann schneller durchgezogen werden.

EINREISEVERBOT FÜR ASTA-MITGLIED

TÜBINGEN (ID) 24. Februar — Albrecht Schmeissner wollte am Samstag, den 14.2., am Grenzübergang Hoechst zu einer Arbeitsgruppentagung der Betreuer des Schülerhorts Münzgasse 7 nach Fontanella in Vorarlberg einreisen.

Nach intensivster Zollkontrolle, Überprüfung der Fahndungslisten, internationaler polizeilicher Ermittlungen zur Person bzw. Kfz verfügten die Grenzbeamten nach zweistündiger Wartezeit auf Anweisung des österreichischen Innenministeriums in Wien ein Einreiseverbot für den ehemaligen OB-Kanidaten und AStA-Vorstandsmitglied. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Die Grenzbeamten handelten auf Weisung der Wiener Sicherheitsbehörden. Nach telefonischen Rückfragen am Sonntag und Montag bei der Abteilung für öffentliche Sicherheit des Wiener Innenministeriums stellte sich heraus, daß das Einreiseverbot zurückgenommen wurde, als Begründung sollte ein mitgeführtes Plakat gegen das faschistische Griechenland von 1973 herhalten.

Diese Maßnahme steht nach Ansicht des Betroffenen im Zusammenhang mit dem Sicherheitsplan anläßlich der Olympischen Spiele, zu denen die westdeutschen Behörden geheime Listen von Personen den Wiener Behörden übermittelt haben, die angeblich ein Sicherheitsrisiko darstellen sollen. Ebenso wie der Fall des Berliner FU-Professors Elmar Altvater, der in Innsbruck – als er sich auf der Durchreise von Bologna nach Berlin befand – aus dem Zug heraus in Abschiebehaft genommen worden ist, verdeutlicht diese Maßnahme den systematischen Versuch der westdeutschen Staatsschutzbehörden, aufrechte Demokraten, die von ihrer sozialistischen Gesinnung auch in der Öffentlichkeit nicht abgehen, mit „internationalen Terroristenbanden" gleichzustellen.

Die fadenscheinige Begründung der Wiener Sicherheitsbehörden, das Einreiseverbot von der Mitführung eines Plakates abhängig zu machen, macht das Zwielicht der Staatsschutztätigkeit überdeutlich, kann es doch daran wohl kaum gelegen haben. Grundrechte wie Informations- und Meinungsfreiheit sind in der Verfassung der Republik Österreich genauso vorgesehen wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Wie der Betroffene angibt, wird er auf dem Rechtsweg den Versuch unternehmen, die Behörden dazu zu zwingen, die Informationen preiszugeben, die ihn zu einem angeblichen Sicherheitsrisiko stempeln.

Mit dieser Maßnahme wird der Charakter der gegenwärtigen repressiven Offensive der staatlichen Behörden überdeutlich.

Albrecht Schmeissner fordert die Tübinger Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die Presse und alle demokratischen Organisationen auf, durch aktive demokratische Kontrolle dieser illegalen Staatsschutzwillkür ein Ende zu bereiten.

ELTERN MACHEN ES DEN LEHRERN VOR – SCHULSTREIK

FRANKFURT (ID) 25.Februar — Am Montag, den 23.Februar, 10.00 Uhr fand eine Streikversammlung von Eltern der Ackermannschule (Grundschule) im Frankfurter Stadtteil Gallus statt. Der Schulelternbeirat hatte alle Eltern zu einem Unterrichtsboykott für diesen Tag aufgerufen und zu einer Kundgebung um 10.00 auf dem Schulhof aufgerufen.
Hier waren neben Rundfunk und Presse ca. 80 Eltern mit Kindern erschienen – der Boykott wurde von den Klassen 1 und 2 zu fast 100%, von den Klassen 3 und 4 zu 20–30% befolgt.

Die Forderungen der Eltern waren: keine Lehraufträge an die Schule, sondern die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer! Kontinuität des Unterrichtes und eine Fachkraft für Legasthenie. Anlaß zu dieser Elternaktion waren folgende Mißstände: seit Januar war in den Klassen 1 und 2 bis zu 40% des Unterrichtes ausgefallen. Dazu kommt noch, daß eine verheerende Personalpolitik verursachte, daß die Kinder innerhalb eines Jahres nicht nur einen permanenten Lehrerwechsel hinnehmen mußten, sondern zum Teil pro Tag mit 5 Lehrern vorlieb nehmen mußten. Die psychischen Folgen für beide Parteien lagen auf der Hand: Krankheit bei den Lehrern und schwere Lernschäden für die Kinder. Und das noch in einem Viertel, wo über 80% der Kinder aus Arbeiterfamilien mit katastrophalen Wohnverhältnissen kommen. Jetzt, nachdem es zum 1.2.76 noch zusätzlich zwei Lehraufträge anstatt der geforderten Planstellen gab, da platzte den Eltern der Kragen.

In dieser Situation hatte die Schulleitung nichts Besseres zu tun, als die Eltern durch Strafandrohungen einzuschüchtern und die Lehrer zur strikten Einhaltung ihrer Unterrichtspflicht - auch bei leerer Klasse - zu vergattern, was 99% der Lehrerschaft auch willig befolgte! Eine schüchterne Solidaritätserklärung einiger in der GEW organisierten Lehrer ließ die Eltern merken, daß wenigstens einige Lehrer ihrem Zorne und ihren Forderungen folgen konnten.

Der eingeladene Schulrat erschien natürlich nicht – dafür ließ er zwei Tage später über die Frankfurter Rundschau erklären, die Lehrersituation an der Ackerman n-Schule sei im Vergleich mit anderen Schulen doch sehr gut – was rein statistisch stimmt, wenn man weiß, daß bei der Planstellenberechnung schon 20% Stundenkürzung enthalten sind und was angesichts der Eigenart des Kollegiums und der sozialen Situation des Schulbezirkes ein übler Zynismus nach Schulmannsart darstellt.

Bezeichnend für die noch sehr bornierte Haltung der meisten Lehrer angesichts der sich verschärfenden Schulmisere sind einige Episoden am Streiktag: Schüler einer benachbarten Grundschule haben Eltern und Lehrer zum Streik interviewt: „Warum hier gestreikt wird, wissen wir nicht, wir sind doch genug Lehrer". Der Konrektor, derzeit Schulleiter:..Kein Kommentar." Ein anderer Lehrer: „Was für eine Stunde hättet ihr denn jetzt? " „Wir hätten jetzt eigentlich Mathe..." „So, dann solltet ihr lieber rechnen gehen, als euch hier herumzutreiben."

Es bleibt zu hoffen, daß es bald viele Ackermannschulen und auch so clevere Schüler gibt, die den Paukern samt Behörden auf ihre Finger klopfen und dabei Erfolg haben. Die Eltern haben eine Frist bis Aschermittwoch gesetzt. Je nach Reaktion der Behörden sollen verschärfte Maßnahmen erfolgen!

AUS EINEM RUNDBRIEF DER SCHÜLERVERTRETUNG DES LANDES HESSEN

FRANKFURT (ID) 25. Februar — „In der letzten Woche hat Kultusminister Krollmann seinen Maulkorb-Entwurf vom Oktober 1975 zurückgezogen (siehe dazu ID 106). Er hat damit dem Druck der Schülervertretung, der Gewerkschaftsjugend und der demokratischen Jugendverbände nachgeben müssen.

Aber, und das sollten wir immer bei unseren Diskussionen und Aktionen berücksichtigen, sind damit die Angriffe und Disziplinierungsversuche gegen unsere Ver_tretung vom Tisch? Im Gegenteil! Die Klassensprecherkonferenz der Frankfurter Schülervertretung am 16. Februar wurde z.B. verboten. Das zeigt: der reaktionäre Geist dieses Maulkorb-Entwurfs ist noch nicht ganz besiegt.

Und auch der zweite Versuch des Kultusministers entspricht durchaus nicht den Prinzipien demokratischer Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schülervertretung. So soll die SV (Stufen-Vertretung)-Stunde – wie bereits beim ersten Versuch – um 50 % gekürzt werden. Und die Einführung der SV III ist nichts weiter als der Versuch der Augenwischerei und Spaltung. Die SV III soll nämlich nur dann eingeführt werden, wenn mehr als die Hälfte der Oberstufenschüler volljährig sind. Das bedeutet, daß die Voraussetzung zur Mitbestimmung am Datum des Geburtstages festgemacht wird. Und in einem weiteren Paragraphen wird hinter den Worten „der Stufenvertretung II" die Worte „oder III" eingefügt. Im Endeffekt heißt das, daß die sogenannten „erweiterten Mitbestimmungsrechte der Stufenvertretung III" (es ist ein einziges Recht mehr ...!) nur an reinen Oberstufenschulen – und bei Mehrheit von volljährigen Schülern – in Kraft treten würde. An allen Schulen mit zwei Stufenvertretungen fiele dieses Recht bei allen gemeinsamen Aktivitäten der beiden Stufenvertretungen unter den Tisch.

Fazit: Krollmann denkt gar nicht daran, eine demokratische SV-Verordnung auf den Tisch zu legen."

GROSSKONTROLLEN IN DER PFALZ

PIRMASENS (ID) 25. Februar „Regelmäßig unregelmäßig Großkontrollen" in allen Landesteilen hat für Rheinland-Pfalz Obersher iff Schwarz angekündigt. Generalprobe war am 16. Januar in Koblenz. 270 Polizisten machten die Stadt an allen strategisch wichtigen Punkten dicht, und zwar von 17 Uhr bis 2 Uhr morgens. Kontrolliert wurden rund 6.000 Personen und 4.000 Kraftfahrzeuge. 23 Leute wurden festgenommen, weil sie im Fahndungsbuch standen. Benutzt wurde dabei der INPOL-Computer beim Bundeskriminalamt Wiesbaden. Einzelne Leute sind vier- bis fünfmal überprüft worden. Angeblich hat sich niemand beschwert.

DIE (REICHS-)ZAHNÄRZTEKAMMER STELLT EIN

MAINZ (ID) 25. Feburar Die Landes-Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz verschickt zur Zeit an ihre Mitglieder „Richtlinien zur Einstellung von Auszubildenden für den Beruf der Zahnarzthelferin". Ni cht nur, daß darin unter der Rubrik „Wen einstellen" unterschieden wird in Abschlußzeugnis und Abgangszeugnis („besagt nur die Bestätigung des Schulabgangs. Normal werden solche Mädchen in die nächsthöhere Klasse nicht versetzt! Es muß bei solchen Bewerberinnen mit großem Mangel an Mindestintelligenz gerechnet werden"); Kammermitglieder sollen darauf achten, ob Bewerberinnen mit Hauptschulabschluß auf einem A-B- oder C-Zug waren. Wörtlich heißt es in dem Papier:

„Begründung: A — hoher Intelligenzquotient, B — mittleres Leistungsniveau, C — niedriger Intelligenzquotient. Trotzdem finden Sie in den Zeugnissen der Gruppe B und C auch die Noten sehr gut und gut. Das liegt daran, daß während der Schulzeit die Schülerinnen sich in die verschiedenen Schulzüge A, B, und C versetzen lassen können, damit sie gute Noten erreichen. Es entsteht also optisch über die geistige Leistungsfähigkeit ein falsches Bild. Da die Anforderungen in den Zügen B schwächer, in den Zügen C wesentlich schwächer sind, kommt es allgemein zu einer guten Benotung, die über den wahren Sachverhalt hinwegtäuscht. Beispiel an zwei Fächern, Deutsch und Rechnen:

Deutsch:	sehr gut	2-3	4
Rechnen:	gut	3	4-5
Im Zeugnis:	A gut	B gut	C befriedigend
In Wirklichkeit:	sehr gut/gut	befriedig.	knapp ausreichend

Vor Einstellungen der Bewerberinnen der Züge C kann nur gewarnt werden."

Geistige Leistungsfähigkeit, Mindestintelligenz, das sind Begriffe, die aus dem III. Reich von KZ-Ärzten bekannt sind. Sie gehören zum Alllgemeingut von Zahnärzten in der BRD. Offensichtlich ein Ergebnis der Schulreform.

ZU GERTRAUD WILL — DER PROZESS VOR DEM „PROZESS"

MÜNCHEN (ID) 25. Februar In archaischen Gesetzesbüchern werden noch Beweise verlangt. Irgendwanneinmal, scheints, genügte schon der Verdacht. Inzwischen ist ein Mensch schon so gut wie überführt, wenn er in das Fadenkreuz polizeilicher Konstruktionen gerat — samt dem Verteidiger, der das zu bezweifeln wagt.

Am 24. April 1974 wurde die Kindergärtnerin Gertraud Will bei einer der — ganz normalen — schwerbewaffneten Razzien in München verhaftet. Offiziell und aktuell warf man ihr den Versuch der Befreiung anarchistischer Gewalttäter vor. Ihr Verlobter Roland Otto — verurteilt wegen Bankenteignung — war nämlich nach einem Knasturlaub nicht mehr zurückgekehrt.

Doch wo die Polizei erst einmal eine anarchistische Gewalttat oder Artverwandtes zu riechen meint, ist sie nicht mehr zu bremsen und schafft sich die Tatsachen nach ihrem Bilde. Bei der weiteren Roland-Otto-Fahndung rückten am 21. Mai 1974 sechzig schwerbewaffnete Polizisten zur Wohnung des Taxifahrers Günther Jendrian aus, der Roland auf einer Party einmal zufällig begegnet war. Das war offensichtlich schon zu viel. Resultat der Polizeiaktion: Jendrian wird erschossen. (siehe ID 36)

Die hypermilitärische Ausrüstung bei dieser Atacke: Lederstiefel, Jeans, Stahlhelm mit Visier und Sehschlitz, MP und zwei Colts um die Hüfte diente als Vorlage für den „Katharina-Blum"-Film; auch die Äußerung des Kommissars: „Und wenn dann geschossen wird, ist wohl klar, wer auf der Strecke bleibt!" fiel bei diesem Einsatz und ist keineswegs eine Regieerfindung.

Nachdem nun der völlig unbeteiligte Jendrian auf der Strecke der polizeilichen Eigenlogik geblieben war, durfte es bei Gertraud Will nun auch keinen Rückzieher mehr geben — sonst wäre es ja um die Glaubwürdigkeit des ganzen Konstrukts geschehen!. Originalton West-Presse: „Kripo jagt rollendes Bombenlabor — Taxifahrer in Anarchistenwohnung erschossen" (Bild), „Staatsanwalt gegen Stadtguerillas. Gertraud Will als Rädelsführerin" (Süddeutsche Zeitung).

In der Ende August 1975 fertiggestellten Anklageschrift wird Gertraud vorgeworfen: 1971 habe sie Sprengstoff, Leitzordner, Geld und Formulare der Gruppe „Tupamaros München" im elterlichen Keller aufbewahrt. Diese Sachen kamen dann aber irgendwie weg und wurden seither auch nicht wieder gesehen. 1973 soll sie eine kriminelle Vereinigung gegründet haben. „Ob diese Gruppe noch immer aktiv ist, läßt sich nicht sagen ..." (Süddeutsche Zeitung). Außer Gertraud, der Rädelsführerin, sind auch keine anderen Gruppenmitglieder bekannt, die sie rädelsführen könnte — und einen Namen hat die Gruppe auch noch nicht, aber „Befreiung inhaftierter Straftäter" soll sie immerhin geplant haben. Um diese und andere „knallharten" Beweise zu erhärten, sollen 35 Zeugen, 7 Sachverständige aufgeboten werden. Da nicht einmal ein Gewaltverbrechen dabei ist, wird die Justiz in erster Linie sich selbst legitimieren müssen — und legitimieren müssen, warum sie Gertraud zur „Chefterroristin" hochstilisiert hat. Justiz und Polizei sind im Zugzwang und müssen beweisen, daß polizeiliche Phantasiekonstruktionen und Knastzermürbung schon die benötigte Wahrheit produzieren, wenn die Fakten allein zu nichts herhalten.

Auf die Betroffene wirkte sich dies in der bald zwei Jahre andauernden U-Haft so aus:

- strenge Einzelhaft
- Einzelhofgang
- Ausschluß von Gemeinschaftsarbeit und Veranstaltungen
- Besuch von Freunden nur unter LKA-Überwachung
- Verzögerung der Post um mehrere Monate
- Über einen Monat Dunkelhaft (über das Fenster wurde ein Blech mit Luftlöchern montiert)
- Völlig unzureichende Behandlung ihres labilen Gesundheitszustandes (infolge eines Verkehrsunfalls und durch ihre Haftbedingungen leidet sie unter Kreislaufschwäche, Ohnmacht, Erbrechen, Doppelsehen, Konzentrationsschwierigkeiten etc.)

Was hier als trockene Auflistung erscheint, hat Gertraud Will in Briefen nach draußen wesentlich persönlicher und eindringlicher beschrieben. Und wer meint, er könne sich das Knastleben, die täglichen Grausamkeiten speziell im Strafvollzug an Frauen, die Selbstzweifel und auch die Gedanken zu dem „kleinen" und dem „grossen" Knast nicht vorstellen, dem sei als Lektüre empfohlen: „Daß du untergehtst, wenn du dich nicht wehrst, das wirst du doch einsehen" — Nachrichten aus einem westdeutschen Gefängnis, ein Bericht über Gertraud Will. Zu beziehen über: Frauenoffensive, Josephsburgstr. 16, 8000 München 80, 2,- Mark.

Dort beschreibt sie z.B. ein „Lehrstück der bayrischen Justiz": Gertraud läßt sich Kindergeldformulare zuschicken, um einer Mutter von sechs Kindern zu helfen, die wegen Prostitution (Mann arbeitslos) im Knast sitzt. Der Staatsanwalt wittert Unheil und Anarchie und beantragt Beschlagnahmung der Formulare. Der Richter aber, tolerant, läßt die Sachen durch. Darauf muß Gertraud in einem intensiven Gespräch mit der Anstaltsleitung klarlegen, worum es ihr bei den subversiven Schriften geht. Sie soll eins von zehn Formularen ausgeliefert bekommen. Es kommen aber doch alle an. Inzwischen hat der eifrige Herr Staatsanwalt nicht locker gelassen und beim Staatsschutz protestiert. Diesmal mit Erfolg: Es ergeht ein Beschluß, alle zehn Formulare einzuziehen. Dazu Gertraud:

„Große Hektik: wo denn diese Dinger sind und welch Glück, daß sie noch nicht im Abfall gelandet waren, der ganze Knast wäre kopfgestanden und hätte Abfall durchwühlen müssen, denn klar, wenn was beschlagnahmt werden muß, dann muß man das auch machen. Jetzt liegen also die Kindergeldanträge fein säuberlich bei meinen Effekten und wo lägen sie auch besser, als an diesem Ort? Ne Beschwerde zu schreiben wegen diesem absurden Theater war mir dann doch zu dumm, hab denen nur mal kurz die Chronologie ihres eigenen Handelns und ihrer verdienstvollen Beschlüsse geschickt und vielleicht ticken sie selbst, wie grotesk das Ganze ist. Ich bin ja immer mehr dafür, daß wir uns diese Art Justiz auch in den Zeiten nach der Revolution erhalten, denn bessere Volksbelustigung mit zugleich aufklärendem Charakter über Sinn und Unsinn der Justiz können wir uns gar nicht ausdenken."

AUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN GERTRAUDS VERTEIDIGER

Mit Hausdurchsuchungen und Einschüchterungen versuchte die Polizei am letzten Mittwoch nun noch gezielt, die Stärke ihrer Argumente durch Behinderung und Ausschluß von Gertrauds Verteidigung zu manifestieren (ID 113). Irrtümlicherweise hatten wir gemeldet, Gertrauds Verteidiger sei bei der Aktion vorübergehend festgenommen worden. Es kamen zwar ein paar Polizisten in seine Kanzlei, um ihn zu vernehmen, doch die wurden freundlich wieder hinausgeschickt. Festgenommen wurde ein anderer Anwalt. Am Freitag, 20.2., hatte es Gertrauds Anwalt Hartmut Wächtler dafür aber schriftlich: Gegen ihn war ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, Begründung: Verdacht der Begünstigung und Strafvereitelung. Gleichzeitig wurde verfügt, daß der Prozeß, für Montag, 23.2. angesetzt, verschoben wird. Frühestens bis Mitte März hängt somit wieder alles in der Luft. Inzwischen hatte die Staatsanwaltschaft begriffen, daß Hartmut Wächtler der Pflichtverteidiger Gertrauds ist — drum schickte sie am Montag — sicher ist sicher und doppelt genäht hält eh besser — noch einen Antrag auf Entpflichtung hinterher. Mit allen prozessualen Mitteln soll verhindert werden, daß Gertraud eine Verteidigung erhält, die diesen Namen verdient und die in die Sache eingearbeitet ist.

Rechtsanwalt Wächtler weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Er sagt dazu: „Die Staatsanwaltschaft wird selbst wissen, daß gegen mich kein Material vorliegt, das geeignet wäre, einen derartigen Verdacht zu begründen". Vielmehr liegt der Verdacht nahe, „man wolle durch das gegen mich offenbar eingeleitete Ermittlungsverfahren drei Tage vor Beginn des Prozesses gegen Gertraud Will und ihren Bruder Hartmut die gesamte Verteidigung einschüchtern, sie in ein schiefes Licht rücken und womöglich dezimieren. Dem werde ich mich mit allen mir zu Gebote stehenden rechtlichen Möglichkeiten widersetzen."

Am Dienstag war dann die Sache komplett: gegen Rechtsanwalt Langmann, der Harmut Will verteidigt, wird ebenfalls ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

NEUES VOM NAZI-KAMPFGRUPPEN-PROZESS

DÜSSELDORF (ID) 22. Februar

Auch am siebten Verhandlungstag gegen zehn Faschisten der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland" vor der IV. großen Strafkammer des Landgerichtes Düsseldorf läßt der familiäre Stil, in dem der Vorsitzende Dr. Hedding die Verhandlung führt, bei den Prozeßbeteiligten kein Unbehagen aufkommen. Was Hedding als Strategie der „Kampfgruppe" zu deuten versuchte: „Getrennt marschieren — vereint zuschlagen", genau das macht inhaltlich auch diesen Prozeß aus. Nur scheinbar stehen sich hier Staat und Angeklagte gegenüber; hier soll niemand „exemplarisch abgeschreckt" werden, exemplarisch ist hier nur die Art und Weise, in der man den Faschisten Mut macht, den „Kampf gegen die Roten" aufzunehmen. (siehe auch ID 112).

Am 12.2. will man zum Abschluß der Beweisaufnahme kommen, hierzu werden die im Oktober 1972 beschlagnahmten Waffen-Asservate vorgeführt. Hedding läßt sich mit dem nicht verborgenen Interesse eines ehemaligen Wehrmachtsoldaten von den Angeklagten Low, Gädicke und Grett die Waffen zeigen und erklären. Es handelt sich dabei um 13 Gewehre, eine Maschinenpistole, drei Pistolen, ein Seitengewehr, einen Dolch und diverses Zubehör wie Magazine und größere Mengen Munition. Der Vositzende glänzt wieder durch Heiterkeit und witzige Bemerkungen aus „Schulterhalfter" macht er beifallheischend „Pferdehalfter".

Da halten natürlich die Angeklagten auch nicht zurück. Als Hedding fachmännisch durch ein Zielfernrohr eines Gewehres aus dem Fenster zielt, sagt Knauber: „Laden Sie die Waffe mal mit einer Kugel und zielen Sie auf den Staatsanwalt! Sie werden sehen, daß man damit nicht trifft!" Hedding hat sich angewöhnt, solche Bemerkungen stillschweigend zu übergehen, der Staatsanwalt reagiert gelassen: „Der Staatsanwalt ist unverletzlich!"

Die Beweisaufnahme wird abgeschlossen.

Rechtsanwalt Gottwald, Verteidiger des Faschisten Luttermann, beantragt die Einstellung des Verfahrens gegen seinen Mandanten, da sich in der Beweisaufnahme herausgestellt habe, daß es sich bei dem, was man den Angeklagten vorwirft, um eine „betrunkene Farce" handelt und mit der Gründung einer politischen kriminellen Vereinigung nichts zu tun habe (er zitiert dazu einen Kommentar zum § 129 StGB, der ausdrücklich den Tatbestand der politischen Kriminalität betont.).

Der Anwalt des Faschisten Baier stellt ebenfalls einen ausführlichen Antrag zur Einstellung des gesamten Verfahrens. Zunächst zitiert er aus einem „Internationalen Informationsdienst", in dem prophezeiht wird, daß in ca. vier bis fünf Jahren die Armeen des Warschauer Paktes Westeuropa überrennen werden. Die Rote Armee der Sowjetunion sowie die DDR-Volksarmee hätten heute schon ausreichende militärische Kräfte an der Grenze zur BRD konzentriert, um diesen Überraschungsschlag auszuführen.

Weiter zitiert er aus einem „Politischen Hintergrund-Informationsdienst" über den Bürgerkrieg im Libanon. Dort seien die „arabischen Kommunisten" im Vormarsch und würden dadurch den südeuropäischen Raum bedrohen. Baiers Anwalt führt das als ein Indiz dafür an, daß der Kommunismus Westeuropa „in die Zange nimmt". Die Angeklagten hätten nun nichts anderes getan, als sich aufgrund der genannten Tatsachen auf den „Tag X" vorzubereiten. Damit hätten sie nichts anderes getan, als es in dem Handbuch „Der totale Widerstand" aus der Schriftenreihe des schweizerischen Unteroffiziersverbandes, herausgegeben vom Schweizer Generalstab, beschrieben sei.

Diejenigen Angeklagten, die heute noch Unteroffiziere sind, hätten dieses Buch wohl von ihren „einer diktatorischen Tendenz unverdächtigen Schweizer Kollegen" bekommen.

Der Anwalt zitiert ausführlich Textstellen aus diesem Buch, wo zum totalen Widerstand jeder Schweizerin, jedes Schweizers bis zum Tode aufgerufen wird, um die „freien Länder" gegen den „tyrannischen Kommunismus" zu verteidigen. Baier habe dazu erklärt, die Bundeswehr wäre auf den bevorstehenden Großangriff der sowjetischen Roten Armee nicht vorbereitet und aus diesem Grunde habe man eine Organisation gründen wollen, die zum Widerstand gegen den Kommunismus in der Lage wäre. Ein zukünftiger Krieg der „freien Länder" gegen den Kommunismus würde nicht mehr wie der 2. Weltkrieg ablaufen, sondern würde, wie Churchill gesagt haben soll, die Gestalt eines weltanschaulichen Krieges mit Elementen des Bürgerkreiges annehmen. Wie imBuch „Der Totale Widerstand" beschrieben, würden herkömmliche Armeen dann wirkungslos sein, der Krieg gegen den Kommunismus müßte sich dann auf den Widerstand jedes Bürgers stützen, müßte sich auch des Guerillakampfes bedienen.

Laut Baier habe schon der verstorbene Tschou En Lai vor den Aggressionen des SowjetischenSozialimperialismus gewarnt und auch die SPD würde vertreten, daß die „deutschen Ostgebiete", die heute unter „kommunistischer Verwaltung" stehen, untrennbar vom „deutschen Vaterland" seien. Ihm (Baier) ginge es ebenso wie seinen Kameraden bei allem, was er getan habe, nur um das Wohl des deutschen Volkes und aus diesen Gründen sei der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gerechtfertigt.

Zuletzt stellt auch Schröpfers Anwalt für seinen Mandanten den Antrag auf Einstellung des Verfahrens, da die Beweisaufnahme nicht klar genug gezeigt habe, daß Schröpfer an der Gründung der Vereinigung teilgenommen habe. Im übrigen meine auch er, daß der § 129 nicht anwendbar sei, da nicht befriedigend geklärt worden sei, was schon als „Gründung" bzw. „Gründungsversammlung" zu werten sei und was nicht.

Luttermanns Anwalt meldet sich noch einmal zu Wort und ergänzt seinen nach Abschluß der Beweisaufnahme gestellten Antrag durch Zitate aus den „Vertraulichen Mitteilungen zum politischen Zeitgeschehen", die noch einmal eingehend verdeutlichen sollen, daß der gut vorbereiteten, mit glänzenden Plänen ausgerüsteten Roten Armee der Sowjetunion kein gleichartiger Widersacher gegenüberstehe; weder die BRD noch die USA seien entsprechend ausgerüstet und schon gar nicht einer Meinung in den wesentlichen Fragen. Dies sei ein Grund mehr für seinen Mandanten und seine Kameraden gewesen, eine Organisation aufzubauen, die sich mit diesem Problem befaßt.

Hedding stellt die Entscheidung über diese Anträge zurück, er will damit der gerichtlichen Würdigung der Beweisaufnahme nicht vorgreifen. Die Anwälte sind damit einverstanden.

Nach einer kurzen Pause sollen die Plädoyers der Verteidigung beginnen, die sich wohl im Rahmen der gestellten Anträge bewegen werden.

Nachtrag zum Prozeßbericht im ID 111: auf Seite 9, Mitte der rechten Spalte, muß es richtig heißen: „Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Faber zugibt, man hätte den Kauf eines Grundstückes geplant, um dort später, wenn man unterstützt worden wäre, Waffen für den Kampf gegen die „Roten zu lagern". Durch einen Zeilensprung im ID-Artikel geht das mit dem Grundstückkauf leider verloren, ist aber sehr wichtig, weil man sich fragen muß, wer das wohl finanziert hätte. Mit 70 Mark aus der Gruppenkasse wohl kaum.

ERKLÄRUNGEN

GELD FÜR DEN PROZESS

HAMBURG (ID) 24. Februar „Die Gefangenen vom ‚4. Februar' (Christa Eckes, Ilse Stachowiak, Wolfgang Beer, Rolf Pohl, Eberhard Vecker), die seit zwei Jahren in Hamburg inhaftiert sind, und denen der Prozeß gemacht wird, haben kein Geld mehr. Durch die Mandatsniederlegung der Anwälte werden sie nicht mehr mit Geld versorgt. Wir bitten, Spenden auf das Sonderkonto H. Fröhling, 15 35 09 - 205 zu überweisen. Von da wird das Geld dann gleichmäßig verteilt. Auch andere Guerilla-Gefangene in Hamburg brauchen Geld, z.B. Inga Hochstein und andere.

Spendeninitiative Hamburg"

ZUM SELBSTMORD IN FUHLSBÜTTEL

BERLIN (ID) 19. Februar Mit Bestürzung nehmen wir die Selbstmorde der Gefangenen Heinz-D. Krieger und H. Rohrmoser in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel zur Kenntnis.

Die beiden Gefangenen gaben damit ihrem Protest gegen die bestehenden Haftbedingungen einen letzten verzweifelten Ausdruck. Wir als Ärztegruppe beschäftigen uns seit zwei Jahren mit den Haftbedingungen und insbesondere der ärztlichen Versorgung in den Haftanstalten. Da von Krieger und Rohrmoser u.a. die ärztliche Versorgung kritisiert wurde, (siehe ID 113) sehen wir uns aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen. Aus unserer Erfahrung als Vertrauensärzte vieler Gefangener können wir die Unzulänglichkeit der ärztlichen Versorgung in vielen Fällen bestätigen.

So wurden einem Patienten mit zwei Herzinfarkten in der JVA Tegel lebenswichtige Medikamente nicht regelmäßig gegeben; er erlitt häufig schwere Angina pectoris-Anfälle, eine jeweils notwendige medizinische Versorgung wurde nicht für notwendig gehalten.

Der seit fünf Jahren in Einzelhaft gehaltene J. Bäcker leidet an einer Nierenerkrankung, an Durchblutungsstörungen und immer öfter an Kreislaufzusammenbrüchen, Konzentrationsschwäche und Halluzinationen. Auch bei diesem Gefangenen muß jederzeit mit einem Selbstmord gerechnet werden. Ärztlicherseits ist eine weitere Inhaftierung nicht mehr zu verantworten. (laut Tagesspiegel-Meldung vom 3.2.76, siehe auch ID 110, 111).

Der Gefangene W.G. in der JVA Tegel wurde im April 1975 wegen zunehmender seelischer Störungen bis hin zu Halluzinationen und krampfartigen Anfällen von einem externen Fachkkollegen untersucht. Dieser hielt eine notwendige Therapie in der Haftanstalt nicht für möglich. Im August 1975 lehnte die Vollstreckungskammer jedoch ab, Herrn G. einer externen Behandlung zuzuführen. Ein Hilferuf des Gefangenen an den Berliner Petitionsausschuß vom 14.11.75 blieb bisher ohne Ergebnis.

Der Patient in einer Haftanstalt sieht sich bedroht durch

- Blickdiagnosen an Stelle von Untersuchungen
- Aburteilung als Simulant
- mangelhafte diagnostische Einrichtung
- zeitweise Unerreichbarkeit des diensthabenden Arztes.

Wir unterstützen die Kritik und die Forderungen von Krieger und Rohrmoser nach

- mehr Mitsprache für Häftlinge
- Abschaffung stupider Arbeit und Bezahlung von Tariflöhnen
- Einführung der Sozialversicherung für Häftlinge
- besserer ärztlicher und psychologischer Betreuung
- Anhebung der Verpflegungssätze
- sinnvoller Freizeitbeschäftigung
- Zulassung von Fernsehgeräten in der Zelle
- Möglichkeit sexueller Kontakte in den Haftanstalten
- Abschaffung der Briefzensur
- Verhinderung von Schikane durch Vollzugsbeamte
- Verhinderung von willkürlicher Anordnung von Urlaubssperren.

Wir wissen, daß die Vielzahl von Isolierungsmaßnahmen eine Vielzahl von physischen und psychischen Symptomen hervorruft. Im Selbstmord erfahren sie ihren schärfsten Ausdruck.

Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten, Kontaktadresse und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. med. H. Becker, Bundesplatz 4, 1000 Berlin 31

DEMONSTRATION VOR DEM GEFÄNGNIS

Am Abend des 16. Februar — nach dem Selbstmord von Detlev Krieger und Hans Rohrmoser — gab es vor dem Gefängnis in Fuhlsbüttel eine Demonstration, an der etwa 60 Leute beteiligt waren. Sie trugen Fackeln und riefen Parolen wie: „Selbstmord im Knast ist Mord", „Klug und Rettinger sind Mörder" (gemeint waren der Justizsenator und der Sicherheitsinspektor) und „Wir unterstützen eure Forderungen". Die Parolen wurden, wie später zu hören war, drinnen gut verstanden und auch zurückgerufen. Die Polizei tauchte erst relativ spät auf und war ungeheuer nervös. Bis auf zwei Genossen, die am Rand der Gruppe stehend den Gummiknüppel abbekamen (unangemeldete Demonstration) sind alle heil davongekommen.

Am Samstag darauf, kurz vor der Besuchszeit, war der Weg von einer nahgelegenen U-Bahn-Station zum Gefängnis mit den Erklärungen der beiden Toten (ID 113) gepflastert. Vor allem waren auch die Namen der Gefangenenwärter, die die Zeitungen verschwiegen hatten, mit drauf. Als Polizei und Wärter dies mitkriegten, war ihre Reaktion hysterisch: ein Dutzend von ihnen rannte durch die Gegend und riß alle an Bäumen und Wänden klebenden Erklärungen ab. Die Besucher waren inzwischen jedoch schon am Gefängnis angekommen.

Vor dem Gefängnis wurden Flugblätter verteilt, einige Genossen machten Video-Aufnahmen von Gesprächen mit Angehörigen von Gefangenen. Die meisten Besucher waren interessiert — sie waren auch aufgebracht, als die Polizisten einige zur Überprüfung ihrer Personalien mitschleppten. Denen, die mit den Demonstranten redeten, war klar, wofür die beiden gestorben waren, und daß die Anstalt für ihren Tod verantwortlich, und daß ihr Tod nicht eine persönliche Sache war oder was mit LSD zu tun hatte, wie es die Drecksblätter alle geschrieben hatten.

INTERNATIONALES

STREIK BEI SOLMER – "Ein Glück, daß die Frauen da sind....."

PARIS (Libé/ID) 26. Februar Anfang Januar beschloß die Direktion von Solmer eine ungerechte Aufteilung der Kurzarbeit: 4 Kurzarbeitstage für die Hochofenarbeiter, 2 für die Walz- und Stahlwerkarbeiter. Diese Maßnahme war der direkte Grund für den Mitte Januar begonnenen Streik der Hochofenarbeiter. Für diese Maßnahme gab es keinen Grund, da die Produktion an den Hochöfen ständig stieg.

Solmer ist eine stahlverarbeitende Fabrik in Fos-sur-Mer, bei Marseille, in der etwa 3.400 Leute beschäftigt sind. Die 280 Hochofenarbeiter sind die Hauptinitiatoren des Streiks, der sich gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit richtet. Ihre konkreten Forderungen sind: genügend Arbeitskräfte für eine fünfte Schicht einzustellen, da an den Hochöfen sieben Tage gearbeitet wird und nur ein Sonntag im Monat frei ist, eine Reduzierung der Arbeitszeit und die Bezahlung der Streiktage. Als auf die Forderungen nicht eingegangen wird, stoppen die Hochofenarbeiter am 21. Januar den einzigen noch in Betrieb befindlichen Hochofen. Die Unternehmensleitung reagiert darauf Anfang Februar mit der Aussperrung der gesamten Belegschaft. Die Position der Unternehmensleitung ist hart. Der Generaldirektor von Solmer, Durand Rival, ist ein Unternehmer, von dem gesagt wird, daß er niemals nachgibt. Seine Antwort auf den Streik: Er werde die gesamte Produktion wieder nach Lothringen zu de Wendel zurückverlegen lassen. Die Einführung einer fünften Schicht stehe in Solmer überhaupt nicht zur Debatte.

Solmer gehört zur Unternehmensgruppe de Wendel und Usinor, diese wiederum ist der AGREF, einer Assoziation der großen französischen Unternehmen angeschlossen. Der Generaldirektior von Solmer, Durand Rival, ist Mitglied der CNPF (Centre Nationale du Patronat Francaise) – ein Staat im Staat –.
Man kennt die Interessen und Strategien dieser Unternehmen: Ihre Gegenoffensive, die angefangen mit der Verweigerung jeglicher Forderungen der Arbeiter bis zur Spekulation gegen den Franc nur ein Ziel hat, die Regierung zu zwingen, ihre Politik anzuwenden, jegliche soziale Entwicklung zu blockieren, um mit den Auswirkungen der Krise zu jonglieren.

Der 16. Februar ist ein entscheidender Tag im Streikverlauf. Am Abend zuvor, in einer Verhandlung mit den Gewerkschaften CFDT und CGT schlägt Durand Rival vor, die Kurzarbeit im Februar aufzuheben, sowie ein Streikausfallgeld von 250 Fr. für die Hochofenarbeiter und 500 Fr. für die übrigen Ausgeschlossenen zu zahlen. Daraufhin wird eine Vollversammlung einberufen, die von 1500 Arbeitern besucht und auf der für eine Weiterführung des Streiks gestimmt wird.

Es ist Mittag, unter einer schon frühlingshaften Sonne bewegen sich Trauben von Männern und Frauen, die gerade aus der Vollversammlung kommen, in Richtung Direktionsbüro. Man will Durand Rival sprechen. Er ist wie üblich nicht da. Da die Gewerkschafter nicht mehr wissen, was sie vorschlagen sollen, spricht sich eine Gruppe von ca. 30 Frauen dafür aus, eine Delegation zu bilden, um irgendeinen Repräsentanten der Direktion zu sprechen. Um 13 Uhr akzeptiert der Personalchef, Silves, die Delegation der Frauen und Streikenden zu empfangen. Silves hat nichts anders zu sagen als sich dafür inkompetent zu erklären – sagts und geht. Daraufhin beschliessen die Frauen, die schon auf der Vollversammlung ihre Entrüstung kundgetan haben, die Halle der Direktion zu besetzen. Das ist für die Arbeiter eine Überraschung. Die Gewerkschafter sind vor den Kopf gestossen. Die Arbeiter aber sagen: Ein Glück, daß sie da sind, um uns den Weg zu zeigen. Ein Hochofenarbeiter meint: Man muß es wie die Winzer machen, man darf nicht rumstehen und warten. Um 14 Uhr versuchen einige Arbeiter zur Aktion überzugehen und die Büros zu besetzen. Die CGT ist dagegen. Schließlich bleiben die Frauen allein in der Direktionshalle und warten auf einen kompetenten Repräsentanten von Solmer. Die Männer warten unten, einige gehen später hoch, um mit den Frauen in der Direktionshalle die Nacht über zu warten. Alle hoffen, daß die Frauen durchhalten. Auch am nächsten Tag geht die Besetzung weiter.

Am 18. Februar werden viele Arbeiter von der Betriebsleitung daran gehindert, zur Vollversammlung aufs Betriebsgelände zu gehen. Am 19. sind die Streikenden am Ende ihrer Kräfte, sie sind untereinander zerstritten über die Weiterführung des Streiks. "Die Ausgeschlossenen," sagt einer der Streikenden, "verstehen den Streik der Hochofenarbeiter, wollen ihn auch nicht sabotieren, aber der Streik wird nicht länger andauern." Zwei in Panik geratene Büroangestellte erklären, daß, wenn dies so weiter geht, sie nach Lothringen zurückgehen müssen, die Hochofenarbeiter hätten zwar Recht gehabt, gegen die Arbeitslosigkeit zu protestieren, aber Durand Rival sei zu allem fähig, sogar die Fabrik zu schliessen. Die Gewerkschaften verhalten sich abwieglerisch und sind für eine Beendigung des Streiks.

EIN SIEG DER UNTERNEHMER – WIEDERAUFNAHME DER ARBEIT BEI SOLMER

Seit Montag, dem 23. Februar, wird bei Solmer wieder gearbeitet. Die Forderungen, die gestellt wurden, sind praktisch nicht erfüllt. Bisher weiß man nur, daß die Kurzarbeit bis Mitte März reduziert wird. Einziger Lichtblick ist die Zahlung des Streikausfallgeldes von 250 Fr. für die Hochofenarbeiter und 500 Fr. für die übrigen Ausgeschlossenen.

IN DER BRD STATIONIERTE FRANZÖSISCHE SOLDATEN VOR DEM STAATSGERICHT PARIS

FRANKFURT (ID) 26.Februar Jetzt sind die beiden ersten französischen Soldaten, die in der Bundesrepublik stationiert sind, vor dem Staatsgerichtshof in Paris angeklagt: Die Soldaten Corbeille und Caracossa, beide zuletzt stationiert in Neustadt beim 6.Dragoner Regiment sind in Paris neben inzwischen über 50 anderen Soldaten und Zivilisten vor dem Staatsgerichtshof wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt. Der Versuch der Unterdrückung jeglichen Widerstandes macht auch an den Grenzen nicht halt. Die französischen Soldaten brauchen unsere Solidarität. Die Prozesse in Paris dürfen nicht zum gewünschten Erfolg führen!

„MARSCH ZUR FAHNE" DER 11.KOMPANIE

FRANKFURT (ID) 25.Februar Die im Dezember 1975 eingezogenen Rekruten sollten Ende Januar 76 in Speyer ihren traditionellen „Marsch zur Fahne" machen. Das ist eine harte Durchschlagübung, die dieses Jahr in der Eifel stattfand. In den drei Tagen vom 27. bis 29.Januar schneite es, es war bittere Kälte.

Der Kommandant des 10.Pionierregiments, der jeden Mittwoch einen Fußmarsch durchführen läßt, sagte diesen wegen der Kälte ab. Hauptmann Rigoux von der 11.Kompanie des 10.Pionierregiments, zuständig für den Marsch zur Fahne, der dieses Jahr zum Marsch in die Kälte wurde, sagte nichts ab. Gegen den Rat seiner Unteroffiziere wurde der Marsch durchgeführt: Was ich kann, könnt Ihr auch – war sein Kommentar. Nur: er saß im Jeep, seine Leute liefen zu Fuß.

Bei dieser Kälte entstand folgende Situation:

- Die mitgenommenen Zelte blieben auch ohne Zeltstange stehen, sie waren steifgefroren
- Sanitäter gab es keine, nur am letzten Tag einen offenen Unimog
- Winterschuhe, die es in der französischen Armee gibt, waren nicht ausgegeben
- die mitgenommenen Öfen froren so ein, daß sie nicht mehr benutzbar waren
- zu Essen gab es nichts, außer der kärglichen C-Ration, einer kärglich bemessenen Einzelverpflegung.

Erfolg nach Ankunft bei der Fahne: Mindestens 15 Soldaten liegen mit Erfrierungen im Krankenhaus (von 200 Teilnehmern); unbekannt ist die Anzahl derer, die nicht ins Kran-

kenhaus gehen, weil ihnen mit Urlaubssperre gedroht wurde; einem freiwilligen Soldaten, Sidney, mußte eine Zehe amputiert werden, eventuell müssen Teile des Fußes abgenommen werden.

Wer ist verantwortlich?

Selbstverständlich die betroffenen Soldaten selbst. Schließlich sind sie an allem Schuld, so der begutachtende Stabsarzt Oberst Roux:
Schließlich hätten sie ihre Schuhe nicht richtig angezogen, sich die Füße nicht richtig gewaschen und keine zweite Unterwäsche mitgenommen.

Das Soldatenkomitee in Speyer hat alle diese Einzelheiten mühsam zusammengetragen, um sie veröffentlichen zu können. Das Komitee sieht, daß genau hier der entscheidende Hebel des derzeitigen Kampfes liegt: Information und Protest über die Methoden, mit denen die Armee jeden einzelnen Soldaten brechen will und soll. Und genau hiergegen richten sich auch die Unterdrückungsversuche des Militärs, hiergegen richten sich die Prozesse in Paris und die zahllosen Disziplinarstrafen: Das Militär braucht Ruhe, um seinen brutalen Auftrag, tausende von jungen Rekruten zu brechen und auf den Einsatz gegen die eigenen Landsleute vorzubereiten, durchführen zu können. Die Komitees stören diese Ruhe. Deshalb sind sie gefährlich.



„REVOLUTION MACHEN: WIR AUF DEM LAND UND IHR IN DER STADT"

LE BOSC (ID)
23. Februar

In diesem Basisbericht meldet sich eine Initiative zu Wort, die in Frankreich einen Teil der Landkommune-Bewegung darstellt. Es sind bisher drei Gruppen, die seit August 1975 in den Pyrenäen und in Aveyron an entvölkerten Orten zerfallene Dörfer wieder aufbauen und Leute suchen, die sich der Initiative anschließen wollen.

Im ersten Teil dieses Berichts steht die Erklärung der Gruppen zu ihrem Selbstverständnis, danach folgt die Beschreibung ihrer bisherigen Praxis. (Kontaktadresse am Ende des Berichts)

„Die Bewegung zurück auf's Land, Landkommune usw. wird auch in Deutschland immer stärker. In Frankreich existiert die Bewegung schon länger, ist zahlreicher und hat schon mehr Erfahrung. Es sind in ihr die verschiedensten Richtungen vertreten, von „Mei Ruh ham und vor mi hilemn" und „Biodynamie über alles", „Guru maharadschi" und „Bauern-Arbeiterkult" zu „Revolution machen wir auf dem Land und ihr in der Stadt".

Wir wollen das letztere, weil wir meinen, daß jeder da, wo er lebt will, seinen Kampf führen soll, und daß Stadt und Land durchaus zusammenarbeiten können.

Wir wollen den Kommunismus jetzt leben und nicht alles auf den den großen Tag der Revolution verschieben, wir wissen, daß wir nicht alleine die Revolution machen können und daß es dazu noch eine große Entwicklung des Bewußtseins der Massen braucht. Aber unser Alltagsleben wollen wir schon jetzt so strukturieren, daß wir im Kollektiv wirtschaften und daß in der Gruppe keine Hirarchie herrscht. Wir wollen, daß jeder ein kollektives Bewußtsein entwickelt, daß er sich z.B. für gemeinsame Projekte verantwortlich fühlt und daß er seine persönlichen Bedürfnisse mit denen des Kollektivs koordiniert. Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Persönlichkeit zu entwickeln, ohne in irgendeine Rolle gedrängt zu sein. Weil wir eine gemeinsame Ökonomie haben (also keinen Geldverkehr), können wir untereinander direkte Beziehungen entwickeln, von Person zu Person und nicht von einem Objekt, das an ein anderes Objekt etwas verkaufen will usw..

Das soll nicht auf eine kleine Anzahl von Leuten beschränkt bleiben. Wir wollen möglichst viele Gruppen bilden, die klein genug sind, damit noch jeder mit jedem direkt Kontakt haben kann und keine zu große Organisation erforderlich ist. Diese Gruppen haben alle eine gemeinsame Kasse und koordinieren sich in ihrer Produktion und ihren Bedürfnissen (keine Rückkehr zum Tauschhandel alter Zeiten). Dadurch wird auch eine Isolation oder Blockierung einer einzelnen Gruppe verhindert, weil durch die Basis der gemeinsamen Ökonomie mit anderen Gruppen ein Kontakt entsteht, der solider ist als ein Kontakt, der auf Sympathie gegründet ist. Außerdem kann man ohne Schwierigkeiten in anderen Gruppen wohnen, wenn man mal einen Ortswechsel nötig hat. Das sind so etwa unsere Vorstellungen."

Die Praxis sieht etwa so aus: „Wir sind drei Gruppen, die schon eine gemeinsame Kasse haben. Zwei in den Pyrenäen, die andere in Aveyron. In den Pyrenäen bauen wir zwei zerfallene Dörfer wieder wieder auf, die in einem total entvölkerten und verwilderten Tal (Serrat d' Uscla, Brousvaillou) drei Kilometer auseinanderliegen. Die meisten Häuser und das Land haben wir besetzt, für ein paar Parzellen und ein Haus haben wir einen Pachtvertrag. Wegen der Besetzung haben wir bis jetzt noch keine Schwierigkeiten bekommen, und wir haben auch einige rechtliche Möglichkeiten, einen Rausschmiß zu verhindern. Im Aveyron haben wir ein paar Hektar mit Häusern drauf, die uns gehören. Dort ist das Land drumrum noch von Bauern kultiviert. Entsprechend den örtlichen Bedingungen machen wir Viehzucht: Schafe, Rinder, Ziegen, Schweine, Hasen, Geflügel (und Flöhe). Außerdem den Garten für den Eigenbedarf. Einige interessieren sich für die Techniken der Biodynamik. Wir wollen aber auf keinen Fall die ganze Religion und Moral mitübernehmen. Das Ganze hat letzten August angefangen. Seit Januar 1975 sind immer mehr Leute nach Serrat gekommen, aber es lief noch nichts richtig Gemeinsames. Im August setzten wir uns dann zusammen und beschlossen, echt kollektiv was zu machen – also gemeinsame Kasse, Gemeinschaftshaus und die Arbeiten zu organisieren. Für die Tiere gibt es jeweils ein paar Leute, die dafür verantwortlich sind. Wir wollen, daß jeder jede Arbeit mit der Zeit kennenlernt, aber bei den Tieren ist es wichtig, daß sie längere Zeit von denselben Leuten betreut werden. Jeder macht einen Tag die Küche, meist bespricht man beim Frühstück, was alles zu machen ist und teilt sich dann die Arbeit auf. Wir haben noch sehr viel Arbeit an den Häusern und an den Weidezäunen. Ab und zu finden Vollversammlungen statt, wo wir Pläne aufstellen, was in der nächsten Zeit vorrangig gemacht wird. Wir wollen, daß mit der Zeit jeder einen Raum für sich hat, wo er sich zurückziehen kann.

Im Moment können wir noch nicht von unserer Produktion leben, weil Viehzucht eine längere Anlaufzeit braucht. Aber wenn die Ziegen jetzt bald ihre Jungen kriegen, geben sie auch wieder Milch, und dann verkaufen wir Ziegenkäse. Auch die Kaninchenzucht bringt uns jetzt schon etwas Geld. Im Sommer ist es dann sowieso einfacher. Wir verpflegen uns mehr aus dem Garten und können Heidelbeeren sammeln und verkaufen. Im Moment müssen wir noch zeitweise jobben gehen.

Wir wollen keine festen Paarbeziehungen, und zur Zeit gibt es auch keine. Wir sind aber noch lange nicht frei von unserer Erziehung, und müssen da noch viele Hemmungen überwinden. Was auch noch Schwierigkeiten macht, ist, nicht wieder in eine Hirarchie reinzufallen, weil manche sich besser auskennen oder es gewohnt sind, die Inititative zu ergreifen. Was schon ganz gut läuft, ist die Gleichheit in der Arbeit. Es gibt nur ganz wenige Arbeiten, die die Frauen nicht machen, wie z.B. ganz große Zaunpfähle einschlagen, und ganz wenige Typen, die sich noch nicht um die Kinder kümmern. Auch auf regionaler Ebene versuchen wir das Prinzip „kein Privatbesitz, keine Konkurrenz" durchzuführen. So haben wir uns mit anderen zusammengeschlossen, um gemeinsam zu produzieren (gemeinsame Käsereien) und gemeinsame Märkte für unsere Produkte (hauptsächlich Ziegenkäse) zu finden. Es bestehen Ideen wie Direktverkauf, um lange Verkäuferketten zu umgehen oder Verkauf an streikende Arbeiter zu sehr niedrigen Preisen. Außerdem haben wir mit den Bauern der Gegend eine Untergruppe der Paysan Travailleur gegründet (einer linken Bauerngruppe, die vor allem in der Bretagne sehr stark ist), um gemeinsam mit den Bauern gegen örtliche Probleme vorzugehen. Wir sind uns bewußt, daß solche Aktionen meist vom System wieder aufgefressen werden. Trotzdem ist es eine Möglichkeit, durch gemeinsame politische Aktionen mit den Bauern in Kontakt zu kommen und so langsam auf den Bewußtseinsbildungsprozeß einzuwirken. Seit einigen Wochen haben wir jetzt Kontakt mit mehreren Gruppen in Paris, die sich dort schon zusammengeschlossen haben, und mit denen wir eine gleiche Basis haben. Was wir zusammen machen wollen, ist noch nicht ausdiskutiert.

Wir suchen noch Leute (die etwa auf der gleichen Linie liegen, und die schon in etwa wissen, was sie wollen), die zu uns ziehen wollen oder woanders eine Gruppe aufmachen wollen. Leute, die mit uns zusammenarbeiten oder schon bestehende Gruppen, die die sich mit uns zusammenschließen wollen, möglichst auch in

Deutschland oder sonstwo, zwecks Internationalismus. Schaut halt mal vorbei oder schreibt! (Aber bitte nur Besucher mit konkreten Vorstellungen, und dem Willen mitzumachen. Wir wollen nicht vor lauter Sommerfrischlern keine Luft mehr kriegen!)

Adresse: Sarrat D'Uscla, 090 Le Bosc, Frankreich.
(Wenn ihr kommen wollt: nächstgrößerer Ort ist Foix)

RADIKALE TECHNOLOGIE

LONDON (UNDERCURRENTS/ID)
24. Februar

Das neu erschienene Buch „Radikale Technologie" beinhaltet Aufsätze, die eine Reorganisierung der Technik nach humaneren und ökologischen Gesichtspunkten beschreiben. Das Buch ist in sieben Kapitel aufgeteilt: Nahrung, Energie, Wohnbereich, Autonomie, Werkstoffe, Kommunikation und weitere Perspektiven. Die Artikel reichen von detaillierten Rezepten, wie z.B. Nutzen einer Windmühle, über grobe Überblicke über alternative technische Methoden, Kritik an jetzigen Praktiken, bis zu Vorschlägen für eine neuorganisierte Zukunft. Am Ende des Buches findet sich eine umfassende Bibliographie zu dem Thema und eine Liste aller aktiven Organisationen auf dem Gebiet. Die Kosten betragen 3,25 Pfund und Porto und die Bestellung wird angenommen von: Undercurrents, Earth exchange building, 213 Archway road, London N6 5BN.

DENNIS BANKS VERHAFTET

NEW YORK (LNS/ID)
11. Februar

Dennis Banks, ein Führer des American Indian Movement, der im August 1975 untergetaucht ist, um sich dem Terrorurteil von 15 Jahren Knast (siehe ID 113) zu entziehen, wurde am 24. Januar in El Cerrito, Kalifonrnien, festgenommen. Viele Kirchengruppen, die Banks unterstützen, fordern den kalifornischen Oberstaatsanwalt auf, die rassistischen Haltungen gegenüber Indianern in South Dakota zu untersuchen, bevor er Dennis Banks an diesen Staat ausliefert.

SÖLDNERANWERBUNG UND -AUSBILDUNG IN DEN USA

FRANKFURT (ID)
25.Februar

In der amerikanischen Armee wird offen Söldnerwerbung für Angola betrieben. Zivilisten trainieren auf CIA-Gelände für den Dschungelkampf, sie tragen das den Fallschirmjägern vorbehaltene rote Barett. So sieht eine der Anzeigen aus:

„Söldner gesucht! An jedem Ort – zu jeder Zeit! Alle Zuschriften werden streng vertraulich behandelt. Schreibe an: Military Advisory Command International „Ladco International" Box 41, Abington, Penna. 19001. United States of America."

Overseas Weekly vom 9.2., aus der die Anzeige stammt, berichtet weiter:

Ungefähr 100 000 amerikanische Veteranen wurden nach einer Meldung des ‚San Diego Tribune' als Söldner in Angola und dem Nahen Osten angeworben. Die Zeitung beschreibt das San Diego-Gebiet wegen seiner zahlreichen militärischen Anlagen als das bedeutendste Zentrum der „Industrie" zur Anwerbung von Söldnern.
Nach Beendigung der Kämpfe in Südostasien gab es eine Menge „kampferprobte" GI' s und Spezialisten (Techniker, Sprengstoff-Experten, Nachrichtendienstler), die arbeitslos geworden waren.

San Diego Tribune benannte die Firma Elkamas Enterprises of Anaheim, Calif., die vor allem für ausländische Auftraggeber Veteranen rekrutiert. Aus dieser Firma werden Sicherheitsexperten an internationale Gesellschaften und Regierungen vermittelt, worunter vor allem Angola, Israel, Rhodesien und Lateinamerika zu nennen sind. Einer der El Kamas-Angestellten James A.Scott bemerkten zu den Anwerbemethoden: „Die meisten unserer Kontakte zu Söldnern kamen durch Untergrundmethoden zustande. Mit öffentlicher Werbung haben wir gerade erst angefangen."
Scott beschreibt San Diego als sehr ergiebiges Gebiet. „Für jeden aus der Gegend von San Francisco bekommen wir fünf aus San Diego."

Die San Diego Union zitierte eine Menge Männer, die ausdrücklich für ausländische Regierungen arbeiten wollen. Einer sagte, daß er nach Israel gehen will, „weil ich Araber töten will"; ein anderer meinte: „Kämpfen ist alles, was ich kann – Ich brauche einen Job". Ein anderer farbiger Söldner begründete seine Meldung für Angola damit, daß er etwas für seine Brüder tun wolle.

Ein Anwerber von El Kamas bemerkte: „Die Leute haben falsche Vorstellungen von Söldnern... Das sind keine gekauften Killer, sondern geschickte, disziplinierte Berufssoldaten".

DER GRÖSSTE MIETSTREIK DER USA (TEIL 1)

NEW YORK (LNS/ID)
14. Februar

In „Co-op-City" wohnen ungefähr 60000 Leute, die normalerweise jeden Monat 3,3 Millionen Dollar Miete an die Riverbay Corporation, eine vom Staat beaufsichtigte Verwaltungsgesellschaft, überweisen. Das riesige Wohnprojekt Co-op-City liegt in der nordöstlichen Bronx, einem New yorker Stadtteil, und besteht aus 35 Wohnhochhäusern, 7 Wohnbezirken mit dreistöckigen Häusern, drei großen Einkaufszentren, drei Grundschulen, zwei Mittelschulen und einer Oberschule. Das ganze dehnt sich auf einer Fläche von 300 acres (1 acre = 4400 qm) aus.

Seit Juni 1975 gehen die Schecks jedoch nicht mehr an Riverbay, sondern zum Steuerungskomitee III – mehr als 50000 Mieter streiken.

Dies ist der größte Mietstreik in der Geschichte Amerikas. Die Mieter haben in den letzten acht Monaten mehr als 20 Millionen Dollar von der Co-op-City-Verwaltung zurückgehalten und eine organisatorische Solidarität bewahrt, die allen Repressionen von seiten der Stadt und der Justiz standgehalten hat.

„Co-op-City wurde sehr schnell bewohnt, da man uns versprach, daß dies ein billiges Arbeiterwohnviertel bleiben solle," erklärte der Vorsitzende des Steuerungskomitees. „Außerdem versprach man uns, daß die Hypothek des Projekts bei genau 236 Millionen Dollar liegen würde und jeder Kostenüberschuß vom Bauherrn selbst getragen werden solle." Diese Zusage schien 1965 glaubhaft zu sein, als Co-op-City im Entstehen war. Pfandbriefe wurden zur Finanzierung des Baus verkauft und Investitionen von zukünftigen Mietern wurden gern angenommen. Co-op-City wurde schließlich unter Staatsaufsicht gebaut, das bedeutete, daß die staatliche Finanzagentur einen günstigen Kredit gewährte und daß die Stadt nach dem Mitchell-Lama Housing-Gesetz das Projekt von der Zahlung von 90 % Grund- und Bodensteuer befreite. Das Unternehmen wurde von der United Housing Federation (UHF), einem Konglomerat aller größeren Gewerkschaften der Stadt New York, subventioniert und gefördert und hatte somit viel Vorteile auf seiner Seite. Die einströmenden Mieter, 75 % Weiße, 25 % Schwarze, Mexikaner und insgesamt ein Drittel Rentner vertrauten also zunächst dem Staat und der Gewerkschaft.

Dieses Vertrauen wurde allerdings sehr schnell erschüttert. Betrug und Profitstreben auf seiten der Staats- und Gewerkschaftsbürokraten, und natürlich der Banken und der Makler, die die Hypotheken-Pfandbriefe besaßen, führten zu ersten Mieterhöhungen bis zu 60 % in 1970, als der Bau des Projekts noch nicht einmal fertig war.

Inflation und erhöhte Baukosten wurden von den 10 Direktoren des Co-op-Aufsichtsrates als Entschuldigung angeboten. Von diesem Gremium waren 9 UHF-Repräsentanten und einer ein Abgeordneter des Staates. Die Mieter verschafften sich erst 1972 mit 5 gewählten Vertretern zum Aufsichtsrat Zutritt. Der weitere Bau von Co-op-City wurde daraufhin völlig an die Community Services Inc. übertragen, ein Ableger der UHF; der Vorstand der Tochtergesellschaft war identisch mit dem der Mutterfirma. Alsdann wurde die Kostenschätzung schnell von 236 Millionen auf 436 Millionen Dollar erhöht – was natürlich wieder auf die Mieter abgewälzt wurde.

Die damalige Mieterinitiative Steuerungskomitee I erhob daraufhin Klage gegen die Verantwortlichen. Das Verfahren steht immer noch aus – jetzt über 5 Jahre.

Das daraufhin entstandene Steuerungskomitee II bemühte sich vergeblich um staatliche Hilfe für das Wohnprojekt. Als im Sommer '74 der Aufsichtsrat eine weitere Mieterhöhung vorschlug, legten die 5 Mieter-Direktoren aus Protest ihr Amt nieder. Im größten Saal von Co-op-City trafen sich ungefähr 300 community-Gruppen, die das Steuerungskomitee III initiierten, das wenig später eine einmonatige Mietsammlung organisierte, um das Potential für einen Mietstreik einschätzen zu können.

Im September zeigten 83 % der Mieter ihre Solidarität, indem sie ihren Scheck an das Komitee überwiesen, das das gesammelte Geld an die Verwaltung weitergab. Die erste ernsthafte Prüfung für die Bewohner und ihre Initiative kam im Frühjahr 1975. Die Verwaltung kündigte im Mai weitere Mieterhöhungen von 25 % an, die der erste Teil einer voraussichtlichen Gesamtmieterhöhung von 86 % in den folgenden 5 Jahren sein sollten.

Wieder wurde eine Mietsammlung durchgeführt, genauso erfolgreich wie die erste, nur daß diesmal alle Schecks dem Gouverneur von New York auf den Schreibtisch geworfen wurden und ein Streik angedroht wurde, wenn keine staatliche Hilfe kommen würde. (Der Gouverneur hatte übrigens, als er 1974 kandidierte, auf einer Wahlveranstaltung in Co-op-City den versammelten Bürgern versprochen , daß er, wenn er gewählt werden solle, sich für ihre Belange einsetzen wolle.) Als der Staat New York und der Gouverneur nichts weiter von sich hören ließen und alle Hilfe verweigert wurde, begannen die Mieter am 1. Juni '75 ihren jetzigen Mietstreik.

Der Staat schritt sofort ein. Alle Aufsichtsratsdirektoren traten zurück und wurden von 6 Staatsbeauftragten ersetzt. Das Gericht erließ eine Verfügung gegen das Steuerungskomitee III, die alle bisherigen organisatorischen Bemühungen zunichte machen sollte. Das Komitee sollte eine Strafe von 25000 Dollar und 5000 Dollar für jeden weiteren Streiktag zahlen, die Mitglieder des Komitees jeweils 25000 Dollar und 1000 Dollar für jeden weiteren Streiktag. Das Komitee beschloß, diese Verfügung zu ignorieren ... Das Geld wurde von der Bank abgehoben und versteckt, so daß es dem Gericht nicht möglich war, eine Verfügung zur Zwangseinziehung des Geldes zu erlassen. Alle Drohungen, die Mieter aus den Wohnungen zu vertreiben oder die Heizung abzustellen,konnten nichts erreichen.

Die Co-op-City Bewohner haben einen Forderungskatalog aufgestellt und werden den Streik erst dann wieder abbrechen, wenn alle darin aufgeführten 22 Punkte erfüllt sind.

Ein Beispiel der darin enthaltenen auch durchaus konstruktiven Vorschläge: Die Unternehmer haben für 40 Millionen Dollar eine totale Energieversorgungsanlage auf dem Co-op-City-Gelände gebaut, damit die Mieter unabhängig von Con Edison (privates Energiewerk) ihren Strom beziehen können. Dies war eine Zusicherung, daß das Leben in co-op-City billiger sein würde. Bevor die Generatoren in die Häuser eingebaut wurden,trat Con Edison an die Unternehmer der Gesellschaft heran mit dem Vorschlag, die Strompreise soweit zu reduzieren, daß es billiger als die eigene Stromversorgung werden würde. Die fehlenden 5 - 6 Millionen Dollar für die Generatoren wurden also „gespart", und con edison bekam den Auftrag, die Stadt mit Strom zu versorgen. Seitdem sind die Strompreise um 330 % gestiegen und con Ed hat einen Antrag an die Kommission für öffentliche Dienstleistungen gestellt , „normale" Preise von Co-op-City verlangen zu dürfen. Der Vorschlag des Komitees geht dahin, die eigene fertige Anlage in Betrieb zu nehmen.

GUATEMALA: SPEKULATION UND TERROR NACH DEM ERDBEBEN

PARIS (LE MONDE)
23. Februar

Das Erdbeben in Guatemala am 9. Februar hatte zwar 22tausend Tote und eine Million Obdachlose zur Folge, aber es hat nur Betroffensein über eine Naturkatastrophe provoziert. Die soziale Realität in diesem Land, wo seit dem Sturz der Regierung Garbenz durch den CIA im Jahre 1954 eine blutige Militärdiktatur herrscht, blieb ausgespart. Einige Informationen darüber enthält ein anonymer Leserbrief aus Guatemala, den Le Monde am 23. Februar veröffentlichte:

„Allein in den letzten zehn Jahren hat die guatemaltekische Militärdiktatur etwa 30tausend Menschen gefoltert und ermordet. Guatemala ist eines der ärmsten Länder der Welt. Was Elend dort bedeutet, zeigen folgende Beispiele: ein Zahnarzt für 25tausend Leute – im Grunde aber für viel mehr, weil die Zahnärzte sich auf die großen Städte konzentrieren; eine Kindersterblichkeit von 93 promille (von 1000 Neugeborenen sterben 93); zwei Drittel aller Stadtbewohner ohne fließendes Wasser – um nicht von der Landbevölkerung zu sprechen

Natürlich hat das Erdbeben die Slumviertel und Bretterbudensiedlungen der Armen, der Arbeiterfamilien und der Arbeitslosen in der Hauptstadt und im indianischen Hochland am meisten zerstört.

Chimaltemango z.B., eine Indiostadt etwa 80 km von der Hauptstadt Guatemala-City entfernt, ist zu 95 % zerstört. Von den 27tausend Einwohnern sind mehr als 9000 tot und fast 17tausend verletzt. Aber es ist nicht das erste Mal, daß der Tod dort so zugeschlagen hat: 1972 und 1975, als die Bevölkerung gegen die Willkür der Regierung protestierte, fiel die Repression über sie her wie das Erdbeben.

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes kontrolliert die Armee erneut das gesamte Territorium. Zwar ist die internationale Hilfe mobilisiert, aber Unterstützung aus Großbritannien wurde z. B. aus obskuren Gründen abgelehnt – der Konflikt um das Öl ist der Hintergrund.

Es scheint zwar so, als ob der gesamten Bevölkerung geholfen würde,aber der Schein trügt. Die Ungleichheit in der Verteilung ist schreiend. In der Hauptstadt z.B. waren die Leute drei Tage ohne Nahrungsmittel – währenddessen wird die indianische Bevölkerung systematisch diskriminiert. Die Hilfsgüter sind auf die Städte konzentriert, die Landbevölkerung der Indios ist davon abgeschnitten. Sie wird von der Regierung mit Konzentrationslagern bedroht.

Fünf „Banditen" wurden wegen Plündern erschossen, was in einem Land, wo die Ermordung Oppositioneller auf der Tagesordnung steht, nicht ungewöhnlich ist. (Anm.: Rolando Andrade, der Führer der wichtigsten Guerrillaorganisation Guatemalas, der Vereinigten Revolutionären Front, wurde am 20. Februar in der Hauptstadt „von unbekannten Motorradfahrern überfallen und getötet", FR vom 23.2.).

Die Situation in Guatemala erinnert genau an das, was nach dem Erdbeben in Nicaragua passierte. Dort ließ der Diktator Somoza sämtliche politischen Gefangenen ermorden, um Platz für neue Gefangene zu haben. Er bereicherte sich durch den Handel mit Medikamenten. Den Aufbau der Häuser in der zerstörten Hauptstadt Managua ließ er durch die Ärmsten in Zehn-Stunden-Arbeitstagen machen und reduzierte die staatlichen Löhne um 10 % ...

Die sozialen und politischen Verhältnisse in Guatemala sind so ähnlich, daß die Skandale von Nicaragua hier wiederholt werden, daß dieselbe Spekulation mit Medikamenten getrieben wird.

Die Position der herrschenden Oligarchie ist zunächst konsolidiert und mit ihr auch die nordamerikanische Vorherrschaft."

ZUR LAGE IN SPANIEN

FRANKFURT (ID) 24. Februar Aus den beiden Streikkalendern, die in den letzten Nummern (bis Ende Januar) veröffentlicht wurden, wurde vor allem der quantitative oder Massenaspekt dieser ersten großen Offensive des spanischen Volkes gegen die Franco-Juan-Carlos-Diktatur deutlich.

Es mag Leute geben, die daraus schon wieder die Revolution riechen und gleich eine neue – jetzt nicht mehr portugiesische – Euphorie gewinnen. Damit eine politische Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Spanien möglich wird, veröffentlichen wir zunächst mehrere detaillierte Streikberichte, die alle von Arbeitern der betroffenen Betriebe – Chrysler, Intelsa und FASA-Renault – geschrieben wurden.

„WIR BRAUCHEN EINE ARBEITERGEWERKSCHAFT"

MADRID (ID) 22. Februar Geschichte des Konflikts bei Chrysler.
Auf der Grundlage von einem Forderungskatalog wie bei den übrigen Firmen der Branche (8000 Pesetas lineare Erhöhung, IRTP-Lohnsteuer zulasten der Firma, usw.) begannen die Verhandlungen um eine entsprechende Betriebsvereinbarung in einer Atmosphäre von Spannung und Unzufriedenheit bei den Arbeitern.

Die Erinnerung an den Betriebsunfall, wo eine Explosion 3 Kollegen im Getriebebau das Leben gekostet hatte, war noch frisch. Dann noch die Verordnung über das Einfrieren der Löhne; das führte dazu, daß die Verhandlungen mit aller Härte angegangen wurden und der Betriebsrat (Jurado de empresa) mit kräftiger Unterstützung rechnen konnte.

Von Anfang an war die Firma nicht bereit, die Löhne über die von der Regierung vorgegebenen Leitlinien hinaus zu erhöhen. Daraufhin beginnen die ersten Druckmittel der Arbeiter, die nach verschiedenen Versammlungen und dem Überstundenboykott schließlich im Streik vom 11. und 12. Dezember gipfeln.

Die Firma, die weder Krise noch wirtschaftliche Schwierigkeiten ins Feld führen kann, weil Verkaufszahlen und Gewinne, wie jeder weiß, kräftig in die Höhe gegangen sind, beruft sich immer wieder als einzige Rechtfertigung ihrer Position auf die Staatsverordnung, obwohl sie ihr Anfangsangebot auf 4500 Ptas. erhöht (diese 4500 Ptas. aber unter der Bedingung, daß sie auf andere mögliche Verbesserungen anrechenbar sind).

Das schlucken wir nicht, und nach langem Hin und Her werden die Verhandlungen abgebrochen und es wird beschlossen, zur Schlichtungsstelle (laudo) zu gehen. Aber während dem allem läßt die Repression seitens der Firma nicht auf sich warten, und das Ergebnis des ersten Streiks sind Sanktionen gegen die Beschäftigten und den Lohn und die Eröffnung von Entlassungsverfahren gegen drei Gewerkschaftsfunktionäre.

Auf diese Maßnahme antwortet der Betriebsrat mit einem Brief an den Staatsminister für Gewerkschaftsangelegenheiten und mit einer Unterschriftensammlung in der ganzen Fabrik für die Aufhebung der Entlassungsverfahren. Die schickt er an die Betriebsleitung.

Nachdem diese nicht geantwortet hat, wird beschlossen, am Ende jeder Schicht eine Versammlung zu machen, um Druck ausüben und gleichzeitig, um es dem Betriebsrat zu ermöglichen, über ein anderes Problem zu informieren, das durch die Unterzeichnung des Arbeitsplans für Januar aufgetaucht ist und die Interessen der Arbeiter verletzt: bei Chrysler wird täglich 7 Stunden 56 Minuten gearbeitet, und an einer Reihe von Samstagen ist frei.

Bei der neuen Betriebsvereinbarung wurde daraufhingearbeitet, daß an Samstagen prinzipiell frei ist, aber dann hatte der Betriebsrat doch einen Arbeitsplan unterzeichnet, in dem steht, daß die Firma so weitermachen kann, wie bisher.

Auf dieser Versammlung wird der Rücktritt eines Teils des Betriebsrates verlangt. Es wird außerdem beschlossen, daß weder er noch die Vertrauensleute irgendetwas unternehmen dürfen, ohne vorher die Versammlung zu fragen.

Am 7. Januar wird auf der Versammlung bekanntgegeben, wie der Schiedsspruch lautet, der von der Arbeitskomission unterschrieben ist: Erhöhung des Lebenshaltungsindex um drei ganze Punkte (nach ihren Worten das äußerste, was erlaubt ist, aber das liege noch fühlbar unter dem, was die Firma schon angeboten hat), die anderen Punkte der Betriebsvereinbarung werden gestrichen, das heißt, daß die bestehenden Vereinbarungen um ein Jahr verlängert werden.

Obwohl man das irgendwie schon erwartet hatte, wirkt es wie eine kalte Dusche und führt, zusammen mit der Weigerung der Geschäftsleitung, auf die Petition, die Entlassungsverfahren einzustellen, zu antworten, noch zu einer Verstärkung des Hasses der Leute, und es wird beschlossen, am folgenden Tag, dem 8. Januar, die Versammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten.

Die Firma, die sich bisher in die Versammlungen nicht eingemischt hat, beantwortet diese Maßnahme, die jetzt einen direkten Angriff auf die Produktion selbst darstellt, mit 6 Entlassungen und der Beschleunigung der bereits laufenden Verfahren.

Am 9. Januar ist der Streik total, und um drei Uhr nachmittags treffen sich auf der Versammlung die Früh- und die Nachtschicht, die zusammen mit Demonstranten, die von Villaverde kommen (Leute von Standart, Vers usw. und die versuchten, in die Versammlung zu kommen) von den Bullen mit Schlagstöcken und Rauchbomben aufgelöst werden. Die Spätschicht streikt weiter und wird von der Polizei aus der Fabrik rausgeschmissen.

Am folgenden Tag gibt es ein bisher unerhörtes Ereignis seitens der Firma, die uns ganz offen provoziert, uns mit den Bullen zu kloppen, indem sie uns die Busse, mit denen wir in die Fabrik reinzufahren pflegen, hinstellt (wie alle Tage und als wenn nichts gewesen wäre), obwohl die Fabrik zugeschlossen ist und die Bullen uns schon erwarten. Unsere Versammlung wird etwa 10000 Leute stark, und nachdem wir aus den Bussen die Leute rausgeschmissen haben, die in die Büros wollen, denn die sind nicht geschlossen, marschieren wir in einer Demonstration nach Villaverde, wo wir eine Versammlung auf dem Marktplatz machen.

Es sprechen Arbeiter von Standard, Vers, Getafe usw., und es wird beschlossen, im Demonstrationszug nach Usera zu gehen, um uns mit denen von Standart zusammenzutun und dort eine gemeinsame Versammlung zu machen. Die Demonstration war gewaltig, und es wurden Parolen gerufen wie: Einheit, Nieder mit den Lohnleitlinien, Gemeinsam sind die Arbeiter unbesiegbar, usw.

Die Solidarität der Leute, bei denen wir vorbeikommen, ist groß, aber auf der Höhe von Orcasitas – Usera erwartet uns die Polizei und erreicht es durch zahlreiche Stockeinsätze und eine grosse Anzahl von Rauchbomben und Tränengas, daß sich die Demonstration in zwei Teile zersplittert und sich später auflöst. Einige Gruppen kommen noch bis zu der Kirche, wo die von Standart sind, aber die ganze Gegend ist von der Guardia Civil besetzt, und das Demonstrationsziel wird nicht erreicht.

Die ganze folgende Woche war ständig Action: jeden Tag Versammlungen vor dem Fabriktor (um 7 und um 3), Versammlungen in irgendeiner Kirche und Verletzung von „Ruhe und Ordnung" (d.h. der Ordnung der Kapitalisten) durch uns in Villaverde, Granvia, Ferraz (Gewerkschaftsdelegation) usw. Die Firma will nicht weiter verhandeln. Gleichzeitig greift der entlassene Betriebsrat ein. Am Ende der Woche kriegen 80 % der Arbeiter Einschüchterungsbriefe mit der Aufforderung, am 19. Januar (Montag) wieder zur Arbeit zu erscheinen.

Auf einer Versammlung in La Paloma (9000 Leute) wird beschlossen, trotz der Briefe nicht zu erscheinen, und man schreibt einen Brief an die Geschäftsleitung, unter welchen Bedingungen man die Arbeit wieder aufnehmen wird: Wiedereinstellung aller Entlassenen, Einstellung der Entlassungsverfahren, Zusicherung, daß es keine Repressalien geben wird usw. An demselben Tag werden verschiedene Wagen von Angestellten, die Streikbrecher sind, mit Steinen beworfen. Am 19. verteilt die Polizei Blättchen am Fabriktor.

Am selben Tag werden verschiedene Streikbrecher, die rein wollen, verdroschen. Die Firma spricht von Nötigung und schließt die Fabrik wieder, diesmal unbefristet.

DIE ROLLE DER BETRIEBSRÄTE

20. Januar: Versammlung, auf der die Freilassung der beiden in der Silva-Straße festgenommenen Kollegen erreicht wird.

22. Januar: Die beiden sanktionierten Vertrauensleute gewinnen ihren Prozeß vor der Magistratur. Die Firma hat 100 Entlassungsbriefe geschrieben und schickt weiter Einschüchterungsbriefe voller Drohungen.

Am nächsten Tage fällt man in eine monotone Passivität, jeden Tag ist der Ablauf des Kampfes gleich: 7 Uhr früh versuchen wir uns am Fabriktor zu treffen, aber werden aufgelöst und gehen in die jeweils offene Kirche, wo uns die Guardia Civil meist sofort auffordert, wegzugehen. Später um 3 versammeln wir uns wieder genauso, werden wieder aufgelöst und gehen nach Hause.

28. Januar: Der Betriebsrat trifft sich mit der Geschäftsleitung. Man kommt überein, die Entlassungen rückgängig zu machen, aber die Verfahren gegen die Vertrauensleute laufen weiter. Die Vertrauensleute übergeben der Presse eine Notiz mit der Aufforderung, wir sollten wieder schaffen kommen, und damit verletzen sie einen Beschluß einer früheren Versammlung, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nur von der Versammlung selbst entschieden werden kann.

29. Januar: Morgens. Wir Arbeiter werfen dem Betriebsrat vor, daß er uns verraten hat und auf eigene Faust die Rückkehr an die Arbeit beschlossen hat. Ein großer Teil des Betriebsrates gibt seine Fehler zu, und nur 20 % der Beschäftigten kehren an die Arbeit zurück.

Als Folge der Übereinkunft zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung von Chrysler wird am 30. Januar die Arbeit doch wieder aufgenommen; wir sind zerstritten und durcheinander, weil wir festgestellt haben, daß diese Übereinkunft des Betriebsrates unter Verletzung von einstimmig gefaßten Beschlüssen ausgehandelt und von ihm unterschrieben worden war.

Um 7 Uhr findet eine Versammlung im Hof statt, wo ein Teil des Betriebsrates sich zu rechtfertigen versucht und ein anderer Teil sogar hinter das Vereinbarte zurückfallen will, aber jetzt, wo die Einheit durch Schuld von denen zerbrochen worden ist und in so einer total entwürdigenden Situation traut ihnen schon keiner mehr. Er soll zurücktreten, wird gerufen.

Wir kehren an die Arbeit zurück, nicht in einem Gefühl der Niederlage (wir haben erreicht, daß es keine Entlassungen gibt, obwohl die Verfahren weitergehen), aber doch demoralisiert und wirr. Es gibt vage Vorstellungen, den Streik wiederaufzunehmen, wenn die Firma irgendwelche Repressalien unternimmt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die, die immer sagen, daß die Gewerkschaft in der gegenwärtigen Form den Interessen der Arbeiterklasse am besten dienen kann, die Legalisten und die Revisionisten und alle ihre Bundesgenossen im Allgemeinen und bei Chrysler im besonderen haben sich in diesem Konflikt als das gezeigt, was sie wirklich sind: Opportunisten. Sie nehmen einen Konflikt auf und versuchen, ihn in die Hand zu kriegen, wenn er ausufert und mehr spontan als verwaltet ist. Der Revisionismus ist ein Hemmschuh der Arbeiterbewegung. Sie muß die Fesseln und Zügel abwerfen, die ihnen der Revisionismus anlegt, wenn seine Interessen verletzt werden. Die Revisionisten sind Verräter der Arbeiterklasse; schamlos versauen sie einen Kampf, der ihnen entgleitet, Verräter der Massen, die sie zu vertreten vorgeben, den Lohn für die Unterwerfung der Arbeiterklasse erbetteln sie von der Bourgeoisie. Der Verlauf des Konflikts war weitgehend bestimmt von den Gewerkschaftsfunktionären, aber das hauptsächlich wegen dem Fehlen einer Alternative. Obwohl sie im großen und Ganzen die Sache im Griff hatten, hat es viele Momente gegeben, wo sie links liegengelassen und isoliert wurden, und das hat ungeheure politische Bedeutung, besonders, weil das immer von der Basis ausging:

- die Ablehnung der Briefe, die der Betriebsrat an die Minister geschrieben hat, als er sie auf der Versammlung vorlas;
- die Erlaubnis für einen Bauarbeiter, zur Versammlung zu sprechen (Versammlung in der St-Christobal-Kirche), als die dort versammelten Betriebsräte ihm das Wort mit der Begründung entzogen, es dürfte keiner hier dabei sein oder sogar seine Meinung sagen, der nicht von Chrysler ist, und sie seinen Ausschluß aus eindeutig politisch-persönlichen Gründen verlangten;
- die Weigerung von Anfang an, den Gewerkschaftsfunktionären das alleinige Recht zuzugestehen, Versammlungen einzuberufen.

Das sind scheinbar ganz nebensächliche Dinge, aber wenn man die Entpolitisierung der Leute mit in Rechnung stellt und das Vertrauen, das sie bis dahin in die Betriebsräte gesetzt haben, dann zeigen sie doch ein ziemlich hohes Klassenbewußtsein. Aber ganz sicher hat es am Schluß des Konflikts noch Sachen gegeben, die eindeutig antireformistisch waren:

Trotz dem Aufruf des Betriebsrates, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde der Streik einen Tag länger als vorgesehen aufrecht erhalten und das spontan, von jedem einzelnen individuell entschieden ohne eine Versammlung, die darüber hätte abstimmen können, und ohne eine allgemeine Perspektive.

Schließlich die Tatsache, daß die Gewerkschaftsfunktionäre lautstark zum Rücktritt aufgefordert worden sind, weil sie uns an die Firma verkaufen und ihnen nur ihre Interessen wichtig sind. Im besten Fall wurden sie noch toleriert, aber mit Sicherheit bei nächster Gelegenheit abgewählt.

Auf der Ebene des Klassenbewußtseins ist herausgekommen:

- die Nutzlosigkeit der offiziellen Gewerkschaft, Arbeitsdelegation usw., die nicht einmal Räume zur Verfügung stellt für Versammlungen, die Werksstillegungen der Unternehmer billigt usw., und ihr Pazifismus, mit dem sie die Streikbrecher am Werkstor am 19. und am 29. Januar beschützt haben.
- die Zurückweisung von allem, was nach Parteitätigkeit riecht und die öffentliche Verbrennung von Flugblättchen mit opportunistischem Charakter.
- die Gerüchte, die die Verhaftung von angeblichen Delegierten in der Silva-Str. produzierte, weil die niemand gewählt hatte.
- die Notwendigkeit einer Streikkasse.
- und ein für allemal, daß der ganze Regierungsapparat auf Seiten der Unternehmer steht und daß die Arbeiter nicht auf die offiziellen Gewerkschaften zählen können, die manchmal schöne Worte machen, aber in der Stunde der Wahrheit ihre Räume nicht zur Verfügung stellen und die Schließung der Fabrik ermöglichen. Genausowenig können sie sich auf die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Vertrauensleute verlassen, die sie nach 20 Tagen offen verschaukelten.
- wenn es auch nicht öffentlich erklärt worden ist, so geht doch aus allen Gedanken und Gesprächen hervor, daß mit einer Arbeitergewerkschaft der Streik ein totaler Sieg geworden wäre.

Die Firma, die am Anfang ihre repressiven Interessen über die ökonomischen gestellt hat, siegte schließlich dank der Mitarbeit der Vertrauensleute und der Betriebsräte, die wir ihnen selbst gewählt haben. In den Augen der Chrysler-Arbeiter können von den offiziellen Organen nur noch ein paar Priester bestehen.

GENOSSEN

Die Firma verfolgt die Entlassungsverfahren mit dem Vorwurf schwerer und schwerster Verfehlungen weiter; obwohl im Augenblick niemand entlassen wird, bereitet sie sich auf zukünftige Kämpfe vor.

- Ausgehend von den Lehren unserer Kämpfe müssen wir uns auch vorbereiten.
- Wir müssen auf den Versammlungen jederzeit abwählbare Komissionen wählen. Raus mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten!!
- Macht die Streikkassen jetzt stark!
- Bilden wir eine Gewerkschaft ohne Unternehmer und unter unserer eigenen Führung!

„KEINER WIRD DRAUSSENBLEIBEN"

VALLADOLID (ID) 13. Februar Die Kaufkraft der Löhne der FASA-Arbeiter hat sich während der letzten beiden Jahre, also während der Laufzeit des Tarifvertrags, ständig vermindert, und zwar in einem solchen Maß, daß der Lohn, den wir heute bekommen, weniger Kaufkraft besitzt, wie der Lohn, den wir im Januar 1974 bekamen. Und das bedeutet, daß die einfache Angleichung des Lohns an die gestiegenen Lebenshaltungskosten im Endeffekt immer eine Verminderung des Reallohns bedeuten.

Wir haben festgestellt, daß die Löhne in den letzten beiden Jahren um 27,59 % erhöht wurden, die Lebenshaltungskosten dagegen um 34,57 % gestiegen sind. Wir sind der Meinung, daß jeder Arbeiter im Laufe des Jahres 1974 von seinem Tariflohn 16000pta. an Kaufkraft verloren hat!!

GESCHICHTE DER KÄMPFE

Die Arbeiter von FASA-Renault in Valladolid haben ihren Kampf wieder aufgenommen. Seit Ende 73 vergeht kein halbes Jahr, in dem die Fasa-Arbeiter nicht ihre ökonomischen und sozialen Forderungen aufstellen und einen organisierten Kampf gegen die Betriebsleitung beginnen.

Dezember 73 – Januar 74 ... September 74 ... Dezember 74 ... März 75 ... April 75 – Mai 75, das sind die Stationen ihrer Kämpfe. Verringerung der Arbeitszeit, Verringerung des Arbeitsrhytmus, Sonderzahlungen, Anerkennung der Demokratischen Versammlung als einzige Vertretung der Arbeiter, Freilassung aller verhafteten Arbeiter, Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter: das waren allgemein die Forderungen der letzten Jahre. Von Anfang an haben die FASA-Arbeiter ihre Forderungen gemeinsam bestimmt und diskutiert, und ihre demokratisch gewählten Vertreter haben diese Forderungen vorgetragen. Die Betriebsleitung hatte nur die Möglichkeit, diese Forderungen anzuerkennen oder sich mit den Kampfmethoden der FASA-Arbeiter auseinanderzusetzen.

Die Arbeiter reagierten auf die erfolglosen Verhandlungen mit Streik, mit Fabrikbesetzungen, mit einem Boykott der Geschäfte. Und die Fabrikleitung antwortete mit der Aussperrung, mit Entlassungen und Verhaftungen, mit dem Versuch, jedes Zusammentreffen und Versammeln der Arbeiter zu verhindern.

Die Arbeiter bei FASA kämpften im Betrieb, solange es möglich war, um ihre Rechte, sich zu versammeln und zu äußern, und wenn sie mit Polizeigewalt hinausgeworfen wurden, dann arbeiteten sie draußen weiter und erreichten im Gegenteil noch Solidaritätsbewegungen in Zweigwerken und anderen Industriezweigen.

Im April 75 ging die letzte Auseinandersetzung zu Ende. Nach einer Besetzung der Fabrik von 39 Stunden wurde die Fabrik von den Bullen geräumt, eine brutale Repression setzte ein, Prozesse gegen Arbeiter wurden geführt und die FASA-Arbeiter mußten wieder anfangen zu arbeiten; unter MP-bewaffneten Bullen setzten sie die Bänder wieder in Bewegung. Doch schon im April versicherten sie: der Kampf geht weiter, es ist nur eine Frage der Zeit.

Seit dem 23.1.76 streiken die Arbeiter von FASA-Renault wieder. Das bedeutet, daß rund 15000 Arbeiter in den Streik getreten sind. Am 26.1. antwortete die Firma mit der Schließung der Fabrik, d.h. mit der Aussperrung aller Arbeiter. Am 30. öffnete die Fabrik wieder, aber nur, um am selben Tag noch alle Arbeiter wieder auszusperren, und zwar für die kommenden 20 Tage. Wann die Fabrik wieder aufgemacht wird, ist heute noch ungewiß.

Die Forderungen der FASA-Arbeiter sind folgende:
- Wiedereinstellung der 120 Entlassenen (diese Zahl wächst von Tag zu Tag)
- eine halbe Stunde Pause innerhalb der täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden
- 5 Tage-Woche bei 8 Stunden täglicher Arbeit
- Herabsetzung des Arbeitsrhytmus
- allgemeine soziale Amnestie für alle Arbeiter, d.h. Freilassung aller Verhafteten
- Gewährleistung des Rechts, sich frei zu versammeln, sich zu äussern, das Assoziationsrecht und Recht auf Streik
- 5000 Pesetas mehr Lohn.

Anfang Februar tritt das Zweigwerk von FASA in Sevilla in einen Solidaritätsstreik; auch hier werden die Arbeiter ausgesperrt.

FASA-ARBEITER ÜBER IHREN KAMPF

Im folgenden eine Diskussion von FASA-Arbeitern mit einer spanischen Tageszeitung:

F: Wir haben gehört, daß ihr euch mit dem Arbeitsminister getroffen habt. Könnt ihr etwas über den Ausgang des Gesprächs berichten?

Alfredo Garcia: Wie bekannt ist, wurden wir vom Arbeitsminister und vom Generaldirektor der Arbeit empfangen. Sie haben uns gegenüber sofort ein großes Theater angefangen. Sie haben erstmal gefragt, warum der Präsident der Metallgewerkschaft Herr Alvaina, nicht gekommen sei. Wir haben angefangen, ihnen das Problem mit der halben Stunde zu erklären, die uns ja auf Grund eines Erlasses des Arbeitsministeriums zusteht und die uns die Betriebsleitung bis zum heutigen Tage verweigert. Wir haben ihm weiter erklärt, daß der Arbeitsdelegierte in Valladolid in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung uns Arbeitszeiten aufzwingt, die sehr zu unserem Nachteil sind. Aufgrund dieser Angelegenheit und noch vieler anderer Schweinereien haben wir den Rücktritt des Arbeitsdelegierten gefordert. Wir erklärten ihm, daß wir beweisen können, wie in jedemexistierenden Konflikt der Arbeitsdelegierte auf der Seite der Betriebsleitung stand und steht.

Ein weiteres Problem ist die Sache mit dem Einkaufsmarkt. (Jeder größere Betrieb ist verpflichtet, billige Einkaufsmöglichkeiten für die Arbeiter zur Verfügung zu stellen). Schon vor sieben Jahren wurde die Firma zur Einrichtung eines Einkaufsmarktes verpflichtet, und bis heute ist noch nichts in dieser Hinsicht geschehen. Wir erklärten dem Minister, daß uns die Haltung der Behörden völlig unverständlich sei, die die Firma bis jetzt lediglich zu zwei lächerlichen Geldstrafen von 10000 Pta. verurteilt haben.

Anastasio G. Poza: In dem ganzen Gespräch ist wieder mal sehr deutlich geworden, daß der Generaldirektor der Arbeit auf der Seite der Betriebsleitung steht.

Jesus Arranz: Uns ist es als Vertreter der Arbeiter verboten worden, die Fabrik zu betreten. Alle Leute, die zur Personalabteilung wollen, dürfen in den Betrieb rein, wenn aber einer von uns reingeht, sei es nur um den Lohnstreifen zu holen, dann hindern sie uns daran, die Fabrik zu betreten. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir haben als repräsentative Vertreter der Arbeiter eine soziale Aufgabe und die Funktion können wir nun mal nur innerhalb der Fabrik erfüllen.

Eduardo Lopez Cornejo: Es muß auch mal gesagt werden, daß die Firma versucht, uns als von den Leuten gewählte gewerkschaftliche Vertrauensleute zu kaufen. Wenn wir aber wirkliche repräsentative Vertreter der Arbeiter sind, dann boykottieren sie unsere Arbeit. Das zeigt ganz klar, welche Funktion die Gewerkschaft hat. Die Firma erreicht praktisch gar nichts, weil ein repräsentativer Vertreter immer versucht, seinen Aufgaben nachzukommen, auch wenn der Betrieb dies zu verhindern versucht.

F: Wir können in eurem Forderungskatalog eine ökonomische und eine soziale Komponente feststellen. Warum?

Eduardo L. Cornejo: Die Versammlung hat anfänglich nur die ökonomischen Forderungen diskutiert. Es ist aber schnell klar geworden, daß die politisch-sozialen Forderungen vorrangig sind, d.h. für uns kommt zuerst die Forderung nach Wiedereinstellung der Entlassenen, nach der Herabsetzung des Arbeitsrhytmus, nach der 44-Stunden-Woche,und erst dann kommt die ökonomische Forderung nach mehr Lohn.

Anastasio G. Poza: Ich wollte noch einmal betonen, daß die Verlängerung des Urlaubs um 7 Tage, die wir in den letzten Auseinandersetzungen durchgesetzt haben, von der Firma nicht respektiert wird, obwohl dies in unserem Vertrag festgehalten ist. Weiter hat das Arbeitsgericht beim letzten Prozess entschieden, daß wir nur 8 Stunden täglich am Arbeitsplatz zu sein haben und deshalb weigern wir uns, auch nur eine einzige Minute länger zu arbeiten.

F: In allen Versammlungen steht immer die ‚Einheit' im Mittelpunkt der Diskussion. Was bedeutet das?

Eduardo L. Cornejo: Ja, das ist unser größtes Problem, weil wir wissen, daß wir die Kämpfe nur durch Einheit und Geschlossenheit für uns entscheiden können, wir kämpfen ja schließlich nicht zum Spaß. Wir versuchen auf alle Fälle, die drei wesentlichen Punkte des Forderungskataloges durchzusetzen und das ist: die bedingungslose Wiedereinstellung aller Entlassenen, die halbe Stunde Pause täglich während der Arbeitszeit und die ökonomische Forderung.

F: Man kann feststellen, daß immer dann, wenn eine Kampfsituation im Betrieb eingetreten ist, die Firma damit argumentiert, daß sie in einer ökonomischen Krise steht, daß sie Probleme mit Ersatzteilen habe oder daß die Produktion überhaupt verlegt werde. Stimmt das alles?

Alfredo Garcia: Wir haben den Minister über die Entscheidung des Arbeitsgerichts in Bezug auf die Arbeitszeit informiert (die Arbeiter hatten in diesem Prozess Recht bekommen), aber

der Minister hatte nur eine einzige Sorge, daß wir nämlich den Kampf auf einer legalen Ebene zu führen hätten. Er hat uns versprochen, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß der Konflikt durch einen Dialog gelöst werden kann. In diesem Gespräch kam es zu mehreren scharfen Auseinandersetzungen mit dem Arbeitsdirektor. Wir mußten ihn in seinen Aussagen dem Minister gegenüber immer wieder unterbrechen, weil er ständig versuchte, der Firma Recht zu geben. Schließlich erklärten wir dem Minister, daß die gesamte Dokumentation, die er über den Konflikt erhalten hatte, gefälscht war.

Anastasio G. Poza: Wir haben dem Minister auch erklärt, daß die Firma unseren Urlaub nicht respektiert und daß sie mit der aktuellen Arbeitszeit versucht, bestimmte Errungenschaften in dieser Hinsicht, die wir durch die vorigen Kämpfe gewonnen hatten, wieder rückgängig zu machen.

Alfredo Garcia: Wir sagten Minister Solis auch, daß die Firma verpflichtet ist, interne Betriebsregelungen aufzustellen, was es bis zum heutigen Tage noch nicht gibt.

F: Es gibt noch ein Thema, zu dem ich euch etwas fragen wollte. Zu Anfang eures Kampfes habt ihr eure Sitzungen und Versammlungen im Gewerkschaftshaus gemacht. Seit euch die Fabrik ausgesperrt hat, ist für euch auch das Gewerkschaftshaus geschlossen. Was ist damit?

Eduardo Lopez Cornejo: Es wird alles versucht, um die Belegschaft zu spalten und uns vor allem in einer Beziehung in Schwierigkeiten zu bringen: es uns unmöglich zu machen, uns zu treffen. Für die Gewerkschaft heißt das, daß sie uns die Räume, die wir selbst bezahlen, verweigert. Damit will sie uns vor die Alternative stellen, aus dem gewerkschaftlichen Rahmen auszubrechen; und das, glauben sie, werden viele Arbeiter aus Angst nicht mitmachen. Doch ihre Manöver sind umsonst; die Arbeiter treffen sich, wo sie können: In der Fabrik, und wenn die Fabrik geschlossen ist, in einer Kirche oder auf offener Straße. Es muß noch einmal ganz deutlich gesagt werden, daß die Gewerkschaft in diesen Kämpfen einer unserer größten Feinde ist, weil sie nicht nur der gesamten Belegschaft keine Räume zur Verfügung stellt, sondern auch den Vertretern der Arbeiter keine Möglichkeit gibt, sich zu treffen.

F: Welche Begründung gibt die Gewerkschaft für die Verweigerung der Räumlichkeiten?

Eduardo Lopez Cornejo: Die einzige Erklärung, die sie bis jetzt abgab, war ein Telegramm, in dem alle Arbeiterversammlungen für nicht gewerkschaftlich und damit für nicht existent und ungültig erklärt worden sind.

Anastasio G. Poza: Das ist wirklich komisch, immer wenn der Arbeitsvertrag erneuert werden muß, kommt die Firma mit solchen Hämmern wie z.B., daß es keine Ersatzteile gibt, daß gewisse technische Schwierigkeiten da sind, oder daß die gesamte Produktion nach Algerien verlegt werden soll. In solchen Situationen sagt die Direktion immer: „Wie sollen wir einen neuen Vertrag machen, wenn die Firma in einer solchen Krise steht? Jetzt ist es nur notwendig, besser und mehr zu arbeiten." Das sagen sie, auch wenn wie im Moment Montage CI vergrößert werden soll und eine neue Abteilung in Palencia aufgebaut werden soll.

Alfredo Garcia: Das ist alles lächerlich. Auf der einen Seite sagen sie uns, daß sie in der Krise stecken und auf der anderen Seite bringen sie in der Presse, daß durch unseren Streik 1200 neue Arbeitsplätze wieder eingefroren werden müssen. Was ist das für eine Krise, die 1.200 neue Arbeitsplätze schafft ?

Eduardo L. Cornejo: Außerdem haben sie soviel von der Krise gesprochen, daß die Arbeiter keine Angst mehr vor der Krise haben, weil sie sowieso nicht mehr daran glauben.

F: Aber im Grund genommen, nach vielen Streiks, habt ihr doch nicht soviel durchgesetzt und müßt zuletzt wieder zur Arbeit gehen.

Anastasio G. Poza: Das stimmt aber nicht. Im Dezember haben wir zwei 13. Monatsgehälter durchgesetzt, sowie die Wiedereinstellung aller Entlassenen und freie Samstagnachmittage.

F: Gut, sprechen wir von der aktuellen Situation. Wie sieht es im Moment aus?

Anastasio G. Poza: Der zentrale Punkt, der in allen demokratischen Versammlungen diskutiert worden ist, ist die Wiedereinstellung aller Entlassenen. Entweder alle oder keiner. Keiner darf draußen bleiben. Das ist der zentrale Punkt. Deshalb haben wir angefangen zu kämpfen und so werden wir auch den Kampf zu Ende führen. Alles andere wäre lächerlich.

Alfredo Garcia: Alle Arbeiter haben ein hohes Bewußtsein, was diese Frage anbelangt. Das ist schon zu Anfang des Streiks bewiesen worden, als die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, weil die Direktion 9 entlassene Arbeiter nicht wieder eingestellt hat. Das war natürlich nicht ausreichend.

F: Wie stellt ihr euch den Ausgang des Kampfes vor?

Eduardo L. Cornejo: Wir sind jederzeit bereit, einen positiven Dialog mit der Betriebsleitung zu beginnen. Die bisherige Haltung der Betriebsleitung hat uns aber schon gezeigt, daß dieser Streik ein langer Streik werden wird. Dieser Kampf macht uns keinen Spaß, aber nach 8 Monaten Repression, 8 Monaten, in denen wir Arbeiter uns innerhalb des Betriebs nicht einmal sprechen durften, sind wir in diese Lage gekommen ; jetzt sind wir bereit, so weit zu gehen, wie notwendig. Wir werden keinen einzigen Entlassenen und keinen einzigen Verhafteten zulassen, und wir werden weiterkämpfen für unsere politischen und ökonomischen Forderungen.

F: Wollt ihr noch etwas sagen in Bezug auf eure politischen Forderungen?

Alfredo Garcia: Was wir wollen, ist eine soziale Amnestie für alle Arbeiter. Es gibt bei uns über 100 Entlassene, und für die fordern wir Amnestie.

Anastasio G. Poza: Auf organisatorischer Ebene wollen wir uns frei und demokratisch organisieren. Wir haben in den Versammlungen entschieden, daß wir Arbeiter das Recht haben, uns zu versammeln, uns zu äußern, uns zu organisieren und zu streiken. Alle Arbeiter wollen für diese Rechte überhaupt kämpfen.

BRIEF DER FRAUEN AN DIE FASA-ARBEITER

„Liebe Kollegen, wir wollen euch für euren Mut und eure Ehrlichkeit danken, wollen euch beglückwünschen, daß ihr dem Namen ‚Arbeiter' soviel Ehre gemacht habt, daß ihr ihn verteidigt habt und das mit soviel Mut und Anstand und das gerade heute, wo ein solches Verhalten fehlt in der ganzen Welt.

Wir sind die Ehefrauen von euren entlassenen Kollegen, und ihr könnt euch vorstellen, welch schwierige Momente wir durchzustehen hatten in ökonomischer wie auch in moralischer Hinsicht. Doch es hat sich gelohnt, das alles zu ertragen, eure Haltung ist die beste Belohnung für unsere Opfer. Die Liebe und Solidarität euren entlassenen Kollegen gegenüber verdient unseren größten Dank, und auf diese Weise wollen wir ihn ausdrücken. Vielen Dank für die anständige Haltung, die ihr bewiesen habt."

— — Unterschriften von Frauen — —

GENERALSTREIK IN VALLADOLID

In Valladolid selbst ist inzwischen der Generalstreik ausgerufen worden. 9000 Arbeiter im Bausektor sind in den Streik getreten. Die Bauarbeiter hatten schon am 16.1. angefangen, zu streiken und Forderungen aufzustellen. Sie forderten einen Mindestlohn von 17500 Peseten und die Festlegung von einer halben Million Peseten bei Erkrankung, bzw. Erwerbsunfähigkeit durch Arbeitsschäden.

Die Arbeitgeber machen ein Angebot von 15000 Peseten Mindestlohn für Hilfsarbeiter mit der Bedingung, daß alle Arbeiter sofort die Arbeit wiederaufnehmen. Das wurde jedoch von der Gesamtheit der Arbeiter nicht akzeptiert, und der Streik geht weiter. Es fand daraufhin eine Demonstration von 2000 Bauarbeitern statt, bei der trotz massivem Polizeieinsatz für längere Zeit demonstriert werden konnte. (von der Huerta del Rei bis San Idelfonso) Aus verschiedenen Firmen sind weitere 6000 Arbeiter in den Streik getreten, einmal aus Solidarität und weiter, um eigene Forderungen durchzusetzen: bei Nitratos de Castilla, Nicas, Ceramica del Duero, Michelin, Sava, Enasa. Bei Ceramica del Duero wird nach 3 Tagen Streik wieder gearbeitet, nachdem die Betriebsleitung alle Entlassungen und sonstige Repressionen zurückgenommen hat (eine Fabrik mit rund 60 Arbeitern). In allen anderen Betrieben gehen die Streiks weiter. Täglich finden Versammlungen , u.a. in Kirchen statt. Auch weitere Entlassungen und Repressionen beeindrucken die Arbeiter nicht, im Gegenteil entwickeln sie noch mehr Kampfkraft zur Durchsetzung ihrer Forderungen. So bilden sie in Valladolid und in Sevilla Kommandos, die 2 Aufgaben haben: einmal verhindern sie, daß Streikbrecher an die Arbeit gehen, zum anderen halten

sie alle Geschäfte geschlossen und legen somit das öffentliche Leben lahm. In Valladolid haben sie mit Krähenfüßen rund 400 Autos platt bzw. lahm gelegt. Die Hauptforderungen der Arbeiter bleiben: 1/2 Stunde frei während der Arbeitszeit und Wiedereinstellung aller Entlassenen!
(lucha Obrera)

„DIE AUTONOME PRAXIS DER KLASSE"

MADRID (ID)
22. Februar

Der Kampf, der sich in der Niederlassung von Intelsa in Getafe entwickelte, kann als exemplarisch betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung der Arbeiter am Prozeß dieses Kampfes, der sich in der Verteidigung ihrer Forderungen weiterentwickelte.

In dieser Fabrik waren die Gewerkschaftswahlen durch „demokratische Kandidatur" (KP-Leute) gewonnen worden. Als man nach dem Sommer anfängt, die Tarifverhandlungen vorzubereiten, gibt es im Prinzip eine allgemeine Vorstellung davon, daß die Vertrauensleute die sein werden, die den ganzen Prozeß vorantreiben.

Im Oktober fängt man an, einen Vorentwurf für die Tarifverhandlungen auszuarbeiten. Dieser Entwurf entsteht in Versammlungen, an denen alle Arbeiter teilnehmen, um die Punkte zu diskutieren, die später die Forderungsplattform bilden sollen. In denselben Versammlungen bilden sich auch Gruppen von Arbeitern, die Daten sammeln oder konkrete Untersuchungen machen. Die Diskussion entwickelt sich grundsätzlich auf Abteilungsversammlungen, weil die Arbeiter glauben, daß auf den Versammlungen der ganzen Fabrik die Diskussionsbeteiligung geringer ist. Von diesen Abteilungsversammlungen geht man später zu größeren Versammlungen über, um eine allgemeine Forderungsplattform zu erstellen.Die Plattform, die die Fabrik schließlich aufstellt, ist folgende:

7000 Peseten gleichermaßen für alle Lohngruppen
1741 Arbeitsstunden im Jahr (denn die Arbeiter in den Büros genießen diesen Zeitplan)
IRTP (Lohnsteuer) zu Lasten der Unternehmer
Einfrieren der Prämien
Volle Beschäftigung

Dieses Forderungsprogramm wird dem Unternehmer vorgelegt, der sich weigert, mit der aus den letzten Wahlen und den Fabrikversammlungen hervorgegangenen Vertretung zu verhandeln, und erklärt, daß er Verhandlungen nur in den Grenzen, die durch das Lohnstopp-Dekret festgelegt sind, zuläßt.

Als Folge davon beschließen die Arbeiter bei Fabrikschluß auf einer Versammlung, eine Arbeitsniederlegung zu machen — am folgenden Tag —, und sie in eine Versammlung zu verwandeln, auf der eine Handlungslinie festgelegt werden soll, um vorwärts zu kommen. In den nächsten Tagen folgen Streiks und Versammlungen, die festlegen, wie man nach den lächerlichen Angeboten der Direktion weiter verfährt. Von diesem Augenblick anentsteht eine Form, diedie Organisation des Prozesses vorantreiben soll. Die Tatsache, daß die Plattform die Sache aller ist, an der alle beteiligt waren, und daß die Verteidigung der besagten Plattform von allen getragen werden muß, führt zur Einrichtung eines organisatorischen Apparats direkter Demokratie, die auf gewählten und abwählbaren Abteilungsdelegierten basiert, mit der Funktion, die Aktivitäten zu koordinieren, die den Kampfprozeß voran bringen, die mögliche (später tatsächliche) Schließung der Fabrik (Aussperrung) vorzubereiten, die Aktivitäten aller Abteilungen zu koordinieren und den Kampf mit dem anderer Betriebe zu verbinden.

In einem Flugblatt, das von der Organisation der autonomen Arbeiter von INTELSA herausgegeben wird, erklärt man: „Diese automome Praxis der Klasse selbst ist die einzige Form, die Herstellung eines wirklichen Bewußtwerdungsprozesses bei den Arbeitern zu ermöglichen, die so lernen, ihre eigenen Probleme selbst zu lösen. Resümee: In Intelsa ging man von der Parole zur wirklichen demokratischen Beteiligung über."

Später zeigte diese Organisationsform ihre Funktionsfähigkeit auch noch während der Aussperrung. Seit die Aussperrungen stattfinden, setzen sich die Arbeiter mit den Abteilungsdelegierten in Kontakt und es gelingt ihnen, den größten Teil der Arbeiter zu koordinieren. In den folgenden Tagen fahren sie fort, Abteilungsversammlungen zu organisieren, zu denen eine große Anzahl von Arbeitern kommt. Die Entscheidungen erfolgen über die Delegierten, die sich genau wie die Versammlungen täglich treffen. Man beschließt, einen „Widerstandsfond" zu gründen,und es bilden sich Streikposten, die den Kampf auf andere Betriebe ausdehnen.

Die Situation in diesem Bezirk,in dem viele Fabriken im Streik sind, führt zum Generalstreik in Getafe, alle Fabriken sind auf der Straße. Vor der Verschlechterung der Situation in diesem Bezirk beschließt man einige Fabriken zu öffnen, unter denen sich auch Intelsa befindet. Die Arbeiter beschließen am ersten Arbeitstag, zur Aktion zurückzukehren, denn es wurden Fabriken geräumt und Arbeiter verhaftet.

Nach den Ferien (Weihnachten) bleibt die Situation genauso. Die Arbeiter beschließen, zur Unterstützung ihrer Forderungen in Streik zu treten — und aus Solidarität mit anderen kämpfenden Fabriken. Angesichts der Sturheit der Unternehmer beschließt man einen unbegrenzten totalen Streik. Drei Tage später schließt der Unternehmer die Fabrik, während der Kampf sich nicht nur in Getafe, sondern auch auf andere Fabriken des Metallbereichs ausdehnt. Schließlich, angesichts der Notwendigkeit, die Situation zu beheben und in der Hoffnung auf ein naturwüchsiges Absterben des Kampfes — öffnen die Unternehmer wieder die Fabriktore. Intelsa öffnet auch, und die Direktion ruft zu einer Versammlung auf, wie an anderen Orten. Es findet eine Versammlung statt mit der Direktion, den Technikern und den Arbeitern.

Der Unternehmer stellt die Situation als katastrophal dar und versucht, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie entweder seine Bedingungen annehmen müssen oder ohne Arbeit bleiben, weil der Betrieb vor dem Bankrott stünde.

Die Arbeiter zeigen, daß sie mit den Theorien der Direktion nicht einverstanden sind und beschließen eine Fortsetzung des Streiks, angesichts dessen der Unternehmer eine lineare Erhöhung um 3300 ptas (= 170 DM) anbietet (mehr als das erlaubte). Die Arbeiter nehmen das Angebot an als Verhandlungsbasis und kehren zur Arbeit zurück. Man muß hervorheben, daß es im Augenblick keinen einzigen Verhafteten oder Entlassenen gibt.
(aus: „Voz Obrera" 46, Organ von Accion Comunista)

ZUR LAGE IN PERU

DIE NEUE REGIERUNGSMANNSCHAFT UND IHRE POLITIK

BOGOTA/LIMA
(ALTERNATIVA/MARKA/ID)
23. Februar

Die Tatsache, daß General Jorge Fernández Maldonado seit dem 1. Februar dieses Jahres als zweiter Mann in der peruanischen Militärregierung die Ämter des Ministerpräsidenten, des Generalstabschefs der Armee, des Präsidenten der Militärjunta und des Kriegsministers in sich vereint, sei — so schreibt die Alternativa (Nr. 69) — „für die Rechte keine gute Nachricht".

Fernández Maldonado, einer der drei Verfasser des „Plan Inca", dem politischen Programm, auf dem die durch den Putsch am 3. Oktober 1968 an die Macht gekommenen Militärs stehen, sei bekannt als „einer der konsequentesten Parteigänger des Sozialismus" in Peru.

Seit dem Sturz von General Velasco Alvarado am 29. August letzten Jahres, der bis dahin Chef und Repräsentant des peruanischen Prozesses war, versuchte die Rechte, zwischen dem neuen Präsidenten Morales Bermudez, den sie als gemäßigten rühmte, und Fernández Maldonado einen Keil zu schieben. Alternativa schreibt weiter:

„Die Offensive der Rechten gipfelte am 4. Dezember letzten Jahres in der Veröffentlichung des Büchleins „Opinion libre" (Freie Meinung), in dem unter einem Foto von Fernández Maldonado geschrieben stand: er sei „der ideologische Anführer der radikalen Gruppe innerhalb der hohen Offiziere", er „verbirgt nie sein revolutionäres Denken" und habe während der Regierungszeit der chilenischen Volksfront „die militante Solidarität der peruanischen mit der chilenischen Revolution" geäußert ...

Daraufhin sei Präsident Morales Bermudez seinerseits in die Offensive gegangen und habe von Angriffen der Konterrevolution, die „die Einheit und Harmonie der Streitkräfte zerstören wolle", gesprochen.

Mit dem Präsidenten und sechs weiteren hohen Offizieren (Gallegos, Hoyos, Graham, Leonidas Rodriguez, LaVera V., Arias Grazzini) bildet Fernández Maldonado – laut Alternativa – eine neue Allianz aus „Verfassungsleuten" und „Nationalrevolutionären", die sog. „Mannschaft" (el equipo), die im vergangenen August den damaligen Präsidenten Velasco Alvarado gestürzt hatte.

Velasco, der durch seine schwere Krankheit ziemlich behindert war, habe sich durch seinen Beraterkreis von Rechten aus dem zivilen und dem militärischen Bereich in den Augen der „Mannschaft" kompromittiert. Korruption und der Versuch, die faschistische Gewerkschaft MLR (Revolutionäre Arbeitsbewegung) voranzutreiben, hätten in den Augen dieser Militärs die Kontinuität des peruanischen Prozesses bedroht. Soweit zunächst Alternativa.

Aus dieser neuen Regierungsmannschaft stammt der Aufruf zur Bildung einer „Nationalen Front zur Verteidigung der Revolution", mit der die ökonomische Krise bewältigt werden soll.

Zu dieser Front hatte Andres Luna Vargas, einer der Führer der Bauerngewerkschaft CCP (ID 105) gesagt: „Die Bildung dieser „Front" ist ein Versuch, über reformistische Wege den gerechten Kampf unseres Volkes gegen den Imperialismus und seine Bundesgenossen anzuzweifeln. Die CCP und alle anderen Klassenorganisationen rufen deshalb alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf, eine „Revolutionäre Einheitsfront" zu bilden, um mit der Allianz der Arbeiter und Bauern den Reformismus und die Reaktion zu stürzen und den Weg zum Sozialismus zu beschreiten".

Bisher hat die neue Regierung – so die Alternativa – mit geldpolitischen und technokratischen Maßnahmen reagiert: z.B. mit einer Abwertung des Sol, die vor allem die Exporteure begünstigt, und, zuletzt, mit der Einfrierung aller Löhne für dieses Jahr und der Aufhebung aller Zuschüsse für Produkte wie Zucker, Reis und Benzin.

Daran wird sichtbar: innerhalb der Regierung sind Widersprüche vorhanden, die daraus resultieren, daß sie die Interessen verschiedener bürgerlicher Schichten vertritt.

Die Regierung reflektiert aber auch die Massenbewegung im Volk bzw. ihre politischen und gewerkschaftlichen Avantgarden. Und diese sind – schreibt die peruanische Zeitschrift Marka am 18. Dezember vergangenen Jahres – „zwar in Organisation und Klassenbewußtsein bedeutend vorwärts gekommen, aber ihre Kinderkrankheiten, ihr Dogmatismus und ihr Sektierertum bestehen noch – und schwächen sie." Die Beschränktheit auf den ökonomischen Kampf führt Marka zur Feststellung: „Das allgemeine Niveau der Arbeiterklasse ist niedrig. Die Bedingungen, eine Alternative des Volkes für die gegenwärtige Macht zu bilden, sind noch weit entfernt. " Dies schlägt auch in der Regierung durch. Deren linke Fraktion ist gerade unter der aktuellen Offensive der Rechten, die mit dem Imperialismus verbunden bzw. von ihm abhängig ist, geschwächt.

„Das politische Programm der Kräfte des Volkes – schrieb Marka – hängt zwar nicht vom Schicksal der kleinen Gruppe von Linken innerhalb der Regierung ab, aber deren Kampf zu ignorieren, wäre infantil. Denn für das Volk ist Toleranz nicht dasselbe wie Repression." Und: „Es wäre einfach reaktionär, würde man behaupten, der Weg bis zum Sieg des Volkes gehe nur über Märtyrer; es wäre auch unverantwortlich, das Volk in größere Repression zu stürzen, wenn man dies vermeiden kann."

In diesem Zusammenhang erinnert Marka an den Versuch des „Organisationskomitees der Kräfte des Volkes", das sich vor genau einem Jahr als Antwort auf den rechten Terror in Lima bildete (am 5. Februar '75 gab es bei Straßenkämpfen 80 Tote), die verschiedenen linken Organisationen zu einen. Zur Zeit kämpft das „Komitee für politische und soziale Amnestie" mit ähnlichen Zielen, die in einer Kampfwoche vom 12. bis 19. Dezember zum ersten Mal realisiert wurden.

(aus: Alternativa 69, Marka 19)

Anm.: Auf Peru konzentriert die SPD den wichtigsten Teil der Entwicklungshilfe.

IHRE KÄMPFE GEFÄHRDEN DIE "SOZIALE ORDNUNG"

LIMA (MARKA/ID) 23. Februar

Was vom verbreiteten Gemisch aus Hoffnungen und Diffamierungen gegenüber einer rationalen Analyse des peruanischen Prozesses verdeckt wird, ist auch die vorhandene Repression in diesem Land. Marka hat Anfang Februar einige Fragen zum Ziel der Unterdrückung unter der reformistischen Regierung Perus gestellt.

„Zur Zeit entspricht der reaktionären Offensive die Mobilisierung des Volkes. Dieser Konfrontation begegnet die Regierung, die dazwischen steht, mit der Repression. Sie erklärt Streiks für illegal, ihre repressiven Apparate verhaften, wenn sie sie nicht entführen, die kämpferischsten Führer des Volkes, klagen Gewerkschaftsfunktionäre als Kommunisten oder Linksradikale an.

Zuletzt wurden die Rechtsanwälte der Gewerkschaften und Verteidiger der Arbeiterklasse Diaz Chavez, Ona Meono, Salas und Ledesma Izquieta verhaftet und in die Strafkolonie nach Sepa geschickt. Dr. Silva Zernaque, Verteidiger der Plastik-Pazifik-Arbeiter, kam jetzt dazu.

Die Gewerkschaftsführer Hernan Cuentas und Victor Cuadros wurden illegal verhaftet. Ihren Aufenthaltsort kennt man nicht. Die wenigen Informationen über sie besagen, daß sie von einem Gefängnis zum anderen transportiert werden.

Ende Dezember verschwand der Gefangene Walter Beizaga „auf mysteriöse Weise", der wegen einer Schußverletzung im Krankenhaus lag. Vor einigen Wochen wurde der kämpferische Führer der Minengewerkschaft Centromin entführt, zusammengeschlagen und liegengelassen.

In den vergangenen zwei Wochen wurde der Generalsekretär der Fischereigewerkschaft von Chimbote, Genosse Perico Colchado entführt. Nach langen Verhören wurde er, wie wir erfahren haben, ebenfalls in das Karussell der Gefängnisse gesetzt.

Das sind nicht alle Fälle – schreibt Marka – aber sie beweisen, daß der Hauptstoß der Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Ihre Kämpfe überschreiten die „soziale Ordnung", ihre „Forderungen gefährden die Wirtschaft."

Unumgänglich daran, fährt Marka fort, sei nicht nur die repressive Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie – „denn dies ist eben bürgerlich" – sondern auch die Kompromißpolitik der Regierung.

„Denn der Staatsapparat ist nicht außerhalb der Klassen und ihren Interessen. Er hat die „soziale Ordnung", er hat das Privateigentum zu garantieren. Und ein Bruch dieser ‚sozialen Ordnung" durch Streiks, Landbesetzungen, Lohnforderungen bringt sie in Gefahr, bringt das Privateigentum in Gefahr, bringt die Freiheit des Kapitals und damit die Existenz des Kapitalismus in Gefahr ...

Daher muß sich – schließt Marka – die Bewegung des Volkes mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften des Landes vereinen, um die repressiven Organe des Staates zu zerschlagen und um die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten zu verteidigen."

(aus: Marka 24, 5.2.76)

METALLARBEITER RUFEN ZUM GENERALSTREIK AUF

LIMA (MARKA/ID) 24. Februar

Seitdem der peruanische Wirtschaftsminister Barúa mit seinem „Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft" am 12. Januar an die Öffentlichkeit getreten ist, entwickelt sich vor allem in den klassenbewußten Gewerkschaften ein bedingungsloser Kampf gegen einzelne Maßnahmen dieses Planes. Marka schreibt (in Nr. 26 vom 19. Februar): erster Beweis für die konzentrierte Gegenoffensive sei am 17. und 18. Februar der Streik der Metallarbeitergewerkschaft FETIMP gewesen.

„Ihre Forderungen richten sich vor allem gegen die Einfrierung der Löhne, gegen die Preiserhöhung, gegen die Lohnleitlinien und gegen das Gesetz Nr. 21.394.

Dieses Gesetz bestimmt, daß alles für Wohnungen vorgesehene Bauland ausschließlich vom Staat gehandelt wird."

Die Minenarbeitergewerkschaft Centromin nennt es einen „süssen Lockvogel", weil von den sechs wirtschaftlichen Machtgruppen dieses Sektors — Bauunternehmen, Spekulanten, Baumaterialhersteller, Baumaterialhändler, Möbelhersteller sowie Finanzleute — nur die erste Gruppe betroffen sei und weil das Gesetz an der sozialen Lage der Arbeiter nichts ändere.

Die Gewerkschaft ruft daher zu einem Generalstreik am 22. und 23. März auf, durch den das Gesetz zu Fall gebracht werden soll.

FASCHISTISCHE ACHSE GEGEN PERU

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID)
24. Februar

Vor fast 100 Jahren hatte Chile im Pazifischen Krieg den Kampf um die reichen Rohstoffgebiete an seiner Nordgrenze für sich entschieden. Mit dem britischen Imperialismus im Rücken gewann Chile die Kontrolle über Salpeter- und Vogeldüngervorkommen (Guano). Der grosse Verlierer war, neben Peru, Bolivien, das seinen Zugang zum Meer einbüßte. Noch heute hält sich die herrschende Klasse Boliviens auf dem fast 4.000 Meter hoch gelegenen Titicaca-See eine kleine Flotte, und alljährlich werden am „Tag des Meeres" alte Revanchegelüste beschworen.

Jetzt hat — was viele zunächst überraschen wird — der Chauvinist und Faschist Pinochet seinem Freund Banzer, der in Bolivien ein ähnliches Terrorregime führt, einen Zugang zum Meer angeboten: ein acht Kolometer breiten Korridor auf chilenischem Territorium, entlang der südperuanischen Grenze. Damit beschäftigt sich die Alternativa:

„Warum dieses plötzliche Zugeständnis? Welche Kräfte spielen da mit?

1. Die Interessen von Brasilien
Man darf nicht Salvador Allendes Satz vergessen, der, als 1972 in Bolivien der nationalistische Juan J. Torres gestürtzt und Hugo Banzer Diktator wurde, gesagt hat: „Jetzt hat Chile eine Grenze zu Brasilien."

Der Satz stimmte. Brasilien hatte nicht nur am Sturz von Torres mitgewirkt, es benutzte auch (in der Folge) das Banzer-Regime als Speerspitze zur ökonomischen Durchdringung Boliviens: durch die Ausbeutung der Eisenlager bei Motun (in Bolivien, d.Ü.) und den Bau der Eisenbahn von Corumba (an der bolivianisch-brasilianischen Grenze, d.Ü.) nach La Paz (Hauptstadt von Bolivien, d.Ü.).

Der Zugang Boliviens zum Meer ist in diesem Sinn das höchste Ziel einer der zentralen Strategien des brasilianischen Subimperialismus: an den Pazifik zu gelangen.

2. Die Position von Peru
Der andere große Verlierer des Pazifischen Krieges von 1879 war Peru. Die Zwillings-Regime Banzer und Pinochet haben hinter dem Rücken von Peru über einen Zugang Boliviens zum Meer bei Arica (Stadt in Nordchile, d.Ü.) verhandelt. Arica war bis zu diesem Krieg eine peruanische Hafenstadt, ihr Status wurde im Vertrag von 1929 zwischen Chile und Peru klar geregelt: danach durfte keine der beiden beteiligten Regierungen ohne vorherige gemeinsame Übereinkunft dieses Territorium an eine dritte Macht abgeben.

Chile hätte also jetzt, vor seinen Geheimverhandlungen mit Bolivien, mit der peruanischen Regierung verhandeln müssen. Dieses Manöver der Achse Brasilia — La Paz — Santiago ... will Peru an die Wand drücken, will die chilenische Verantwortung für den Raub von bolivianischem Territorium (und damit den bolivianischen Zugang zum Meer, d.Ü.) den Peruanern anhängen und Peru in der internationalen Meinung als Störenfried darstellen.

Das Manöver versucht außerdem, die nationalistische Regierung Perus zu schwächen und in einen internationalen Konflikt mit klarer Zielsetzung zu verwickeln. Deshalb hat die Regierung Morales Bermudez mit Standfestigkeit darauf verwiesen, daß Chile sich nach dem Vertrag von 1929 zu richten und gemeinsam mit Peru eine Analyse des Problems in seinen politischen, wirtschaftlichen und juristischen Aspekten zu machen habe.

3. Die Situation in Chile
Das Angebot an Bolivien ist auch auf dem Hintergrund der inneren Schwierigkeiten Chiles zu betrachten. Die Militärjunta weiß genau, daß ihre Propaganda von der „nationalen Sicherheit" auf der Basis einer völlig ruinierten Wirtschaft, mit einem Volk in Hunger, mit einer latenten aber allgemeinen Opposition und Machtkämpfen zwischen den diversen Militärfraktionen nicht realisierbar ist.

Der mit soviel Großzügigkeit Bolivien angebotene Korridor ist daher vor allem ein Sicherheitsstreifen gegenüber Peru. ... Chile fordert allerdings einen territorialen Ausgleich von Bolivien: in der an Mineralen reichen Region Potosi. Das ist eine trockene und dürre Zone, in der Bolivien auf militärische Kontrolle d.h. praktisch auf seine Souveränität verzichten soll. Weiter fordert das Pinochet-Regime die Bezahlung der alten Eisenbahnlinie von Arica nach La Paz und den Bau einer Gasleitung für die chilenischen Kupfergruben (bei Chucicamata, d.Ü.). ..."

Alternative vermutet, „daß Chile im Norden seines Territoriums eine Infrastruktur schaffen will, um allmählich ins Hochland der Anden vorzudringen. ... Das bolivianische Volk, das nichts mit der Regierung Banzer zu tun hat, erkennt die Bestrebungen der Achse Brasilia — La Paz — Santiago. Es hat sich bereits in Opposition zu der hinter seinem Rücken ausgehandelten Lösung der Faschisten Banzer und Pinochet gestellt. Der Widerstand der Bergarbeiter-Föderation, der Bolivianischen Gewerkschaftszentrale, der Studenten und Freiberufler, der vier Ex-Präsidenten Silez Suazo, Paz Estensoro, Siles und Torres wie der nationalistischen Gruppen innerhalb des Militärs — schließt Alternativa — wird die Trumpfkarte, mit der der bolivianische Diktator spielt, zerstören."

(aus: Alternativa 70)

